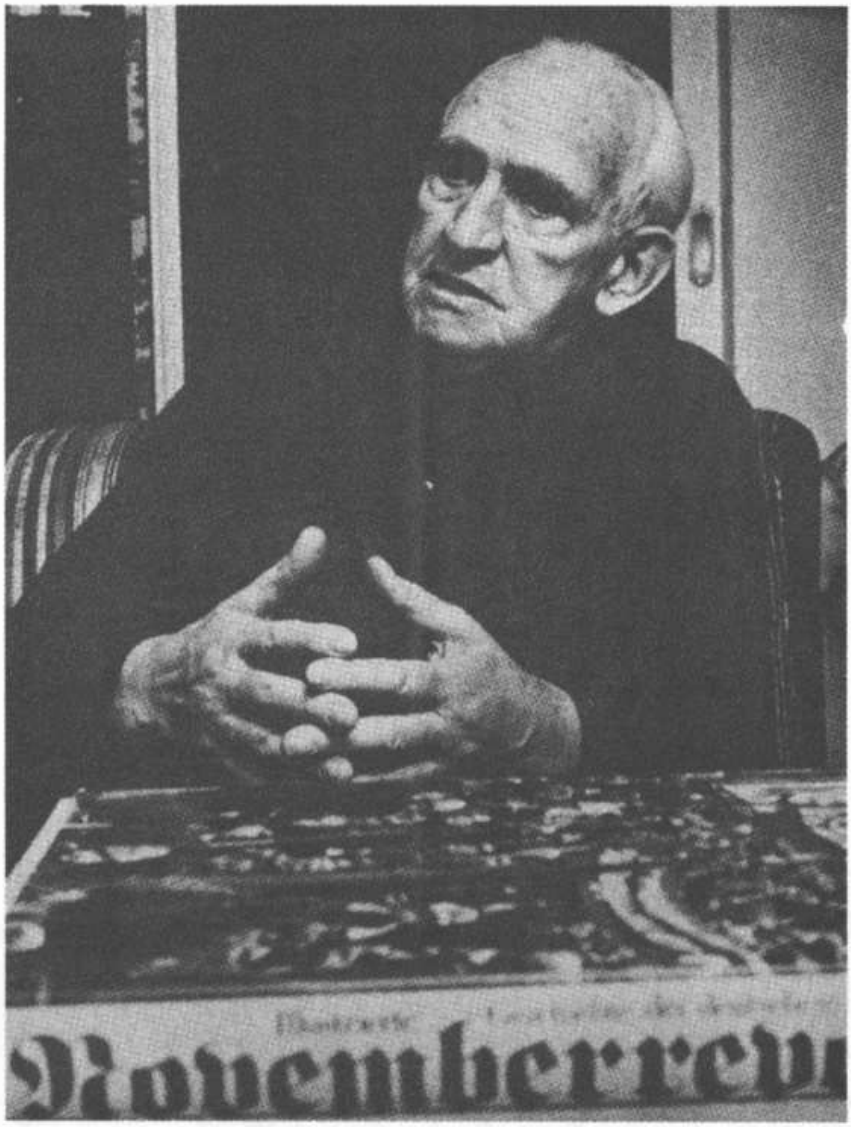
Detlef Siegfried „Ich war immer einer von denen, die kein Blatt vor den Mund nahmen!“

Kontinuitäten und Brüche im Leben des Kieler Kommunisten Otto Preßler.

Zu den profiliertesten politischen Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei in Schleswig-Holstein gehörte Otto Preßler (1895-1981). Preßler war einer der Mitbegründer der KPD in Kiel, wurde bald ihr Vorsitzender und ein bekannter Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär. 1929 wurde Preßler wegen oppositioneller Haltungen aus der KPD ausgeschlossen; fortan arbeitete er in der Kieler Führung der KPD-Opposition (KPDO). Nach der Befreiung vom Faschismus war er Betriebsratsvorsitzender der Firma „Hagenuk“ und Mitglied des Engeren Ausschusses zur Bildung der freien Gewerkschaften in Kiel. Er wurde KPD-Ratsherr und Abgeordneter der ersten beiden von der Militärregierung ernannten schleswig-holsteinischen Landtage. 1947 wählten die Kieler Gewerkschafter Otto Preßler zum Ersten Bevollmächtigten der IG Metall. Ab 1953 arbeitete er als Geschäftsführer der *„Solidaritätsgemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte in Schleswig-Holstein“*. Nach dem Verbot der KPD war Otto Preßler, so seine Genossen, das „informelle Zentrum“ der Kieler Parteiorganisation. 1968 beteiligte er sich führend an einer Initiative zur Legalisie-



rung der KPD in Schleswig-Holstein und wurde nach deren Scheitern Mitglied der DKP.

Kindheit in Gaarden

Otto Preßler wurde am 29. Dezember 1895 im Dorf Gaarden bei Kiel geboren.[1] Als nicht weniger wichtig sollte sich allerdings erweisen, daß er wenige Wochen später mutterseelenallein gefunden wurde, und zwar hinter dem Haus des Bäckers Spethsen in der Augustenstraße. Der alarmierte Dorfpolizist, der sich mit dem unbekannten schreienden Wurm kaum zu helfen wußte, klopfte schließlich an die Tür der Familie Peters am Mühlenteich 60, von der er wußte — so familiär ging es damals noch zu —, daß ein Neugeborenes kurz zuvor nach wenigen Tagen gestorben war: *„Wir haben hier einen gefunden, der ist ungefähr so alt wie Ihrer, wollen Sie den nicht nehmen?"* Die Frau Peters ließ sich nicht lange bitten: *„Na, vorübergehend geht es wohl."*[2] So kam das Findelkind bei der Familie Peters unter und aus dem „vorübergehend" wurden viele Jahre. Die Peters' waren einige Jahre zuvor von der Insel Rügen nach Gaarden gekommen, um hier auf den florierenden Werften Arbeit zu finden. Auf der Ostseeinsel hatten die Eltern dreier Kinder als Tagelöhner beim „Durchleuchting"[3] gearbeitet; dort jedoch war die Entlohnung karg und die Arbeit kaum zu bewältigen. Die Kieler Werften aber suchten Arbeiter, und so machten sie sich wie viele ihresgleichen auf den Weg in die große Stadt, wo Vater Peters vom Fleck weg als Hammerführer auf der Germaniawerft anfangen konnte.

Das kleine Dorf Gaarden hatte sich im Zuge des Ausbaus der kaiserlichen Flotte bald zum Kieler Arbeiterstadtteil entwickelt. In Ottos Geburtsjahr weihte man mit viel Getöse den „Kaiser-Wilhelm-Kanal" ein, der zwar den Transithandel an Kiel vorbeirauschen ließ, dafür jedoch die zentrale Stellung der Fördestadt als Marinestützpunkt begründete. Zwar war Kiel bereits 1871 zum Reichskriegshafen erhoben worden; nunmehr konnte die kaiserliche Flotte aber von hier aus schnell in Nord- und Ostsee operieren. Damit wurde Wilhelmshaven als Konkurrentin souverän ausgestochen. In der Folgezeit konnte sich somit Kiel zum zentralen Anliegehafen der deutschen Marine entwikkeln. Zu Ostern 1902 wurde der kleine Otto siebenjährig in der Volksschule Gaarden-Süd eingeschult.[4] Zu dieser Zeit bestimmte noch die Bibel den Großteil des Unterrichts in der Dorfschule. Quantitativ wie qualitativ nahm der Religionsunterricht den breitesten Raum ein — im Gegensatz zu den Lehrplänen für die Kinder bessergestellter Handwerker- und Beamtenfamilien, denen Kaiser und Besitzbürgertum mehr naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse zugestanden. Dem kleinen Otto machte die Schule anfangs nicht besonders viel Spaß. Die Familie wohnte zunächst in einem ehemaligen Gärtnerhaus im Gaardener Brook, einer damals ländlichen Gegend, für 18 Reichsmark zur Miete. Dort war es viel interessanter als auf der harten Schulbank. *„Da hatte ich einen Apfelgarten, den Mühlenbach, große Eichen, einen Teich mit Fischen — alles für mich allein! In den ersten Monaten meiner Schulzeit bin ich oft nicht in die Schule gegangen, sondern in den Brook. Da hatte*

[1] Otto Preßler [zwei selbstverfaßte Lebensläufe], o.D. [1947 und 1953], Archiv der Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg (GET), Nachlaß Preßler.

[2] Gespräch mit der Tochter Otto Preßlers, Lisa Herrmann, am 1. 12. 1988. Nach dem Kieler Geburtsregister konnte man bald darauf den Namen der leiblichen Mutter feststellen,und das Adoptivkind behielt den Namen, der ihm bei der Geburt gegeben worden war.

[3] D.i. Durchlaucht.

[4] Wie Anm. 1.

ich noch keine Lust zur Schule. Das kam erst später."[5] Dann allerdings muß das Lernen ihm hochinteressant erschienen sein — er ging sehr gerne in die neue Schule, die im Jahre 1908 als eine der modernsten in ganz Preußen eingeweiht worden war. Und die Lehrer waren, wie immer, mehr oder weniger beliebt: *„Ein Lehrer, der aus Südschleswig stammte, sagte immer zu uns, wir seien noch dummer als die Kartoffeljüten da oben. Aber der war eigentlich noch ganz gut. Später kamen jüngere, forsche, vom Militär.*"[6]

Politische Jugendarbeit

„Bet' und arbeit'!' ruft die Welt..." die alte Benediktinerregel — populär persifliert in einem bekannten Arbeiterlied —, wollte dem jungen Otto wohl doch nicht recht einleuchten. Er hatte früh mitverdienen müssen und war in Gaarden schon jung als Laternenanzünder bekannt, der bei einbrechender Dunkelheit die Gaslaternen in Funktion zu setzen hatte.[7] In den Schulferien war an Erholung kaum zu denken. Wie die meisten seiner Mitschüler mußte Otto Preßler sich in dieser Zeit für ein schmales Taschengeld irgendwo verdingen. *„1910/11 sind wir in den großen Ferien in die Gärtnerei Krützfeld in der Segeberger Landstraße gegangen — von morgens sechs bis zwölf und nachmittags von zwei bis sechs haben wir dort gejätet. Am Feierabend mußten sich alle in einer Reihe aufstellen und die Hand aufhalten. Da kam dann der olle Krützfeld und gab jedem eine Reichsmark. Dann kamen wir nach Hause und Mutter sagte: ‚De kümmt för'n Konfirmationsantog'.*"[8]

Wie für viele seiner Alters- und Klassengenossen begann für Otto Preßler mit dem Eintritt in die Berufsausbildung zugleich die politische Entwicklung. Schon im Jahr vor der Schulentlassung hatten sich die Gaardener Volksschüler für die großen Wahlrechtsdemonstrationen begeistert und Ottos Klassenlehrer mit der in Schönschrift an die Wandtafel gemalten Arbeiterlosung beglückt: *„Es lebe das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!*"[9] So richtig aber ging es erst nach der Schulzeit los. Im April 1911 trat Otto eine Lehre als Maschinenbauer auf der Germaniawerft an und wurde gleichzeitig Mitglied der „Freien Jugendorganisation an der Kieler Förde", dem Vorläufer der späteren Parteijugendverbände SAJ und KJVD.[10] Germania war zu dieser Zeit die Werft mit Zukunft in Kiel. Schon Ende des 19. Jahrhunderts war der Krupp-Konzern hier im großen Stile eingestiegen und hatte das Ruder bei der ehemaligen „Schiff- und Maschinenbau AG Germania" übernommen. Bald darauf, im Jahre 1903, verkündete das Firmenschild den neuen, stolzen Namen: „Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft". Aus den industriellen Zentren ganz Deutschlands waren gerade auch fachlich hochqualifizierte Arbeiter nach Kiel gekommen. Sie waren gewerkschaftlich und parteipolitisch erfahren und geschult und stellten auf der neuen Großwerft und allmählich in der ganzen Stadt den Kern der aktiven und revolutionären Basis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Als *„Träger des revolutionären Gedankens"* lernte der junge Otto Preßler vor allem die Facharbeiter der Kupferschmiede, der Formerei, der Bordmontage und des Maschinen-

[5] Interview mit Otto Preßler von Karl Siebig, 15.5.1979.
[6] Ebenda.
[7] Gespräch Lisa Herrmann, 1. 12. 1988.
[8] Wie Anm. 5.
[9] Ebenda.
[10] Wie Anm. 1. „Sozialistische Arbeiterjugend" und „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands".

baus kennen.[11] In den Jahren 1910 bis 1913 hatte die Belegschaft harte Auseinandersetzungen mit der Betriebsleitung zu führen, in denen sie reichlich Erfahrungen im Klassenkampf sammelte. Die Arbeiter der florierenden Werft hatten es aber nicht nur mit ihren ökonomischen Ausbeutern zu tun. Bei der Arbeit war man darüber hinaus ständig mit der verhaßten Kaiserfamilie konfrontiert: Seit 1888 hatte Prinz Heinrich, der Bruder Wilhelms II., auf dem gegenüberliegenden Ufer im Kieler Schloß seinen ständigen Wohnsitz; zwei Jahre vor Ottos Lehrbeginn war er zum Generalinspekteur der Marine ernannt worden. Die Klassenunterschiede aber wurden nicht nur durch die dazwischenliegende Förde symbolisiert; sie manifestierten sich im täglichen Leben und veranlaßten den jungen Lehrling zur Parteinahme. Otto Preßler engagierte sich mit seinem Eintritt in die Jugendorganisation sofort im Sinne der Sozialdemokratie. Er selbst charakterisierte das kurz und bündig als *„lebhafte Teilnahme am politischen Leben in Kiel".*—[12]

Die „Arbeiterjugend" war in Kiel im Jahre 1908 gegründet worden als organisatorischer Teil der „Freien Turnerschaft an der Kieler Förde", einer sozialdemokratischen Organisation, die von Eduard Adler und Willi Jatow geleitet wurde. Hier bot sich für den Nachwuchs der Arbeiterpartei die erste Möglichkeit politischen Engagements.[13] Daß dies aber nun nichts mit Bibel und Vaterland zu tun hatte, wurmte die preußische Ordnungsmacht ungeheuer. Otto Preßler erinnert sich: *„Dem damaligen Polizeipräsidenten in Kiel war die Organisierung der Jugend ein Dorn im Auge. Es gab nur ein Mittel, das abzustellen: indem man die Organisation, zum Beispiel die Freie Turnerschaft, nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes zu einer politischen Organisation erklärte. Eine politische Organisation aber durfte keine Jugendlichen unter 18 Jahren als Mitglieder aufnehmen. So mußten automatisch die Kinder, Jugendlichen und Lehrlinge aus der Freien Turnerschaft austreten. Wir fanden jedoch einen anderen Weg: Wir organisierten uns in dem Kieler Turn- und Wanderklub. Aber auch hier wurden wir behindert. Es ist bekanntgeworden, daß die Leitung der Torpedowerkstatt den Jugendlichen drohte, binnen acht Tagen das Lehrverhältnis aufzukündigen, falls sie nicht aus der Turnbewegung austreten würden."*[14] Im Jugendverband übernahm Preßler die Funktion des Schriftführers. Die Sitzungsprotokolle und vor allem das Gründungsprotokoll hütete er wie seinen Augapfel und übergab sie bei Machtantritt der Nationalsozialisten einem Genossen, der alles bis dahin angesammelte Material in eine Holzkiste verpackte und in seinem Garten vergrub. Als der Nazispuk schließlich vorbei war und alles wieder ans Tageslicht sollte, konnte der sich partout nicht mehr an den Busch erinnern, unter dem das Versteck lag. Die Kiste blieb unauffindbar. Das bedrückte Otto Preßler außerordentlich: *„Da hat er fast geweint"*, erinnert sich seine Tochter.[15]

Bei seiner politischen Sozialisation spielte das Elternhaus eine eher untergeordnete Rolle. Vater Peters hatte zwar die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" der SPD abonniert, mochte aber die Parteimitgliedschaft nicht beantragen. So

[11] Interview mit Otto Preßler von Karl Siebig, 14. 6. 1976.
[12] Wie Anm. 1.
[13] Vgl. dazu: 1863-1978. 115 Jahre Sozialdemokratie. Festschrift der Kieler Sozialdemokraten, hrsg. v. SPD-Kreisverband Kiel, Kiel 1978, S. 12; — Karl Siebig, „Ich geh' mit dem Jahrhundert mit". Ernst Busch. Eine Dokumentation, Reinbek 1980, S. 20f.[14] Zit. nach Siebig, S. 20 f.
[15] Gespräch Lisa Herrmann.

konnte Otto immerhin die Parteipresse verfolgen, intensivere politische Diskussionen wurden jedoch zu Hause kaum geführt. Für die politischen Aktivitäten des Jungen aber hatte man Verständnis und ließ ihn gewähren: *„Ich konnte tun was ich wollte"*, erinnerte er sich später.[16] Politisch weitaus prägender als das Elternhaus waren die Altersgenossen, mit denen Otto in Berührung kam. In das benachbarte damalige Neubaugebiet um die Heintzestraße/Bielenbergstraße zogen vor allem Berliner und Magdeburger Facharbeiter mit ihren Familien, die gewerkschaftlich und politisch organisiert und aktiv waren. Im Kontakt mit deren Kindern nahm Ottos Interesse für Politik erheblich zu. Schon bald traf man sich in einem der drei Kieler Jugendheime der Arbeiterjugend. Für die Gaardener am nächsten lag das Heim im Kirchenweg 2, das 1911/12 in den Neubau des Konsumvereins in die Segeberger Landstraße umzog.[17] Dort hörten die Jugendlichen Vorträge von führenden Kieler Sozialdemokraten und Kulturfachleuten. Im Gegensatz zur Schule, die meist affirmatives Wissen vermittelte, lernte die Arbeiterjugend *„auf der Grundlage freiheitlichen Denkens." „Wir beschäftigten uns mit den Problemen des gesellschaftlichen Lebens"*, resumiert Preßler. Freitags abends traf man sich regelmäßig zum Lesezirkel, in dem aus der Literatur vorgelesen und über die Inhalte diskutiert wurde. Im Nachlaß Otto Preßlers finden sich eine Reihe von Schriften Wilhelm Bölsches, eines populärwissenschaftlichen Schriftstellers, der Ende des 19. Jahrhunderts zu den Initiatoren naturalistischer Dichter- und Schauspielerkreise gehört hatte. Dessen Werk *„Aus der Schneegrube. Gedanken zur Vertiefung des Darwinismus"* erstand Otto im November 1912. Später kamen hinzu die *„Kosmischen*

[16] Wie Anm. 5.

[17] Das Jugendheim auf dem Westufer lag am Jägersberg, das für die Stadtteile Ellerbek und Wellingdorf in der Wahlestraße (Wie Anm. 5.).

Otto Preßler (x) 1911 im Gaardener Jugendheim der Arbeiterjugend, Kirchenweg 2. Die drei Kieler Jugendheime dienten zur Geselligkeit, vor allem aber zur politischen Bildung des SPD-Nachwuchses. Fachleute referierten vor den Schülern und Lehrlingen zu politischen, kulturellen und populärwissenschaftlichen Themen. Unter den Anwesenden soll auch Andreas Gayk gewesen sein, der zu dieser Zeit kurz vor dem Abschluß seiner Kaufmannslehre stand.

Wanderungen" und Abhandlungen zur Geologie. Im Herbst 1913 las die Gaardener Arbeiterjugend den *„Sinn des Lebens und die Wissenschaft. Grundlinien einer Volksphilosophie"* von Dr. F. Müller-Lyer.[18] Mit der politischen und moralischen Diskreditierung des Kapitalismus stellte sich für die Jugendlichen die Frage nach grundlegenden gesellschaftlichen Alternativen, nach einem neuen „Sinn des Lebens", den die alte Gesellschaft nicht mehr bieten konnte: *„Die alten Formen sind zerbrochen und die neuen erst im Entstehen. Ein tiefes Mißbehagen durchzieht unsere an wissenschaftlichen und technischen Triumphen so reiche Zeit. Jeder fühlt es, eine neue Zeit bricht an, und eine neue Erkenntnis tut not. Alle höchsten Werte sind ins Wanken gekommen und auf die Frage nach dem Sinn und der Bedeutung unsres Daseins ist uns die Antwort verloren gegangen."*[19] Aus der Rückschau wertete Otto Preßler die Lesezirkel in der Arbeiterjugend als *„Versuch, mehr Bildung und Kultur in sich aufzunehmen." „Wir wollten uns Wissen aneignen, das über die Verhältnisse der damaligen Zeit hinausgehen sollte."*[20] Diese Studien des Sechzehn-, Siebzehnjährigen scheinen den Grund für eine das ganze Leben andauernde Beschäftigung mit philosophischen und wissenschaftlichen Grundfragen gelegt zu haben. Im Bücherschrank Otto Preßlers standen nicht nur grundlegende Werke der marxistischen Klassiker, sondern Abhandlungen über *„Die Vorwelt und ihre Entwicklungsgeschichte"*, *„Formenzertrümmerung und Formenaufbau in der bildenden Kunst"*, deutsche Literaturgeschichte, Vorträge und Aufsätze zur Frage *„Moses oder Darwin"*, Biographien über Kepler und Galilei und anders mehr. Besonderes Interesse zeigte schon der junge Preßler für den russischen Anarchisten Peter Kropotkin. Dessen Klassiker über die französische Revolution las er ebenso mit Begeisterung — und vielen Unterstreichungen im Text — wie seine *„Ethik"* und die *„Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt"*.[21]

SPD-Eintritt und Mitarbeit in der Linken

Otto Preßler wurde 1913 Mitglied des Metallarbeiterverbandes und am 1. Januar 1914, wenige Tage nach seinem achtzehnten Geburtstag, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.[22] Preßler erinnert sich, daß ein Arbeitskollege ihn dazu angehalten hatte: *„Die Arbeiter legten Wert darauf, daß auch ihre jugendlichen Kollegen mit in die Organisation kamen. Als ich achtzehn Jahre alt geworden war, vorher durfte man ja nicht politisch organisiert sein, schlug mir der Lehrgeselle auf die Schulter und sagte ‚So, Otto, nu wart dat Tied. Jetzt büst du achtein Johr, jetzt in die SPD!'"*[23] Daß er ausgerechnet am Neujahrstag der Partei beitrat, muß für Otto auch eine symbolische Bedeutung gehabt haben. Damit begann eben nicht nur ein neues Jahr, sondern zudem ein neuer Lebensabschnitt, von dessen Beginn er sich einiges erhofft haben mag. Da müssen die weiteren Ereignisse des Jahres 1914 für ihn geradezu traumatisch gewesen sein. In der ersten Jahreshälfte war der Konsens innerhalb der SPD über die Ablehnung des drohenden Krieges groß. Noch am 24. Juli erklärte der SPD-Parteivorstand: *„Der Weltkrieg droht. Die herrschenden Klassen, die euch sonst knebeln, verachten,*

[18] Wie Anm. 5.

[19] F. Müller-Lyer, Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft. Grundlinien einer Volksphilosophie, München 1910, S. 4.

[20] Wie Anm. 8.

[21] Sein Interesse für radikale Strömungen auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung hielt lange an. Noch in den Siebziger Jahren erstand Preßler Texte des französischen revolutionären Avantgardisten Louis-Auguste Blanqui und des deutschen Rätekommunisten Otto Rühle.

[22] Wie Anm. 1.

[23] Zit. nach Siebig, S. 15.

ausnützen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"[24] Auch die Kieler Bevölkerung demonstrierte in diesen Tagen massenhaft ihren Friedenswillen: Über sechstausend Menschen sollen es am 28. Juli bei der Kundgebung auf der Waldwiese gewesen sein, die der feurigen Rede des Chefredakteurs der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" (SHVZ), Eduard Adler zuhörten. Damit habe die Kieler Arbeiterschaft mit einem Schlage dem dummen verlogenen Gerede von der Kriegsbegeisterung in Kiel ein Ende gemacht — so stand es in der VZ zu lesen.[25] Wenige Tage später jedoch, am 4. August, stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geschlossen für die geforderten Kriegskredite. Vierzehn Abgeordnete, darunter der Parteivorsitzende Hugo Haase und Karl Liebnecht, hatten gegen eine Zustimmung votiert, fügten sich aber dann der Mehrheitsentscheidung. Schon am Tage darauf propagierte Eduard Adler im Leitartikel der VZ die Entscheidung der Fraktionsmehrheit. Otto Preßler erinnert sich: *„Uns standen die Haare zu Berge, als wir unsere ‚Schleswig-Holsteinische Volkszeitung' ins Haus bekamen. Da stand alles andere drin als das, was wir gelernt hatten von den Alten im Betrieb und in der Organisation. Wir waren doch eigentlich zu Antimilitaristen erzogen worden. Aber am 5. August 1914 stand in der ‚Volkszeitung': ‚Es ist berechtigt und es ist notwendig und es ist gut, wenn Deutschland sein Schwert zieht, wenn Deutschlands Söhne nun überall bereit stehen, um das Land ihrer Väter, das Fortbestehen ihres Volkes zu verteidigen. Entweder untergehen, nachdem wir das letzte gewagt haben, oder siegen und ganz Europa befreien, das ist nunmehr die Losung."*[26] Und der junge Ernst Busch, ab 1915 wie Otto Preßler Lehrling auf Germania und Funktionär der Arbeiterjugend, berichtet über die Stimmung in der Stadt: *„... da kam dann auch mein Vater dazu, und da sahen wir denn die gewichsten Leute, Studenten, die Schnauze aufhaltend: ‚Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapfrer Held...' Das war genug für meinen Vater, und da sagte er: ‚Kumm, wi got no Hus, de Lüt weet nich, wat Krieg is!' Und als sie dann die Kriegskredite bewilligten, dann trat mein Vater aus der Partei aus: ‚Dat is keene Partei för mi.'"*[27] Otto Preßler und Ernst Busch — später berühmter Arbeitersänger und als Schauspieler ebenso geliebter wie gefürchteter Partner Bertolt Brechts — hatten schon frühzeitig Kontakt zueinander bekommen. Preßler erinnert sich: *„Ich war im Maschinenbau beschäftigt, und Ernst Busch war damals noch Lehrling. Er war im letzten Lehrjahr. Und da haben wir uns oft Gedanken gemacht. Es gab eine Reihe junger Kollegen, die etwas mehr wollten, als nur mit der Feile zu schrubben oder am Schraubstock zu stehen. Und die sich dann mit der Weiterbildung ihrer Persönlichkeit beschäftigten. Dazu gehörte auch Ernst Busch. Man hat mir mal gesagt, du, da drüben im Werkzeugbau, da ist so ein Junge, der studiert mehr in den Büchern, als wie er dort am Schraubstock steht."*[28]

Große Teile der Kieler Arbeiterjugend empörten sich gegen die Politik der sozialdemokratischen Führung und opponierten

[24] Zit. nach Karl Rickers, Eduard Adlers Friedenspolitik 1914. Der Vorabend des Ersten Weltkrieges in den Leitartikeln der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, in: Demokratische Geschichte (DG) 1 (1986), S. 97.
[25] Ebenda, S. 98.
[26] Zit. nach Siebig, S. 16.
[27] Zit. nach Ebenda, S. 18.
[28] Zit. nach Ebenda, S. 24.

Gesellenfeier 1917. Dritter von links: Otto Preßler.

auch innerhalb der Kieler Parteiorganisation. *„Wir hörten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, vor allem Liebknechts Reichstagsrede im Dezember 1914. Und wir haben rebelliert. Daraufhin hat uns der sozialdemokratische Parteivorstand in Kiel ein ‚Regulativ' vorgelegt. Wir durften nicht gegen die Kriegspolitik eintreten."*[29] Mit dem *„Regulativ"* sollten alle Mitglieder der Kieler Arbeiterjugend unterschreiben, künftig nicht gegen die Anordnungen der eigens eingerichteten „Jugendkommission" aus Partei-, Jugend- und Gewerkschaftsvertretern zu verstoßen. Zuwiderhandlungen hätten ein Hausverbot in den Jugendheimen zur Folge. Überdies berief die Partei Zusammenkünfte der Arbeiterjugend ein: *„Eduard Adler wollte uns auf einer großen Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus schmackhaft machen, als Jugend der Arbeiter in die sogenannte ‚militärische Jugendvorbereitung' einzutreten, die er mit den Offizieren von Heer und Marine hier regelmäßig veranstaltete. Mit der schwarz-weiß-roten Binde um den Arm stolzierte unser Eduard Adler mit den Offizieren und einer Schar von Jugendlichen am Wochenende durch Kiel und exerzierte die militärische Vorbereitung für den Krieg."*[30] In den Jugendheimen aber ging die Losung um, keinesfalls am Wochenende mit Eduard Adler für die verhaßten Militärs zu marschieren. *„Und wer trotzdem da hinging, der war verfemt."* Das *„Regulativ"* jedenfalls unterschrieben viele nicht. Damit stand das Jugendheim zur Benutzung nicht mehr zur Verfügung, und die oppositionellen Arbeiterjugendlichen mieteten sich in der Gaardener „Börse" in der Schulstraße ein. *„Den Namen behielten wir bei. Und wir haben gesagt: ‚So, jetzt machen wir selbständige Politik!'"*—[31] Die autonome politische Arbeit dauerte jedoch nicht lange an. Im Winter 1914/15 wurden die Aktivisten nach und nach zum Kriegsdienst herangezogen, so daß eine organisierte Tätigkeit schon im Frühjahr 1915 nicht mehr möglich war.

Der Krieg ließ auch die Familie Peters nicht unberührt. Am 3. Mai 1915 wurde Otto rekrutiert, und am 13. August mußte er *„ins Feld"*.[32] Bis zum November 1918 hatte er für den verhaßten Kaiser und die Interessen des deutschen Imperialismus zu

[29] Wie Anm. 5.
[30] Wie Anm. 8.
[31] Wie Anm. 5. Auf eine intensive Auseinandersetzung mit dem Krieg und oppositionellen Handlungsoptionen verweist die Lektüre Preßlers in dieser Zeit. Schon Ende 1913 hatte sich der Achtzehnjährige von der Berliner Buchhandlung „Vorwärts" vertriebene antimilitaristische Erinnerungen an den Krieg 1870/71 besorgt, und im Januar 1915, also auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit der Kieler Parteiführung, erstand er den Band „Preußischer Kommiß", der, 1910 erschienen, „Dem tapferen und verdienstvollen Freunde der deutschen Soldaten August Bebel" gewidmet war.
[32] Wie Anm. 1.

kämpfen. Aber Otto ließ das alles nicht widerspruchslos mit sich geschehen. Bis zum Kriegsende hatte er Verbindung zu denjenigen Kieler Genossen, die in Opposition zur Politik der SPD-Führung standen.[33] Er gehörte zu den Empfängern der „Spartakusbriefe", die unter Mitwirkung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und anderen Parteilinken als Organ der „Gruppe Internationale" im ganzen Reich verschickt wurden, und arbeitete im antimilitaristischen Sinne unter seinen Kameraden.[34] Schon bei der Grundausbildung in Neumünster und Nortorf war der Musketier Preßler wegen aufsässiger Haltungen aufgefallen. Kurz vor Abmarsch an die Front hatte er den Kompaniefeldwebel um Befreiung vom obligatorischen Abendmahl gebeten, weil er *„Dissident"* sei. Der wußte mit dem Begriff nichts rechtes anzufangen und überließ die Entscheidung dem Nortorfer Bürgermeister als Kompanieführer, einem *„alten jovialen Herrn"*. Mit zwei weiteren Kameraden konnte Otto schließlich im heißen August des Jahres 1915 im Borgdorfer See baden gehen, während der Rest der Kompanie den Nachmittag in der immerhin hübschen Nortorfer Kirche verbringen durfte. Was unter den heutigen Bedingungen als Banalität erscheint, erforderte damals durchaus Mut. Und Otto Preßler sah keinen Grund zur politischen Zurückhaltung. Die Brisanz dieser und ähnlicher Aktionen wurde ihm jedoch oftmals erst später bewut. *„Ich mußte mich hinterher immer wundern, daß ich das alles mitgemacht hab. Wir waren jung und hatten noch nicht so viele Erfahrungen gemacht und haben uns einfach gedacht, ‚ach wat schiet, geiht all good' — und es ging auch gut!"*[35]

Einmal allerdings wäre es fast schiefgegangen. Otto Preßler war mit dem Reserveinfanterieregiment 260 zunächst in Rußland eingesetzt und wurde im Frühjahr 1917 an die Westfront verlegt. Im Herbst 1918, kurz vor Kriegsende, sollte es ihm dort an den Kragen gehen. Da habe ihn einer beim Regimentskommandeur denunziert, erinnert er sich, und über die Reden berichtet, die er führte. Außerdem sei ein Brief abgefangen worden, in dem er seinem Freund und Genossen Emil Bresse ins heimatliche Kiel berichtet habe über den Kriegsverlauf und seine wie seiner Kameraden Stimmung. All' das muß dem Regimentskommandeur höchst zersetzend erschienen sein. *„Der sagte zu mir, es läge in seiner Hand, mich vors Kriegsgericht zu stellen."*[36] Das ging dann gerade noch einmal gut, weil gegen Kriegsende auch die Regimentskommandeure an das Überleben danach denken mußten, und der Unmut unter den Kameraden ohnehin kaum mehr zu unterdrücken war.

Großen Auftrieb müssen ihm bei alledem die Vorgänge in seiner Heimatstadt gegeben haben. Schon für 1915 registrierte der Vorstand der SPD Kiel-Neumünster *„teilweise sehr differierende Auffassungen"*, und zwei Jahre darauf kandidierte die USPD bereits mit einem eigenen Kandidaten zur Kommunalwahl. 1916 empörten sich die Kieler gegen den Nahrungsmittelmangel. Nach Übergriffen von Teilen der Bevölkerung auf Lebensmittellager streikten im Mai 1916 schließlich die Arbeiter der Germaniawerft. Der Hamburger Fiete Dettmann, 1945 Be-

[33] Ebenda.

[34] Gespräch mit Günter Wilke, 2. 10. 1988; — Wie Anm. 5. So findet sich im Nachlaß Preßlers die Mitte Mai 1915 abgeschlossene Schrift „Kriegssozialismus in Theorie und Praxis" von Johannes Kämpfer — dem Pseudonym Julian Marchlewskis, eines Mitbegründers der Spartakusgruppe. Die Broschüre erschien illegal und fand unter der Hand bei oppositionellen Sozialdemokraten Verbreitung.

[35] Wie Anm. 5.

[36] Ebenda.

zirksvorsitzender der KPD Wasserkante und Gesundheitssenator in der Hansestadt, war 1916 nach einer Verwundung zur Arbeit auf Germania eingesetzt worden, wurde aber *„bereits im November 1916 wegen Beteiligung und Führung von zwei Streiks wieder in den Schützengraben nach Frankreich geschickt."* Dettmann hatte außerdem an illegalen Versammlungen der SPD-Linken teilgenommen, die seit Dezember 1914 regelmäßige Treffen abhielt.[37]

Otto Preßler hielt brieflichen Kontakt zu seinen Kieler Gesinnungsgenossen und traf sich mit ihnen, wenn er Heimaturlaub hatte. So fand im Dezember 1917 eine Zusammenkunft statt, bei der Wilhelm Adam, Bock, Heinrich Strunk, Robert Martini, Richard Gutwasser und Otto Preßler über die im Frühjahr des Jahres in Kiel gegründete USPD und die mögliche Formierung einer lokalen Spartakusgruppe debattierten. So richtig offiziell hielt der Frontsoldat sich aber dieses Mal nicht in Kiel auf. In einer nicht ganz ungefährlichen Eskapade hatte Preßler sich nach Absolvierung eines Waffenmeister-Kurses in Berlin-Spandau für ein paar Tage in seine Heimatstadt abgesetzt. Preßler erinnert sich: *„Als der Kurs zuende war, sollte ich zurückfahren zu meinem Truppenteil, der bei Metz lag. Ich bekam einen Fahrschein, auf dem stand: ‚Von Spandau über Köln nach Metz'. Und ich landete in derselben Nacht noch in Kiel. Auf der Bahnfahrt traf ich einen Ellerbeker, der fragte mich: ‚Was hast du denn für einen Fahrschein?' Ich sagte: ‚Ich les hier immer: Von Spandau über Kiel nach Metz'. Da sagt der: ‚Mensch, das heißt Köln!'. ‚Nee', sag ich, ‚für mich heißt das Kiel!' Nachts kam ich dann auf dem Kieler Hauptbahnhof an und konnte nicht rauskommen, weil alle Ausgänge von Militärpatroullien besetzt waren, die die Urlaubsscheine kontrollierten. Und ich hatte ja nur meinen Fahrschein nach Metz. Nachdem ich mich dort einige Zeit herumgedrückt hatte, kam ich mit einem Marine-Wachtposten ins Gespräch. Der machte einen guten Eindruck auf mich, und ich dachte: ‚Dem schenkst Du jetzt reinen Wein ein.' Ich sag: ‚Ich möchte heute nacht noch nach Hause hier in Kiel. Wie komm ich wohl vom Bahnhof runter?' ‚Wenn du das für dich behälst, gebe ich dir einen Tip: Da hinten, beim Prinzenausgang, daneben ist ne Tür, dann gehst du die Treppe runter und du bist dort, wo sie die Pakete verladen und unten auf der Straße.' ‚Danke schön', segg ick. Nachts um zwölf war ich zuhause in Gaarden. Da machte ich erst einmal vier Tage Urlaub."*[39]

Als Otto Preßler schon wieder in Metz lag, kam es zum erneuten Ausstand der Beschäftigten bei Germania und Howaldt gegen die katastrophale Lebensmittellage. Bei den Januarstreiks 1918 schließlich waren es dreißigtausend Arbeiter, die sich auf dem Wilhelmplatz versammelten, um ihren Forderungen nach angemessener Lebensmittelversorgung, Frieden und Neuwahlen Nachdruck zu verleihen. Auch ein Arbeiterrat wurde gebildet. Dazu Otto Preßler: *„Aber das hat dann die Reaktion auf den Plan gerufen. Die Verantwortlichen, die Initiatoren dieser ganzen Aktion, meist Mitglieder der USPD, wurden verfolgt, im Sommer 1918 verhaftet, vor Gericht gestellt und einige von ih-*

[37] Bezirksleitung der SED Rostock, Bezirksparteiarchiv (BPA Rostock), V 5/52.

[38] Norddeutsches Echo (NE), Nr. 149 v. 31. 12. 1948 u. Nr. 151 v. 29./30. 9. 1950. Zu den Formierungsprozessen in der Linken vgl auch: Dirk Dähnhardt, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster 1984 (= Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte [MGKStG], Bd. 64), S. 36 ff.

[39] Wie Anm. 5.

nen zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt. Erst die Novemberrevolution bewirkte, daß diese Kollegen aus dem Zuchthaus befreit wurden."[40]

Novemberrevolution, Spartakus und KPD

Otto Preßler konnte sich bei Ausbruch der Revolution zwar in norddeutsche Gefilde, nicht aber bis nach Kiel durchschlagen. Er war nach Auflösung seines Regiments mit einem braunschweigischen Ersatztruppenteil in die Stadt an der Oker gelangt und beteiligte sich dort an den revolutionären Kämpfen. Otto wurde zum Mitglied des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrates gewählt.[41] Bei späteren Gesprächen über die revolutionären Vorgänge im November 1918 lag ihm viel daran, zu betonen, wie unblutig die Novemberrevolution nach seinen Erfahrungen vonstatten gegangen war, daß erst das Eingreifen der konterrevolutionären Verbände zu Blutbädern führte: *„... da hab ich erlebt, daß beim Einzug ... der Braunschweiger Husaren 'n wildgewordener Offizier ... versuchte, Attacke zu reiten gegen die revolutionären Matrosen in Braunschweig. Und dann hat er dabei ein kleines Kind erschossen. Ich habe an der Beerdigung dieses Kindes mit teilgenommen. Das war das einzige Todesopfer in der Revolution 1918 in Braunschweig.*"[42] Am 10. Dezember langte Otto Preßler endlich wieder im heimatlichen Kiel an, in dem nun der spätere selbsternannte „Bluthund" Gustav Noske als Gouverneur regierte. Noch an der Front hatte Preßler Anfang November von den *„traurigen Vorgängen in Kiel"* gelesen, war inzwischen besser informiert worden, und er muß sehr gespannt in den Kieler Hauptbahnhof eingefahren sein. Aber seine sicher hohen Erwartungen wurden — zunächst komprimiert in einer Chiffre — enttäuscht. *„Was mich besonders berührte, war die Tatsache, daß ich nach Kiel zurückkam und sich gar nichts geändert hatte. Auf dem Bahnhof wurden die Ankommenden nach wie vor mit den großen weißen Lettern ‚Die alte Heimat grüßt euch dankerfüllt' begrüßt. Da hab ich nur gedacht: ‚Ich denk, die Heimat ist neu!', und bin mit einem schlechten Gefühl nach Hause gegangen.*"[43]

Kurz vor Ottos Ankunft in Braunschweig hatte Gustav Noske dort am 3. November auf einer großen Versammlung erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie eine gewaltsame Revolution ablehnen müsse. Ein Teil des revolutionären Flügels der Kieler Arbeiterschaft war keineswegs geneigt, dem Noske-Kurs zu folgen, hielt aber auch die Politik der USPD für zu indifferent. Kurz vor der reichsweiten Gründung der KPD am Jahreswechsel 1918/19 riefen die Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung des „Roten Soldatenbundes" im vollbesetzten Eichhof die Kieler Ortsgruppe des „Spartakusbundes (Kommunistische Partei)" ins Leben.[44] Zu den Gründungsmitgliedern gehörte Otto Preßler.[45] Noch am selben Abend benannte die Versammlung zwei Delegierte, die gleich darauf zum Bahnhof gebracht wurden und nach Berlin abreisten, um die Kieler Gruppe auf der Gründungskonferenz der Partei zu vertreten. Einer der beiden Delegierten soll nach den Erinnerungen Preßlers der eben gewählte Ortsgruppenvorsitzende Julius Wallach gewesen sein.[46]

[40] Zit. nach: Ludwig Hoffmann/Karl Siebig, Ernst Busch. Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Berlin 1987, S. 24.

[41] Wie Anm. 1.

[42] Interview mit Otto Preßler von Jochem Wolff, o.D.[1976], S. 6.

[43] Wie Anm. 5.

[44] Wie Anm. 1; — Wie Anm. 5. Vgl. Dähnhardt, S. 155. Nach den Erinnerungen Preßlers fand die Versammlung zwischen dem 28. und dem 30. Dezember 1918 statt.

[45] „Bis dahin war ich noch Mitglied der SPD. Ich war ja nicht ausgetreten. Als ich 1915 Soldat wurde, meldete ich mich bei der SPD ab und mußte mein Mitgliedsbuch im Gewerkschaftshaus abgeben. Ich hätte ja nach Kriegsende einfach hingehen brauchen und das Buch abholen können. Das haben wir nicht gemacht, weil wir mit der SPD nicht mehr viel im Sinn hatten." (Wie Anm. 5.).

[46] Wie Anm. 5. Bislang sind von den auf dem Gründungsparteitag anwesenden 83 Delegierten 68 namentlich erfaßt. Darunter befinden sich keine Kieler Delegierten. (Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. u. eingel. v. Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 310f.) Nach den Angaben Preßlers müssen jedoch auch zwei Kieler anwesend gewesen sein. Das erscheint auch angesichts der Bedeutung der Novemberereignisse an der Förde naheliegend, die für die Parteiführung Grund genug gewesen sein dürften, auf Kieler Delegierte nicht zu verzichten. Julius Wallach: Geboren am 22. 9. 1887 in Neuss. Händler/Sattler/Tapezierer. 1918/19 1. Vorsitzender der KPD Kiel. 1920/21 KAPD. 1925 Verantwortlicher für den Aufbau des „Roten Frontkämpferbunds" (RFB) in Kiel, nach dessen Verbot 1929 Vorsitzender des „Roten Marine Vereins Reichpietsch-Köbis".

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zeigte sich auch in Kiel Mitte Januar 1919 schon manifest: Am 12. Januar demonstrierten dreißigtausend Kieler mit der Mehrheits-SPD für *„Sozialismus und Demokratie und die Arbeiterregierung Ebert-Scheidemann"* und *„gegen den Terrorismus, der vom Spartakusbund in Berlin, im Ruhrgebiet, in Hafenstädten und anderenorts in Deutschland ausgeübt wird"*. Bei der Gegendemonstration der USPD und des Spartakusbundes gingen am Tage darauf zehntausend Menschen für die Absetzung der Reichsregierung und die Einheit des Proletariats auf die Straße.[47] Nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs riefen die USPD, der „Rote Soldatenbund" und die neugegründete KPD in Kiel zum Demonstrationsstreik auf, dem am 21. Januar vier- bis fünftausend Arbeiter folgten.[48] Noch im selben Monat konnte eine Reihe von Forderungen aus der Kieler Bevölkerung durchgesetzt werden. Otto Preßler berichtet: *„... wir sind nach Kiel gekommen aus dem Felde, wir waren arbeitslos und organisierten dann im Januar 1919 hier in Kiel eine große Erwerbslosenversammlung vorm Rathaus, und wir erhielten damals 24 Mark ... Arbeitslosenunterstützung. Dann haben wir die Forderung erhoben, diese Arbeitslosenunterstützung um 100% zu erhöhen auf 48 Mark. Und ich weiß noch, da war eine Stadtverordnetenversammlung in Kiel im Rathaus und dann haben wir das Rathaus besetzt. Alles was Beine hatte bei den Arbeitslosen rein ins Rathaus, den Ratssaal verschlossen und haben die Forderung gestellt an die Stadtverordnetenversammlung, den Beschluß durchzuführen, die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 24 auf 48 Mark. Da haben sie gesagt, unter dem Druck der Straße würden sie das nie machen."* Man beorderte ein Kommando von der Marinestation, um die Arbeitslosen gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernen zu lassen. *„Aber da die Arbeitslosen alle erst zum großen Teil von der Front kamen oder sonst irgendwie schon mit'm Kriegshandwerk ... vertraut waren, dann ereignete sich folgendes: Auf der einen Treppe kamen die Noske-Garden, wie wir sagten, rauf mit den Waffen und auf der anderen Treppe gingen sie ohne Waffen wieder runter. Und die Stadtverordnetenversammlung beschloß an diesem Abend, die Erwerbslosenunterstützung um 24 auf 48 Mark zu erhöhen."*[49]

Anfang Februar spitzte sich die Situation noch einmal zu, als die Division Gerstenberg auf Befehl Noskes gegen die Bremer Räterepublik vorgehen sollte. Dort war am 10. Januar die „Sozialistische Republik" ausgerufen worden, die eine Entwicklung wie in Berlin verhindern und eine sozialistische Fortführung der Revolution ermöglichen sollte. Damit wurde Bremen zum Hoffnungsträger des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung. Teile der zur Division Gerstenberg gehörigen 1. Marinebrigade standen in Kiel, und die Kieler Linke versuchte, einen Abmarsch dieser Verbände gegen die Bremer Genossen zu verhindern.[50] Die Kieler KPD, die USPD und der Rote Soldatenbund hatten für den 4. Januar zu einer großen Versammlung in der „Concordia" in der Lübecker Chaussee aufgerufen, bei der die kommunistische Funktionärin Erna Halbe aus Hamburg

[47] Dähnhardt, S. 155.
[48] Die Republik, Nr. 19 v. 23. 1. 1919.
[49] Wie Anm. 42.
[50] Vgl. dazu Werner Franz, Die Spartakusunruhen von 1919 in Kiel und die Kieler Studentenwehr, Kiel 1958; — Die Republik, Nr. 32 v. 7.2.1919 u. Nr. 40 v. 16.2.1919.

SPARTAKUS

Organ der Kommunistischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein

1. Jahrgang. Nr. 1 | Kiel, den 9. März 1919 | Preis 10 Pfennig

Spartakus, der Sklavenbefreier

Der „Kieler Spartakusputsch" vom 5. Februar 1919. Kein Lebensmittelmangel mehr in Kiel

„Spartakus, der Sklavenbefreier!"

Freiheit? Frieden? Brot?

Frontseite der ersten Ausgabe des „Spartakus. Organ der Kommunistischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein" vom 9. März 1919. Mit trotzigem Gestus greift die neugegründete KPD in Schleswig-Holstein auf den Spartacus-Mythos zurück und setzt auf die antiparlamentarische revolutionäre Lösung: „Mögt ihr nur weiter hetzen und schwätzen in eurem Nationalzirkus dort in Weimar, wir lassen uns weder durch eure Lügen, noch durch eure Maschinengewehre beirren, erhobenen Hauptes gehen wir unseren Weg geradeaus bis zu unserem Ziel: der proletarischen Revolution! Und mit Stolz in der Brust schreiben wir auf die rote Fahne dieser Revolution in großen Buchstaben: ‚Sparatakus, der Sklavenbefreier!'"

referierte. Die Versammlung beschloß, den Abmarsch der Gerstenberger durch einen Generalstreik zu verhindern und ein „Exekutivkomitee" aus den drei Gruppierungen zu bilden, das in der Nacht vom 4. auf den 5. Februar zusammentrat und die Aktion vorbereitete.[51] Am 5. Februar forderten zwischen fünfhundert und eintausend Demonstranten Waffen, *„um ihren bedrängten Kameraden in Bremen helfen zu können"* und verlangten, keinerlei Lebensmittel an die Gerstenberger auszugeben.[52] Der größte Teil der Bewaffneten besetzte die Kaserne in der Annenstraße. Auch Otto Preßler hatte noch in der Nacht zuvor Instruktionen erhalten, was am Morgen zu tun sei. *„Ich habe mit einigen Genossen die Marinekommandantur besetzt. Wir haben die Offiziere in den Nebenraum gestellt. Später kam der Befehl, das aufzugeben, weil die Genossen in der Annenstraße sich kaum halten konnten. Dann haben wir uns sukzessive zurückgezogen, um Schlimmeres zu verhüten, haben dann die Schule in der Legienstraße — gegenüber dem Gewerk-*

[51] Spartakus. Organ der Kommunistischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein, Nr.1 v. 9.3.1919; — Wie Anm. 5.

[52] Dähnhardt, S. 156.

schaftshaus — besetzt. Im Laufe des Tages sind wir noch zur Levensauer Hochbrücke gefahren und haben uns dort drei Maschinengewehre geholt. Die Soldaten, die dort standen, sagten zu uns ‚Wi sünd ok keine Noskes!'. Da hab ich gesagt: ‚Na, dann gebt uns das man her.' Die Waffen haben wir dann da im Wald noch eingeschossen, dann auf den Lastwagen rauf und nach Kiel rein. Der Hauptsinn war, die militärischen Kräfte zu binden. Jedenfalls haben wir nachher gesagt: ‚Wir haben unsere Pflicht getan.'"[53] Dennoch war die militärische Übermacht der Gegner eindeutig. Die von ihnen später als *„Spartakusputsch"* titulierte Aktion wurde schließlich durch die Sicherheitstruppen im Verein mit Gruppen von reaktionären Studenten und Offizieren niedergeschlagen. Die Bilanz waren sechs Tote und zwanzig Verletzte. Otto Preßler resumiert: *„... die Folge dieser Auseinandersetzungen war, die Bremer Räterepublik mußte kapitulieren ... und die Reaktion, die wurde gefestigt."*[54]

Die KPD führte bereits kurz nach ihrer Gründung eine Reihe größerer Versammlungen durch, die noch in der USPD-Zeitung „Die Republik" angekündigt wurden.[55] Die Zeitung berichtete ausführlich über den Berliner Gründungsparteitag der KPD und enthielt sich diskreditierender Kommentare, wie sie seitens der sozialdemokratischen Mehrheit vorgebracht wurden. Die Bündnisse zwischen USPD und KPD gegen den Einsatz der Gerstenberger und für den von der Mehrheitssozialdemokratie bekämpften Demonstrationsstreik nach den Morden an Liebknecht und Luxemburg annoncierten nach wie vor starke Gemeinsamkeiten auf dem revolutionären Flügel der politischen Arbeiterbewegung. Kaum nachvollziehbar für große Teile der USPD war jedoch die auch von Rosa Luxemburg heftig kritisierte Mehrheitsentscheidung des kommunistischen Gründungsparteitags, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren. Auch die Kieler Spartakisten setzten mehrheitlich auf die revolutionäre Aktion. Der „Spartakus. Organ der Kommunistischen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein" unter der Schriftleitung von Adolf Dethmann aus Heikendorf agitierte seine Klientel in der ersten Ausgabe: *„Arbeiter, denkt doch einmal nach: Glaubt ihr wirklich, daß dieses Nationaltheater Euch den Sozialismus bringen und Euch aus dem Joche des Kapitalismus befreien kann und wird? Glaubt denn das wirklich einer unter Euch?"*[56] Otto Preßler war Mitglied der Kieler Parteileitung, konnte sich aber mit seinen Positionen, die denen Rosa Luxemburgs nahestanden, vorerst nicht durchsetzen. Er erinnert sich, daß die innerparteilichen Auseinandersetzungen auch an der Förde noch bis zum Herbst des Jahres andauerten: *„Im Spartakusbund war eine so verrückte Zeit gekommen, daß sie von den Gewerkschaften nichts wissen wollten. Alle Kommunisten mußten aus den Gewerkschaften aus- und der Allgemeinen Räteunion beitreten und all so'n verrückten Kram. Erst der Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 hat das abgebrochen. Erst danach lief der Kurs auf Vereinigung mit der linken USPD, Anerkennung der Gewerkschaftspolitik und der parlamentarischen Arbeit. Das hat etwas gekostet, sich damit durchzusetzen, auch bei den eigenen Genossen. Daraufhin*

[53] Wie Anm. 5.
[54] Wie Anm. 42.
[55] So z.B. in Nr. 8 v. 10. 1. 1919.
[56] Spartakus, Nr. 1 v. 9. 3. 1919.

wurden die Kontakte zur linken USPD immer enger, auch hier in Kiel."[57]

Im Frühjahr 1919 hatte Otto Preßler kurzzeitig Arbeit bei der kleinen Schiffswerft Stocks & Kolbe an der Schwentinemündung gefunden, die sich auf den Umbau von Fischkuttern zu Minensuchbooten spezialisiert hatte. Kurz nachdem er dort angefangen hatte, so erinnert er sich, seien Kollegen zu ihm gekommen und hätten über geheime Aufträge berichtet: „*‚Hör mal zu Otto, da bei uns im Schuppen werden Autos gepanzert!' Das haben wir uns angesehen und tatsächlich wurden die Autos rundum mit Stahlplatten verkleidet und mit drehbaren Maschinengewehrlafetten bestückt. Mit dem Genossen Ernst Baasch und seinem Bruder zusammen sind wir dann dem Direktor Kolbe auf die Bude gerückt. Der wollte am liebsten immer jedem einen Ziegelstein ins Kreuz werfen, so polterig war der. Wir kamen rein und sagten: ‚So, ganz ruhig jetzt. Wir wollen wissen, für wen Sie diese Autos bauen.' ‚Dat geiht ju gor nix an!' Bald rückte er aber damit raus: ‚Für die baltische Regierung'. Ich sag: ‚Jetzt müssen wir aber was tun. Telefon her!' ‚Bi mi ward ni telefoniert.' Ich sag: ‚Hier wird jetzt telefoniert!' Dann haben wir den Arbeiter- und Soldatenrat angerufen, und diese Hampelmänner haben sich gewunden und nur gesagt: ‚Wir können nichts tun.' Da haben wir die Sache selbst in die Hand genommen, sind in die Werkstätten gegangen und haben die Panzerplatten abmontiert und in die Schwentine geworfen. Immer rein in den Bach!*"[58]

Wenn auch manche gemeinsame Aktion mit der USPD durchgeführt werden konnte, so verfügte die Kieler KPD jedoch kaum über nennenswerten Masseneinfluß. Ihr Wochenblatt

[57] Wie Anm. 5.
[58] Ebenda.

Am 1.Mai 1919 waren auch im benachbarten Friedrichsort die Gemeinsamkeiten von USPD und KPD trotz bestehender Meinungsunterschiede so groß, daß man miteinander, keineswegs aber mit der reformistischen Sozialdemokratie demonstrieren konnte, deren Verantwortung für die Ermordung zahlloser Revolutionäre in den Augen der Linken als offener Verrat gewertet werden mußte.

An die Arbeiterschaft Kiels!

Die am Montag, den 22. März, tagende Versammlung der politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensleute der sozialistischen Arbeiterschaft von Groß-Kiel beschloß

die Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstag, den 25. März,

unter der Bedingung, daß

die Streiktage voll bezahlt werden.

Die Zehnerkommission trat sofort in neue Verhandlungen vor dem Lohn- und Arbeitsamt ein mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände, den Vertretern der Reichswerft, der Reichswerke und dem Magistrat.

Das Ziel der Verhandlungen ist erreicht! Es erfolgt die volle Bezahlung der Streiktage.

Die verwundeten Genossen erhalten die Differenz zwischen ihrem Arbeitsverdienst und Krankengeld bis zu ihrer Wiederherstellung.

Im folgenden der Wortlaut der Vereinbarungen:

Die Arbeitgeber übernehmen die vorschußweise Bezahlung von 50 Proz. des durch den Streik ausgefallenen Arbeitsverdienstes (bei Akkordarbeiten der Durchschnittsgruppenverdienst für Monat Februar) für die Zeit vom 13.—23. März 1920 einschließlich unter Voraussetzung der Parität seitens der Stadt Kiel und den in Betracht kommenden Gemeinden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Donnerstag, den 25. März 1920, früh.

Bei den Großbetrieben ist es erforderlich, daß die zur Herrichtung des Betriebes benötigten Arbeiter, Maschinisten und Heizer nach Verständigung mit der Betriebsleitung bereits im Laufe des Mittwoch, den 24. März 1920, zur Arbeit erscheinen.

Die Auszahlung erfolgt alsbald nach Aufnahme der Arbeit durch die Arbeitgeber.

Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß es Pflicht der Regierung ist, die Vorschüsse zu erstatten.

Die von der Stadt Kiel und den in Betracht kommenden Gemeinden zu tragende Hälfte des Arbeitsverdienstes wird von den Arbeitgebern verauslagt, nachdem ein sofort herbeizuführender rechtlich verpflichtender Beschluß vorliegt, und gegen Einreichung von Lohnlisten entsprechend dem Verfahren bei der Erwerbslosen-Fürsorge von der Stadt umgehend bar erstattet.

Erklärungen des Magistrats.

1. Der Magistrat übernimmt die nach der Erklärung der Arbeitgeber der Gemeinde obliegenden Lasten für die privaten Betriebe der Stadt Kiel.

2. Die bei den politischen Unruhen in der Zeit vom 13. bis 23. März Verwundeten erhalten die Differenz zwischen Arbeitsverdienst und Krankengeld bis zu ihrer Wiederherstellung für städtische Rechnung.

3. Die Frage wegen Zahlung von Vergütungen an die Einwohnerwehr soll zum Gegenstand besonderer Beratung gemacht werden.

Genossen! Genossinnen! Die versammelten Vertrauensleute nahmen ferner eine Reihe weiterer wichtiger Anträge an, die teils dem zu bildenden Vollzugsausschuß, teils dem Wehrausschuß überwiesen wurden, **und die Garantien enthalten gegen die Wiederholung einer Diktatur von rechts.**

Volksgenossen! Das Verhandlungsergebnis zeigt, ein wie gewaltiger Machtfaktor wir sind, wenn wir einig und geschlossen zusammen stehen. Zeigt dieselbe Disziplin, die beim Ausbruch des Generalstreiks in so hervorragender Weise in Erscheinung trat, auch beim Abbruch desselben, und nehmt geschlossen **am Donnerstagfrüh** die Arbeit in allen Betrieben wieder auf. **Die in Frage kommenden Heizer und Maschinisten fordern wir auf, sich rechtzeitig mit ihren Betriebsleitungen in Verbindung zu setzen.**

Die Zehnerkommission.

Gewerkschaftskartell.

Parteileitung der S. P. D. Parteileitung der U. S. P. D. Parteileitung der K. P. D.

Druck von Chr. Haase & Co., Kiel.

mußte das Erscheinen nach kurzer Zeit einstellen, und in den Betrieben scheint die Partei keinen Durchbruch erzielt zu haben. Unter den Erwerbslosen allerdings, die meist als ehemalige Frontsoldaten zunächst kaum Arbeit bekommen konnten, entwickelte die Partei starke Aktivitäten. Wie Otto Preßler, der bis zum September 1919 mit kurzfristigen Unterbrechungen arbeitslos blieb und sich an den mannigfaltigen Aktionen der Erwerbslosen beteiligte, ging es vielen ehemaligen Kieler Proleten, die in ihre Heimatstadt zurückgekehrt waren. Dem ab Januar 1919 bestehenden Erwerbslosenrat, der von den Arbeitslosen gewählt wurde, gehörten bis zu seiner Auflösung 1923 wie auch nach dem Wiederaufbau 1924 stets führende Kommunisten an.[59] 1925 richtete der Erwerbslosenausschuß Eingaben über die KPD-Fraktion an die Stadt.[60] Die Fixierung der KPD auf die Arbeit mit den Erwerbslosen sollte sich in Kiel als zentrales Kontinuum kommunistischer Politik zumindest bis zur Weltwirtschaftskrise erweisen und bis zum Ausgang der Weimarer Republik ein entsprechendes sozialstrukturelles Profil der Partei begründen.

Am 13. März 1920 versuchten die mit der Novemberrevolution geschlagenen Militärs und Reaktionäre aller Schattierungen, die verlorene Schlacht doch noch zu gewinnen und putschten gegen die legitime Reichsregierung. Unter geistiger wie militärischer Führung von Kapp und Lüttwitz wurde das Berliner Regierungsviertel okkupiert und die Regierung für abgesetzt erklärt. In Kiel kam es zu massiven militärischen Auseinandersetzungen, weil der Leiter der Marinestation, Konteradmiral von Levetzow, sich sofort der Konterrevolution unterstellte, die Arbeiterschaft in der Revolutionsstadt den Putsch aber keinesfalls zulassen wollte.[61] Die Kieler Parteiführungen von MSPD und USPD leiteten noch am ersten Tag Gegenmaßnahmen ein, während sich die Kommunisten zurückhielten, deren Berliner Parteiführung in den Kämpfen zunächst lediglich eine Auseinandersetzung zwischen zwei konkurrierenden konterrevolutionären Flügeln sah. Erst mit einem Tag Verspätung schloß sich die Partei den Streikvorbereitungen an und forderte die Bewaffnung des Proletariats.[62] Zuverlässige Mitglieder der KPD wurden bereits mit Waffen ausgerüstet. Otto Preßler, der seit September 1919 wieder als Schlosser auf der Germaniawerft arbeitete, agierte als führendes Mitglied der „Kampfleitung", die die KPD gebildet hatte.[63] Ihm oblag es unter anderem, angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzung für ausreichende Bewaffnung zu sorgen. Er erinnert sich, daß man bereits vor dem Kapp-Putsch auf großen Gütern in der Umgebung Kiels geheime Waffenlager angelegt hatte, die nun ausgehoben und in die Stadt befördert werden mußten. Außerdem entwaffnete man in der Stadt stehende Truppenverbände. *„Die ersten Waffen bekamen wir, als wir eine Kolonne von Zeitfreiwilligen überfielen, die von ihrer Kaserne an der Maschinenbauschule im Knooper Weg durch die Humboldtstraße zu den Kasernen in der Wik marschieren wollten. Die Straßen waren schwarz von Menschen, von den streikenden Arbeitern. Und diese Militärkolonne wurde am hellen Tag vormittags in der Humboldtstraße von den Arbeitern überfallen."*[64]

linke Seite:
Der Kapp-Putsch von 1920 wurde in Kiel durch die gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft niedergeschlagen. Als Leitungsgremium fungierte der „Zehnerausschuß" aus Vertretern von Gewerkschaften, SPD, USPD und KPD. (StAK, 28188)

[59] So zwischen 1919 und 1922 Heinrich Strunk (während des Krieges von der SPD zur USPD, 1918/19 einer der linken USPD-Führer, im Frühjahr 1919 KPD), Gustav Faber (Faber arbeitete zwischen 1920 und 1922 auf Bezirksebene als Verantwortlicher für Organisationspolitik) und Moritz Radusch (Radusch fungierte 1921 sogar als 1. Vorsitzender des Erwerbslosen-Ausschusses). 1923 wurde Strunk zum 2. Vorsitzenden und Arthur Demolski, späterer Stadtverordneter der KPD, Parteischüler und Redakteur des KPD-Organs „Norddeutsche Zeitung", zum Schriftführer gewählt (Mitglieder des Arbeitslosen-Ausschusses, o.D., Stadtarchiv Kiel [StAK], 28188; — Mitglieder des Erwerbslosenrats, o.D., StAK, 28188; — Wie Anm. 70 und 80; — Gegen den Strom. Organ der KPD [Opposition] [GdS], Nr. 51 v. 21. 12. 1929.). Vgl. auch: Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988 (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 14.), S. 245 u. S. 462, Anm. 446.

[60] Drucksache 42, 27. 1. 1925, StAK, 28188.

[61] Zu den Kämpfen in Kiel vgl.: Rainer Paetau, Märzstürme über Kiel. Sozialisten, Kapp-Putschisten und die Weimarer Republik von 1920, in: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. dems. u. Holger Rüdel, Neumünster 1987 (= Studien zur Wirtschafts- u. Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd.13.), S.311-346; — Regina Rocca, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Kiel, in: DG 3 (1988), S. 285-306.

[62] Rocca, S. 289; — Paetau, Märzstürme, S. 321.

[63] Wie Anm.1; — [Bericht], 27. 1. 1976, GET, Nachlaß Preßler.

[64] Wie Anm. 5.

[65] Zit. nach Rocca, S. 295.
[66] Zit. nach Ebenda, S. 297.
[67] Gespräch Lisa Herrmann.
[68] Die Arbeiterwehren waren in den Stadtteilen unter maßgeblicher Mitwirkung von SPD- und KPD-Funktionären gebildet worden. Nach den Erinnerungen Preßlers wurden sie in Dietrichsdorf, Ellerbek, Wellingdorf, Gaarden und Friedrichsort von der KPD geführt (Wie Anm. 5.).
[69] Wie Anm. 1; — Wie Anm. 5.

Admiral von Levetzow demonstrierte Stärke, auch nachdem der Putsch am 17. März ganz offensichtlich gescheitert war, und löste damit folgenschwere militärische Kämpfe am darauffolgenden Tag aus, in denen *„die gesamte Arbeiterschaft die Republik gegen eine angeblich monarchistische Gegenrevolution verteidigte"*, wie selbst der örtliche Kommandeur des Zeitfreiwilligenregiments einräumen mußte.[65] Zwar war die eigentliche Entscheidung bereits gefallen, der Putsch war abgewehrt und selbst von Levetzow trat am Mittag des 18. März zurück. Mit den siegreichen Kämpfen war jedoch das Selbstbewußtsein der Arbeiter erheblich gestärkt worden und die Hoffnung griff um sich, nun doch noch die *„halbe Revolution"* vom Vorjahr weiterführen zu können. Die „Republik" notierte: *„Überall trifft man die Entschlossenheit, die Waffen zu behalten und wenn es sein muß, von neuem das Leben zu wagen. Ein erfreulicher Geist ist auch in den Reihen der rechtssozialistischen Arbeiterschaft eingekehrt. Die Parteiengegensätze waren in den letzten Tagen verwischt. Arbeiter aller sozialistischen Parteien standen Schulter an Schulter im Kampf."*[66] Auch Otto Preßler mochte in diesen Tagen auf seine Waffe nicht verzichten. Unter den Genossen machte die Geschichte die Runde, wie er das erste Mal nach den heißen Tagen des Putsches mit seiner Freundin und späteren Frau Clara einen gemeinsamen Ausflug unternehmen wollte. Man traf sich am Bahnhof und begrüßte sich stürmisch, bis Clara ihren Otto etwas irritiert fragte: *„Was hast Du denn da für'n hartes Ding in der Jackentasche?"* Und darauf Otto bedrückt: *„Clara, ich muß nochmal schnell nach Hause!"* Da habe er, so seine Tochter, erst einmal die Pistole wegbringen müssen.[67]

Der Generalstreik wurde weitergeführt und die Gewerkschaften verlangten die Säuberung militärischer und staatlicher Stellen von Konterrevolutionären, Demokratisierung und verschiedene Sozialisierungsmanahmen. Die Streikenden forderten vom Magistrat die Bildung einer „Arbeiterwehr", die Bezahlung der Streiktage und ein Verbot weiterer Entlassungen. Ein „Exekutivrat" aus Gewerkschaften, SPD, USPD, KPD und DDP sollte die Durchführung der Forderungen kontrollieren. Magistrat und Arbeitgeber machten eine Reihe von Zugeständnissen; bald nach der Arbeitsaufnahme wurden jedoch keine Regierungsgelder mehr für die eben gebildete Arbeiterwehr zur Verfügung gestellt, so daß der Verband nach einem Monat bereits wieder aufgelöst werden mußte.[68]

Vorsitzender der Kieler KPD

Otto Preßler muß sich in den Augen seiner Genossen bewährt haben in den nachrevolutionären Auseinandersetzungen und den Kieler Märzkämpfen. Im Frühjahr 1920 wurde er Betriebsrat auf Germania, einer KPD-Hochburg unter den Kieler Betrieben, und im April wählten ihn die Genossen anstelle des zur linksradikalen „Kommunistischen Arbeiterpartei" (KAPD) übergetretenen Julius Wallach zum Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe.[69] In dieser Funktion war er im Herbst des Jahres an den Verhandlungen mit den örtlichen Führern des linken Flügels in der USPD maßgeblich beteiligt, in denen eine Verei-

nigung beider Parteien vereinbart und unter der Federführung von ihm, Asmus, Bachmann und Schlichting im Oktober vollzogen wurde.[70] Das hatte viel Mühe gekostet. Nach Preßlers Erinnerung waren manche Spartakisten gegen eine Vereinigung mit der *„laschen"* USPD. *„Wir mußten die eigenen Genossen bremsen und dazu anhalten, Zurückhaltung zu wahren."* Schließlich ging es nicht nur darum, sich in der eigenen Partei durchzusetzen, sondern auch um fruchtbare Verhandlungen mit den USPD-Führern. Das fiel dem jungen Mann nicht leicht: *„Das waren alles gestandene Funktionäre, grauhaarig. Und ich war noch keine 25 Jahre alt."*[71] Die USPD hatte sich nach der Gründung der dritten — kommunistischen — Internationale am Scheideweg zwischen einer weiteren revolutionären Orientierung in enger Anlehnung an die junge Sowjetunion einerseits und einer Wiederannäherung an die sozialintegrativen Transformationsstrategien der Mehrheitssozialdemokratie andererseits gesehen. Die Kieler Unabhängigen konnten sich weder für das eine noch für das andere entscheiden, sondern optierten mehrheitlich für die Gründung einer neuen Internationale, die die kommunistische Formation und die linksdivergierenden Teile der Zweiten Internationale vereinigen sollte.[72] Nach einer breiten innerparteilichen Debatte votierte schließlich wie im ganzen Reich so auch in Schleswig-Holstein die Mehrheit der Mitglieder in einer Urabstimmung für die Annahme der 21 Aufnahmebedingungen der Komintern. Damit war die Spaltung der USPD perfekt; ein großer Teil vereinigte sich reichsweit auf einem gemeinsamen Parteitag im Dezember 1920 mit den Kommunisten zur VKPD, die „Alt-Unabhängigen" kehrten zwei Jahre später zur Mehrheitssozialdemokratie zurück.

Otto Preßler nahm als Kieler Delegierter am 5. Parteitag der KPD im November 1920 teil, der über die Vereinigung zu beschließen hatte, wie auch am Vereinigungsparteitag selbst[73] — und zwar hier als einer von vier kommunistischen Delegierten des Bezirks Wasserkante.[74] In die Zentrale der neuen Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD), die erst jetzt als vereinigter revolutionärer Flügel der Arbeiterbewegung zur Massenpartei wurde, wählte der Parteitag Heinrich Brandler und August Thalheimer, die nach dem bald evidenten praktischen Scheitern der „Offensivtheorie" zum „rechten" Parteiflügel konvertierten und für Otto Preßler später in einer wichtigen Phase zu politischen Leitfiguren wurden. Der Bezirk Wasserkante war nach der Vereinigung mit etwa 30 000 Mitgliedern einer der stärksten im Reichsgebiet. Der Kieler Ortsgruppe sollen nach einem Bericht der Hamburger Polizeibehörde im April 1921 3500 Mitglieder angehört haben.[75] Damit hätte sie den höchsten Mitgliederbestand in der Weimarer Periode bereits ein halbes Jahr nach der Vereinigung erreicht gehabt. In der Folgezeit war die Stärke der Partei, wie sich zeigen wird, erheblichen Schwankungen unterworfen, erreichte aber den Stand von 1921 nicht mehr annähernd.

Auf diesem Höhepunkt der organisatorischen Entwicklung der Partei arbeitete Otto Preßler neben seiner Funktion als

[70] NE, Nr. 149 v. 31. 12. 1948. Vgl. Protokoll der Bezirkskonferenz des Bezirks Nord der K.P.D. am 17. Oktober 1920 in Neumünster, GET, KPD Hamburg 1918-1933. Berichte Bezirksdelegiertenkonferenzen.

[71] Wie Anm. 5.

[72] Rolf Schulte/Jürgen Weber, Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) in Schleswig-Holstein, in: DG 3 (1988), S. 312.

[73] Wie Anm. 1.; — Wie Anm. 5.

[74] Ernst Thälmann. Eine Biographie, hrsg. v. Institut f. Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 1, Berlin 1980, S. 105.

[75] Ebenda, S. 110. Demnach sind im Bezirk folgende weitere Mitgliederzahlen anzunehmen: Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg zusammen 20.000, Lübeck 1.500, Neumünster 1.500, Rendsburg 1.500, Flensburg 1.200, Heide 500, Husum 300. Außer diesen Regionen umfaßte der Bezirk Wasserkante mit dem Unterbezirk Lüneburg noch den nordöstlichen Teil des heutigen Niedersachsen.

Ortsgruppenleiter schwerpunktmäßig im Betrieb und konnte als Interessenvertreter und Betriebsrat bei seinen Kollegen der Germaniawerft Anklang finden, auf der zu diesem Zeitpunkt — 1921 — etwa 6000 Kieler ihr Brot verdienten.[76] Die Kieler Parteiorganisation delegierte Preßler auch zum 7. Parteitag, der Ende August des Jahres in Jena stattfand.[77] Hier wurden die politisch isoliert gebliebenen Aufstandsversuche, die die KPD im März in Mitteldeutschland initiiert hatte, einer Kritik unterzogen und erste Ansätze einer integrativen Einheitsfrontpolitik entwickelt.

Im darauffolgenden Jahr arbeitete Preßler als Vorsitzender der Kieler Ortsgruppe mit dem wahrscheinlich im Frühjahr 1922 zum Sekretär der übergeordneten Unterbezirksleitung Kiel gewählten Alois Schlichting[78] zusammen, der bei Gründung der Kieler USPD im Frühjahr 1917 zweiter Vorsitzender geworden und mit der Vereinigung beider Parteien im Oktober 1920 zur VKPD gestoßen war.[79] Die politische Arbeit im Kieler Unterbezirk entwickelte sich fortan zur vollsten Zufriedenheit der Hamburger Bezirksleitung: *„Mehrere Ortsgruppen, die ‚sanft entschlafen' waren, wurden zu neuem Leben geweckt. Eine planmäßige Versammlungskampagne wurde vom neuen Vorstand eingeleitet. Durch ständiges Nachfassen war es möglich, die säumigen Ortsgruppen zu größerer Aktivität aufzurufen."*[80] Der Kieler Unterbezirk florierte und konnte sich schließlich im Jahre 1923 auf 27 arbeitende Ortsgruppen der KPD stützen — ein Stand, der später nicht wieder erreicht wurde.[81] Die Kieler Ortsgruppe zählte 3000 Mitglieder, und in den Betrieben an der Förde stellten die Kommunisten 48 Betriebsräte.[82]

Für den Sommer/Herbst 1923 hatte die Zentrale der KPD den ersten Lehrgang einer „Reichsparteischule" in Jena einberufen, zu dem Otto Preßler und sein Kieler Parteigenosse Moritz Radusch entsandt wurden.[83] Unter der Leitung von Hermann Duncker und mit kompetenten Referenten, wie dem damaligen Mitglied der KPD-Zentrale und späteren KPDO- und SAPD-Führer Paul Frölich, sollten hier bewährte Kader der Partei mit deren politischen und ideologischen Positionen — die freilich so einheitlich nicht waren — vertraut gemacht werden. Darüber hinaus studierten die Genossen marxistische Grundlagentexte zur politischen Ökonomie, Philosophie und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. So findet sich im Nachlaß Preßlers eine von Karl Kautsky 1922 neu herausgegebene Ausgabe von Karl Marx' *„Lohnarbeit und Kapital"*, in die Moritz Radusch zu seinem Namen den Vermerk *„Parteischule Jena 1923"* eingetragen hatte. Albert Norden, später führender Publizist der DDR und SED-Politbüromitglied, erinnert sich an den Lehrgang, zu dem er wie Preßler und Radusch delegiert worden war: *„Zum eigentlichen Studium kamen wir aber kaum. Das im Oktober 1923 gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtete Ermächtigungsgesetz, die vom Reichspräsidenten Ebert im November an General von Seeckt übertragene vollziehende Gewalt, wodurch eine parlamentarisch verbrämte Militärdiktatur errichtet wurde, die großen Abwehrschlachten*

[76] Friedr. Krupp Germaniawerft an den Demobilisierungsausschuß, 19. 7. 1920, StAK, 33674; — Jens Christian Jacobsen, Aus dem Leben einer Kiel-Gaardener Werftarbeiterfamilie, in: DG 1 (1986), S. 137.

[77] Wie Anm. 1.

[78] Alois Schlichting: geb. 8. 3. 1886 in Hoyerode/Thüringen, Schlosser/Handelsvertreter, 1917 USPD, 1920 VKPD, 1922 bis 1924 Unterbezirksleiter in Kiel, bis 1928 Stadtverordneter, 1931/1932 Vorsitzender der Roten Hilfe in Kiel.

[79] NE, Nr. 149 v. 31. 12. 1948. Die Datierung ist nicht präzise gesichert. Da jedoch im Organisationsbericht zum Bezirksparteitag im Herbst 1922, der Rechenschaft über den Zeitraum von April bis September des Jahres ablegte, die Arbeit seit dem „letzten Wechsel des Unterbezirks-Vorstands" bewertet wurde, liegt die angegebene Datierung nahe (Wie Anm. 112.). Dettmann, dem ansonsten jedoch aus der retrospektiven Sicht einige Ungenauigkeiten unterlaufen, datiert die Funktionsübernahme auf 1921 (BPA Rostock, V 5/52.).

[80] Bericht der Bezirksleitung zum Bezirks-Parteitag der KPD., Bezirk Wasserkante am 30. September und 1. Oktober 1922, GET, KPD Hamburg 1918-1933. Berichte Bezirksparteitage.

[81] Der Unterbezirk umfaßte zu diesem Zeitpunkt die Ostseeküste der Provinz zwischen Flensburg und Fehmarn und reichte im Landesinnern bis zur Linie Rendsburg-Neumünster-Segeberg. Im Einzelnen arbeiteten Ortsgruppen in Kiel, Eckernförde, Flensburg, Schleswig, Rendsburg, Neumünster, Segeberg, Loose, Wankendorf, Gettorf, Schönberg, Plön, Preetz, Hohenwestedt, Nortorf, Bordesholm, Friedrichsort, Schönkirchen, Klausdorf, Waabs, Westensee, Westerrönfeld, Osterrönfeld, Audorf, Sehestedt/Bovenau/Kronsburg, Kopperpahl und auf Fehmarn (GdS, Sonderbeilage Nr. 3 v. Januar 1929.).

[82] Wie Anm. 80; — GdS, Nr. 32 v. 10. 8. 1929.

[83] Wie Anm. 1; — Wie Anm. 5.

der Werktätigen — all' das veranlaßte die Partei, den Lehrgang in Jena vorzeitig abzubrechen. Unser Einsatz erfolgte auf verschiedenen Kampfpositionen im Lande."[84] Nicht erst im Oktober/November, wie Norden suggeriert, sondern bereits im September 1923, unmittelbar nach dem erfolgreichen Generalstreik gegen die Regierung Cuno, sah die Parteiführung eine revolutionäre Situation unmittelbar bevorstehen und schickte die Kursteilnehmer in heimatferne Bezirke. Der Kieler Parteischüler Moritz Radusch wurde als Parteisekretär im Bezirk Pommern mit Sitz in Stettin eingesetzt; Otto Preßler entsandte man in gleicher Funktion nach Leipzig, dem Vorort des KPD-Bezirks Westsachsen, wo er sich an der politischen Arbeit beteiligte und während des Parteiverbots nach dem „Hamburger Aufstand" vom Oktober als unbekannter Funktionär in eingeschränktem Maße auch öffentlich agitieren konnte.[85] So sprach er am 15. Januar 1924 auf einer illegalen KPD-Demonstration vor dem Leipziger Rathaus. An den Jahrestag der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg erinnerte er und forderte von einem eilig herbeigeschafften Tisch herunter auf, für die Aufhebung des Parteiverbots zu kämpfen. Als die Polizei kam, war er schnell in den umstehenden Menschenmassen untergetaucht und mit einem Taxi verschwunden.[86] Nach seiner Rückkehr erzählte er von diesen Einsätzen zu Hause: *„Die Leipziger Polizei hat immer den mit dem ausländischen Akzent ge sucht."*[87]

Preßler kam in bewegten Zeiten in die KPD-Hochburg Westsachsen. In Sachsen und Thüringen waren Kommunisten in die sozialdemokratischen Landesregierungen eingetreten. Am 20. Oktober 1923 wurde das legitime sächsische Kabinett von der Reichsregierung aufgelöst und Truppen nach Sachsen in Marsch gesetzt. Die Zentrale der KPD beschloß — in Verfolgung eines bereits entworfenen Plans zum reichsweiten bewaffneten Aufstand — zum Generalstreik aufzurufen, vor der Mobilisierung der Arbeiter jedoch die Ergebnisse der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz abzuwarten, die am nächsten Tag stattfinden sollte.[88] Als Sekretär der Bezirksleitung nahm Otto Preßler an dieser bedeutsamen Konferenz teil. Dort plädierte Heinrich Brandler als Leiter der sächsischen Staatskanzlei und Vorsitzender des KPD-Politbüros für den Generalstreik. Preßler erinnert sich: *„Nach meinem Eindruck hätte die Konferenzmehrheit für diesen Antrag gestimmt. Nach der Intervention des linkssozialdemokratischen Ministers Graupe stimmte aber die Mehrheit für Ablehnung. Das Dilemma war, daß die Kommunisten nicht wußten, was nun weiter geschehn sollte. Wir sind ziemlich bedeppert nach Hause gefahren."* Noch in der Nacht von Sonntag auf Montag wurde alles organisiert, um in den Leipziger Betrieben am Montag den Generalstreik durchführen zu können. Das gelang jedoch nicht: *„In keinem einzigen Betrieb konnten wir eine Mehrheit für den Generalstreik gewinnen."*[89]

Das Ergebnis der Chemnitzer Konferenz hatte fatale Folgen für den Bezirk Wasserkante und das heimatliche Kiel. Die KPD-Zentrale revidierte ihren Aufstandsplan; allein in Ham-

[84] Albert Norden, Ereignisse und Erlebtes, Berlin 1981, S. 41.
[85] Wie Anm. 1; — Wie Anm. 5.
[86] Wie Anm. 5.
[87] Gespräch Lisa Herrmann.
[88] Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisiserung der KPD in der Weimarer Republik. Gekürzte Studienausgabe, Frankfurt/M. 1969, S.50.
[89] Wie Anm. 5.

burg kam es, wohl weil der Kurier der Parteiführung vorzeitig abgereist und nicht mehr zurückgeholt werden konnte, zur militärischen Revolte. In die dortigen Auseinandersetzungen wurde Kiel insofern verwickelt, als bereits im September äußerste Unruhe wegen eines Arbeitskonflikts bei den Deutschen Werken geherrscht hatte, der sich im Oktober dramatisch zuspitzte und Mitte des Monats zur Aussperrung der Belegschaft und der solidarischen Howaldtarbeiter führte.[90] Die daraufhin unter mageblicher Führung der Kieler KPD gebildeten Aktionsausschüsse diskutierten über einen Generalstreik, dessen Ausrufung Alois Schlichting am 15. Oktober vom Vorsitzenden des ADGB-Ortsausschusses, Heinrich Ehlers, forderte. Als Schlichting einer Menschenansammlung vor dem Gewerkschaftshaus die Ablehnung überbrachte, wurde Ehlers aus dem Haus gezerrt und mißhandelt. Dieser Vorfall führte dazu, daß sich magebliche Teile der Sozialdemokratie von einem gemeinsamen Vorgehen zurückzogen. Gleichwohl votierten am 19. Oktober 61% der 9000 Arbeiter, die an der Urabstimmung teilnahmen, für den Generalstreik. Damit war zwar die absolute Mehrheit erreicht, nicht aber das zur Ausrufung des Streiks erforderliche Zwei-Drittel-Quorum. Damit schienen sich alle Beteiligten zunächst abgefunden zu haben. Am 24. Oktober jedoch, einen Tag nach Beginn des Hamburger Aufstands, riefen die Kieler Kommunisten den Generalstreik aus, dem sich spontan 3.000 Arbeiter der Germaniawerft, 1.000 der Reichswerft und einige hundert Arbeiter der Howaldtwerft anschlossen. Diese Aktion war offensichtliche Folge davon, daß am 22. oder 23. Oktober Hermann Remmele als Emissär der Parteizentrale in Kiel eingetroffen war und hier wie zuvor in Hamburg die Parole vom Generalstreik und dem damit verbundenen bewaffneten Aufstand überbracht hatte.[91] Die Auswirkungen an der Förde waren jedoch mit den Hamburger Ereignissen nicht vergleichbar. Im Ergebnis wurden einige Geschäfte geplündert und Polizeipatrouillen überfallen, wobei ein Toter und dreißig Verletzte zu beklagen waren. Die preußische Ordnungsmacht setzte daraufhin siebzig Beteiligte fest — außer plündernden Jugendlichen vor allem die gesamte Führungsriege der Kieler KPD.

Von all' dem kann Preßler aber bestenfalls vom Hörensagen gewußt haben. Er blieb bis zum April 1924 in Leipzig und kehrte erst nach Kiel zurück, als das Verbot der Partei aufgehoben war und allenorts wieder legal gearbeitet werden konnte. Hinzu kam — seine Tochter hat ihn später darüber sprechen gehört —, daß der Kieler Jung große Sehnsucht nach der Förde hatte, wo sich Frau und Kind seit mehr als einem halben Jahr bei miserablen wirtschaftlichen Bedingungen ohne den Familienvater durchbringen mußten.[92] Otto Preßler hatte sich in Leipzig nicht sehr heimisch gefühlt. Als er aus Kiel fortging — in dem Bewußtsein, bald wieder zu Hause zu sein —, war die kleine Tochter gerade ein halbes Jahr alt; aber auch unter politischen Gesichtspunkten hielt er den Ortswechsel für einen Fehler: *„Ich hab' nur gedacht: ‚Die sind doch bekloppt, sowas zu machen.' Das war nicht richtig! Erstmal hatten wir noch nicht genügend*

[90] Paetau, Konfrontation, S. 244 ff. Für die Vorgänge im Einzelnen: Landesarchivchiv Schleswig (LAS), 301. 5648.

[91] Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 180. Nach den Ausführungen Thalheimers hatte Remmele ursprünglich allein den Auftrag, nach Kiel zu reisen, um hier — möglicherweise unter Berücksichtigung der zugespitzten lokalen Auseinandersetzung und in Anknüpfung an die Initialzündung vom November 1918 — das Zeichen zum Losschlagen zu geben (August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931, S. 27.). Auch die Kieler Kommunisten hatten Ähnliches im Sinn. Schon am 19. Oktober notierte die Kieler Politische Polizei, daß die Kommunisten die lokalen Auseinandersetzungen forcierten, weil „sie hoffen, dass ein Kieler Generalstreik das Signal zu einem allgemeinen deutschen Generalstreik sein werde" (Polizeipräsident Kiel an Oberpräsident, 19. 10. 1923, LAS, 301.5648.). Erich Wollenberg erinnert sich, daß ursprünglich in Kiel ein Probeaufstand initiiert werden sollte, von dessen Verlauf die weiteren Aktionen abhängig gemacht werden sollten. Nach Heinrich Brandler sollte Remmele möglicherweise nur nach Kiel reisen, um Geschütze zu kaufen (Tjaden, Teil 2, S. 112, Anm. 275. [Vgl. Anm. 134.]). Die tatsächlichen Verhältnisse sind bislang nicht eindeutig geklärt. Fest steht allein, daß Remmele zunächst Hamburg und dann erst Kiel anlief. An der Förde wurde ein Generalstreik verbunden mit einem Aufstandsversuch erst eingeleitet, als der Hamburger Aufstand bereits tags zuvor begonnen hatte. Am Tag der Kieler Aktionen beschloß die militärische Leitung der Hamburger KPD bereits den Abbruch des Aufstands.

[92] Gespräch Lisa Herrmann.

Erfahrungen im öffentlichen Leben gesammelt. Du kommst in eine Stadt, in der sie dich nicht verstehen, wenn du schnackst. Du kommst in eine Stadt, in der führende Funktionäre hinter vorgehaltener Hand sagen: ‚Was will der hier? Unsere Revolution können wir auch alleene machen!' Nee, das war nicht schön!" Bei allen Bedenken war der Kieler nach Ablauf der Leipziger Zeit um wesentliche Erfahrungen reicher geworden: *„Ich habe doch in diesen Tagen und Wochen meiner Sachsenzeit viel gelernt. Ich habe Menschen kennengelernt, gesehn, was die Menschen wollen und wie die Kommunisten damit fertig werden. Da hast du doch mehr gesehen als nur den Kieler Tellerrand."*[93]

Was die kommunistische Strategie im Herbst 1923 anging, so beurteilte Otto Preßler sie äußerst kritisch. Die KPD-Führung hatte die Option eines bewaffneten Aufstands für den Fall offengehalten, daß es zu einem flächendeckenden Generalstreik gekommen wäre. Das hielt Preßler für eine gravierende Fehleinschätzung: *„Die Periode der Streiks lag eigentlich schon hinter uns, die lag im Frühjahr und Sommer 1923. Jetzt hatte das eine abnehmende Tendenz. Die Schwelle war schon überschritten, größere Arbeitermassen in den Kampf zu führen. Ich glaub, der bewaffnete Aufstand, das war nicht gut." „Die revolutionären Bedingungen waren erstmal dahin. Und davon mußte man ausgehen. Und weil man das nicht überall einsah, hatte man Schwierigkeiten. Die sind dann ja erst im Laufe der nächsten Jahre überwunden worden."*[94]

Die politischen Turbulenzen jener Zeit hatten nicht nur schwerwiegende Folgen für die Politik der Kommunistischen Partei und die eigene Familie. Schließlich konnte Otto Preßler, der wohl vor seiner Abreise zum Parteilehrgang bestenfalls ein paar Wochen Urlaub genommen hatte, sich nach weitaus längerer Abwesenheit kaum so ohne weiteres bei seinem Meister auf der Germaniawerft zur Arbeit zurückmelden. Gleichwohl fand er sofort nach der Rückkehr, vielleicht durch Vermittlung von Genossen oder wegen seiner Fähigkeiten als Facharbeiter, Arbeit als Rundschleifer bei der Firma Bohn & Kähler.[95] Schon im darauffolgenden Jahr und dann immer wieder bis zu seiner Entlassung im Jahre 1928 wählten ihn seine Kollegen zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann. Innerhalb des Kieler Metallarbeiterverbandes führte Preßler die kommunistischen Opposition an.[96]

In den Reihen der Kieler KPD-Organisation führten die Vorgänge vom Herbst und die darauf folgende „ultralinke" Wendung der KPD-Politik zu scharfen Auseinandersetzungen. Mit der im April 1924 neugewählten zentralen KPD-Führung unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow manifestierte sich eine scharfe Linkswendung innerhalb der Partei, die insbesondere für die Betriebs-und Gewerkschaftspolitik gravierende Folgen hatte. Die Politik der damaligen Parteiführung kommentierte Preßler später verbittert: *„Nach denen konnte man nur an die Macht kommen, wenn man anderthalb Meter unter der Erde liegt."*[97] Infolge der „ultralinken" Politik ihrer Parteiführung hatte die KPD frappierende Positionsverluste in den Interessenvertre-

[93] Wie Anm. 5.

[94] Ebenda. In der Tat war der Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit dem Auguststreik erreicht und die Proteste gingen danach erheblich zurück (Vgl. dazu z.B. Wolfgang Abendroth. Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet u. hrsg. v. Barbara Dietrich u. Joachim Perels, Frankfurt/M. 1976, S. 60.).

[95] Wie Anm. 1.

[96] Ebenda.

[97] Wie Anm. 5.

tungsorganen und Wahlniederlagen zu beklagen. Wie in der Gesamtpartei, so waren auch im Bezirk Wasserkante, in dem die Linke eindeutig dominierte[98], etwa ab Juli 1924 regionale Führer der Partei„rechten" aus Führungspositionen gedrängt worden. Auch in Kiel, das sich offenbar zu einem starken Stützpunkt der „Rechten" entwickelt hatte, griff Hamburg energisch durch. Fiete Dettmann, der bereits während des Krieges an der Förde gearbeitet hatte und 1924 Mitglied der Bezirksleitung geworden war, erinnert sich, wie er beauftragt wurde, die Kieler wieder *„auf Parteilinie"* zu bringen: *„In Kiel führte damals eine starke Gruppe Brandlerianer einen Kampf gegen das neue ZK, die Beschlüsse des Parteitages und für Brandler und Thalheimer. Alle Stadtverordneten Kiels mußten nach schweren monatelangen Auseinandersetzungen ausgeschlossen werden."*[99] Zu den Kritikern gehörte auch Otto Preßler. Er war bereits in seiner Sachsenzeit mit Thälmann aneinandergeraten. Der hatte im Frühjahr 1924 als stellvertretender Parteivorsitzender an einer Unterbezirkskonferenz in Wurzen bei Leipzig teilgenommen und dort Preßlers Haltung zu den Schlußfolgerungen der maßgeblichen linken Führungsgruppe aus den Ereignissen in Sachsen kritisiert. Preßler erinnert sich: *„Ich war nicht ganz einverstanden mit dem, was damals in Sachsen gemacht worden war. Die dortige Regierungsbildung war mit Zustimmung aller Instanzen der KPD bis hin zur Internationale vollzogen worden. Und auf einmal sollte das alles falsch gewesen sein?"* Wegen seiner oppositionellen Haltung sei man *„manchenorts sehr böse gewesen"*.[100] Thälmann vertrat die Auffassung, die Parteiführung um Brandler und Thalheimer hätte im Herbst 1923 *„ihre Stellung in der sächsischen Regierung nicht zur Entfesselung, sondern zur Vermeidung des Kampfes"* benutzt.[101] Diese „linke Oktoberlegende" wies den als „Rechtsopportunisten" gebrandmarkten Führern die alleinige Schuld am Scheitern des Aufstandsplans zu, ohne die politische und wirtschaftliche Situation und das Vorgehen der Kommunistischen Internationale kritisch zu reflektieren. Der Aktionsplan für den bewaffneten Aufstand war im August und September in Moskau entworfen worden. Als wesentliches Manko dieser Vorgehensweise postulierte Thalheimer in der Rückschau, *„daß man nicht auf Grund bereits bestehender Tatsachen in Deutschland diesen Aktionsplan entworfen hat, sondern daß man einen Aktionsplan auf Wochen und Monate hinaus entworfen hat auf Grund einer Spekulation über die Ereignisse, die in 4-8 Wochen in Deutschland eintreten sollten oder würden."*[102] Die Auseinandersetzung um die Berechtigung der Auffassungen Brandlers und Thalheimers im Oktober 1923 bestimmte wesentlich die inhaltliche Diskussion im Jahre 1924, die jedoch kaum mehr ergiebig geführt werden konnte. Ende 1924 war der administrative Kaderwechsel abgeschlossen, und die KPD teilte der Kieler Stadtverwaltung am 6. Januar 1925 mit, *„daß anstelle des Stadtverordneten Beuck der Stadtverordnete Schlichting zum Fraktionsführer bestimmt ist, und daß die Stadtverordneten Beuck, Kletscher und Müller nicht mehr berechtigt sind, im Namen der K.P.D. zu sprechen."*[103] Alois Schlichting war damit

[98] Vgl. Weber, S.62.
[99] BPA Rostock, V 5/52.
[100] Wie Anm. 5.
[101] Ernst Thälmann, Die Lehren des Hamburger Aufstands, in: Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 245 v. 23. 10. 1925, zit. nach: Ernst Thälmann. Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 30.
[102] Thalheimer, S. 21. Hervorhebungen innerhalb von Zitaten folgen den Originalen.
[103] [Aufstellung], 6. 12. 1928, StAK, 32400.

zwar nicht ausgeschlossen worden, hatte aber seine bisherigen, weitaus verantwortungsvolleren Funktionen eingebüßt. Bis dahin war Schlichting Unterbezirksleiter der Partei gewesen und hatte — wahrscheinlich mit Otto Preßlers langwährendem Leipzig-Aufenthalt —, gleichzeitig den Ortsgruppen-Vorsitz in Kiel übernommen. Weil er *„der Zentrale der K.P.D. nicht radikal genug war"*, schien Schlichting nurmehr für die nach gängiger Auffassung der damaligen KPD-Führung völlig zweitrangigen Aufgabe der parlamentarischen Vertretung geeignet.[104] Schlichting nahm diese Funktion noch einige Jahre wahr und betätigte sich in der Folgezeit weiterhin als Redner seiner Partei bei Veranstaltungen in der Provinz. Nach der zweiten „ultralinken" Wende 1928 jedoch zog er sich weitgehend aus der Parteiarbeit zurück.[105] Die Hamburger Bezirksleitung setzte für den demissionierten Schlichting Fiete Dettmann ein — mit der Maßgabe, als Sekretär für Ortsgruppe und Unterbezirk die Parteilinie nachhaltig durchzusetzen.[106] Damit war in Kiel der erste Exodus der Führungsgruppe ausgelöst worden, die eine „revolutionäre Realpolitik" favorisierte. Dem sollte vier Jahre später ein zweiter folgen, der dann auch Otto Preßler massiv betraf.

Nachdem die fatalen politischen Konsequenzen der „ultralinken" Politik der Parteiführung offensichtlich geworden waren, hatten Komintern wie innerparteiliche „Mittelgruppe" auf deren Ablösung gedrängt und Ende 1925 eine neue Führung unter Ernst Thälmann und Philipp Dengel berufen. In den folgenden zwei Jahren setzte sich unter maßgeblichem Einfluß der „Versöhnler" eine realistische Politik durch, in deren Folge zahlreiche der KPD nahestehende Massenorganisationen neugeschaffen oder reaktiviert werden konnten und die Partei in Betrieben und Gewerkschaften erheblich an Einfluß gewann. Vor allem im Laufe des Jahres 1928 aber vollzog sich eine zweite „ultralinke" Wendung der zentralen Parteilinie.

Kieler Einbrüche: Widerstand gegen die „ultralinke" Wende und KPDO

Noch im Frühjahr 1928 war Otto Preßler von seinen Genossen zum KPD-Kandidaten für die im Mai stattfindende Reichstagswahl nominiert worden. Das wurde ihm von der Geschäftsleitung der Firma Bohn & Kähler ernsthaft verübelt, und man entließ ihn kurzerhand im April des Jahres wegen „Störung des Arbeitsfriedens"[107]. Als unmittelbarer Anlaß diente eine Auseinandersetzung in der Dreherei des Betriebes, in die Preßler als Betriebsrat verwickelt war: *„Die Dreher ließen sich nicht so einfach einen Kalkulator auf die Nase setzen, der mit modernen Stopmethoden die Kalkulation durchführen sollte. Weil die Dreher diesen Kalkulator mit Gewalt auf die Straße setzten, wurde ich bezichtigt, der Rädelsführer gewesen zu sein."* Der fristlosen Entlassung folgte eine Klage vor dem Arbeitsgericht, das dem Kläger auch recht gab. Nach der damaligen Rechtslage konnte die Firma jedoch nicht zur Wiedereinstellung gezwungen werden; lediglich eine Entschädigung von ganzen 625 Reichsmark konnte der geschaßte Betriebsrat erwirken.[108] Das war der Beginn einer sechs Jahre währenden Arbeitslosigkeit, in der zwar mehr Zeit für die politische Arbeit blieb, die aber die Familie Preßler vor allem materiell schwer belastete.

[104] Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin/DDR (IML, ZPA), PSt 3/461.

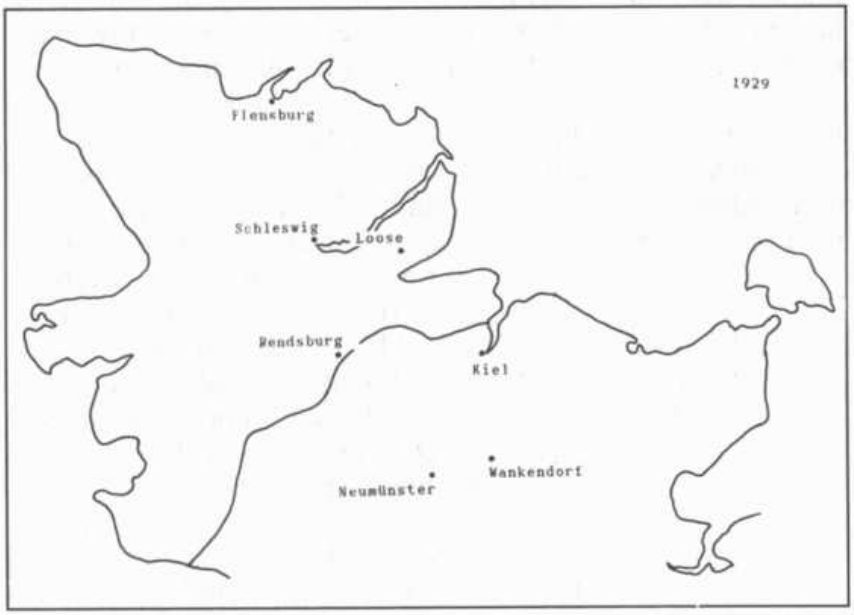
[105] Ebenda; — Wie Anm. 100. Wie Schlichting wurde auch Beuck später wieder in die politische Arbeit reintegriert und fungierte 1928 als einflußreicher KPD-Verantwortlicher für die Erwerbslosenarbeit (Vgl. Anm. 124.).

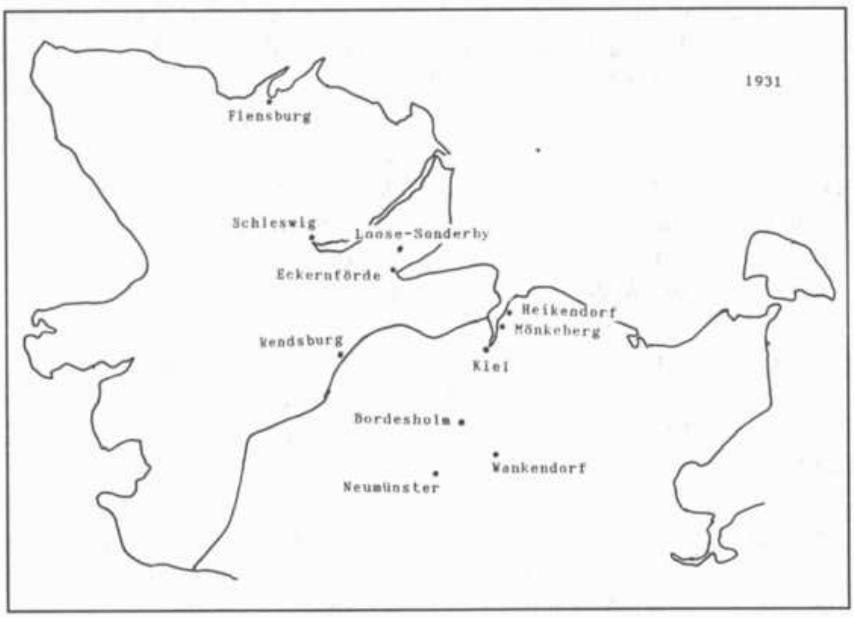
[106] Wie Anm. 98. Noch im Januar 1925 hatte sich der damalige „Polsekretär" (= Politischer Sekretär) der Bezirksleitung Wasserkante, MdR August Creutzburg, der der „Ultralinken" zuzurechnen war, eine Woche lang in Kiel aufgehalten, „um die Verhältnisse der K.P.D. zu regeln, diese neu zu organisieren und den ‚Roten Frontkämpferbund' ins Leben zu rufen" (Polizeipräsident Kiel an Oberpräsident, 20. 1. 1925, LAS, 301.4546. Zur Biographie Creutzburgs vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1970, S. 75f.). In diesen Tagen trat Hans Brede als Vorsitzender der Kommunistischen Jugend zurück (Der Polizeipräsident Kiel an den Oberpräsidenten, 27. 2. 1925, LAS, 301.4577.).

[107] Wie Anm. 1.

[108] Wie Anm. 5.

KPD-Ortsgruppen im Unterbezirk Kiel
1923
Flensburg
Schleswig
Loose
Waabs
Eckernförde
Gettorf
Friedrichsort
Fehmarn
Sehestedt/Bovenau/Kronsburg
Kopperpahl
Schönberg
Rendsburg
Audorf
Schönkirchen
Westerrönfeld
Osterrönfeld
Kiel
Klausdorf
Westensee
Preetz
Nortorf
Bordesholm
Plön
Hohenwestedt
Wankendorf
Neumünster
Segeberg


1929
Flensburg
Schleswig
Loose
Rendsburg
Kiel
Wankendorf
Neumünster


1931
Flensburg
Schleswig
Loose-Sonderby
Eckernförde
Heikendorf
Mönkeberg
Rendsburg
Kiel
Bordesholm
Wankendorf
Neumünster

Die Mitgliedschaft der Kieler KPD wies zwischen 1927 und 1933 ungewöhnlich starke Schwankungen auf. Während der Ortsgruppe 1927 nach Polizeiangaben noch um die 2000 Mitglieder angehört hatten, waren es Ende des Jahres 1929 nur noch ca. 700.[109] Damit ist für 1928/Anfang 1929 ein abrupter Einbruch zu verzeichnen. Seit Januar 1930 stieg die Zahl wieder und erreichte im März des Jahres bereits 817.[110] Der territorial wesentlich größere Unterbezirk Kiel[111] umfaßte zur gleichen Zeit etwa 1250 Mitglieder.[112] Im Laufe des Jahres 1929 waren hier 378 Mitglieder neu aufgenommen worden.[113] Damit hatte der Unterbezirk im Bezirksmaßstab die zweithöchste Zuwachsrate zu verzeichnen und die eigene Zielstellung weit übertroffen. Im selben Zeitraum hatte also die Kieler Ortsgruppe schwerwiegende Verluste hinnehmen müssen, während der Unterbezirk erheblich gewinnen konnte. Als besonders problematisch erwies sich, daß mit 500 Genossen 40% der durch die Bezirkskasse abgerechneten Parteimitgliedschaft arbeitslos war; auch damit stand der Kieler Unterbezirk an der Bezirksspitze.[114] Von den 598 im Jahre 1929 in Hamburg abgerechneten Mitgliedern gehörten nur 96 den Betriebszellen der Partei an, 502 jedoch den Straßenzellen, die nach Angaben der Hamburger Leitung vor allem Erwerbslose und Hausfrauen erfaßten. Damit waren immerhin noch 16% der Mitgliedschaft in Betriebszellen erfaßt, während es 1930 mit 150 Genossen nurmehr 13,6% waren und 950, also 86,3% den Straßenzellen der Partei angehörten. Das schlug sich unmittelbar in der Stärke der Betriebsgruppen nieder. Im Unterbezirk Kiel war die Anzahl der Betriebsgruppen zwischen 1929 und 1930 von zehn auf acht gesunken, während die der Straßenzellen im gleichen Zeitraum sprunghaft von 12 auf 22 anstieg.

1931 war die Stärke der KPD-Ortsgruppe mit 1200 Genossinnen und Genossen weiter gewachsen.[115] Zwar konnten die betrieblichen Positionen mit zehn Betriebsgruppen in der Stadt wieder stabilisiert werden; vor allem aber wuchs wiederum die Zahl der Straßenzellen auf nunmehr 36.[116] Bis Ende 1932/Anfang 1933 reduzierte sich die Zahl der Betriebsgruppen erneut um eine[117], während sich die Mitgliederstärke noch einmal auf 1500 bis 1600 erhöhte.[118] Damit nahm die bereits 1929/30 einsetzende Tendenz eines starken Zustroms erwerbsloser Arbeiter weiter zu. Das hatte wesentliche Verschiebungen in der Sozialstruktur der Kieler KPD zur Folge, die selbst im Vergleich zum Bezirksdurchschnitt außergewöhnlich stark zur Marginalisierung der Betriebsarbeiter tendierte:

Entwicklung der Anteile der in Betrieben Beschäftigten im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft der KPD (in %)[119]

	Dez. 30	Dez. 31	Apr. 32	Jul. 32	Sept. 32	Okt. 32
Wasserk.		19,1		15,2	13,8	13,7
UB Kiel	18	10	8	7	5	5

Eine genauere Aufschlüsselung der im Oktober 1932 neuaufgenommenen Parteimitglieder weist zwar weiterhin einen starken

[109] Wie Anm. 104. Vgl. auch GdS, Nr. 32 v. 10. 8. 1929.

[110] Regierungspräsident, Schleswig, an Oberpräsident, Kiel, 13. 3. 1930, LAS, 301.4532; — Oberpräsident, Kiel, an Regierungspräsident, Schleswig, 18. 3. 1930, LAS, 301.4532; — Ortsgruppe Kiel, März 1930, LAS, 301. 4532. Auch die Wahlergebnisse markieren den Einbruch um das Jahr 1928; bei der Kommunalwahl 1924 hatte die Partei noch 10.720 Wähler für sich gewinnen können, während es 1929 nurmehr 6.360 waren. Dadurch reduzierten sich die KPD-Mandate von sechs auf drei, während die SPD mit sieben neugewonnen Sitzen nunmehr insgesamt 27 Abgeordnete stellte (Wie Anm. 113; — GdS, Nr. 49 v. 7. 12. 1929.).

[111] Hierzu gehörten 1931 die Ortsgruppen Kiel, Bordesholm, Heikendorf, Mönkeberg, Neumünster, Wankendorf, Eckernförde, Loose-Sonderby, Rendsburg, Schleswig und Flensburg.

[112] Wie Anm. 110. Nach Unterlagen der Bezirksleitung Wasserkante soll die Zahl der nominellen Mitglieder wesentlich höher gelegen haben als die der dort durch die Beitragskassierung real erfaßten 1.100 Mitglieder (Wie Anm. 113.). Nach einschlägigen Polizeiangaben waren für denselben Zeitraum präzise 1.115 Mitglieder anzunehmen (Nachweisung über die Zahl der Mitglieder der N.S.D.A.P., der K.P.D. und des Stahlhelms nach dem Stande vom 1. 3. 1930, o.D., LAS, 301. 4532.). Die Zahlen kommen den vom Spitzelapparat beim Schleswiger Regierungspräsidenten eruierten Angaben nahe. Auch die Zahl der nominellen Parteimitglieder dürfte jedoch die dort erhobenen 1.250 kaum wesentlich überschritten haben.

[113] Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Wasserkante, Bericht der Bezirksleitung an den Bezirksparteitag am 17. und 18. Mai 1930 in Hamburg, GET, KPD Hamburg 1918-1933. Berichte Bezirksparteitage.

[114] Ebenda. Dabei handelt es sich hier um die kassierten Mitglieder, unter denen der Anteil der Beschäftigten höher gelegen haben dürfte als in der gesamten Parteimitgliedschaft. Der reale Anteil der Arbeitslosen wird also sicher höher anzusetzen sein.

[115] Wie Anm. 104. Davon konnte allerdings „trotz schärfster Buchkontrolle" noch nicht einmal die Hälfte durch die Beitragskassierung erfaßt werden. Im Unterbezirk wurden nach Parteiangaben nunmehr 2.600 nominelle Parteimitglieder gezählt (Der Polizeipräsident, Bericht!, 16.7.1931, LAS, 301.4532.).

Anteil Erwerbsloser auf, deutet jedoch zugleich eine positive Wendung hinsichtlich des Betriebsarbeiter-Anteils an:

Neuaufnahmen im Oktober 1932 im KPD-Unterbezirk Kiel[120]

Gesamt	Betriebs-arbeiter	%	Erwerbs-lose	%	ehem.SPD-Mitgl.	%
45	7	15,3	38	84,4	8	17,7

Mit diesem Ergebnis konnte die Kieler KPD immerhin eine Tendenzwende einleiten, blieb jedoch weiterhin erheblich unter dem Bezirksdurchschnitt, der im Oktober 1932 bei einer Neuaufnahmequote von 25% Betriebsarbeitern lag.[121] Zwar konnte die Partei damit einen erheblichen Anteil von Erwerbslosen organisieren. Gerade in diesem Sektor war jedoch die Fluktuation groß, zumal die Zuwächse seit 1929/30 nicht mehr auf eine langfristige spezifische Schwerpunktarbeit zurückzuführen waren. Bis 1928 hatte sich die Partei an der Förde stark auf die Arbeit im Erwerbslosenausschuß konzentriert und dort beachtliche Erfolge erzielt.[122] 1928 erschien hier unter Federführung der KPD achttägig in einer Auflage von 5000 Exemplaren die Zeitung „Der Kieler Arbeitslose". Die Bezirksleitung stellte fest, daß die Erwerbslosenarbeit in Kiel floriere, während sie in den übrigen Orten des Bezirks „versackt" sei.[123] Im Sommer 1929 verlegte man den Sitz der Schriftleitung des „Kieler Arbeitslosen" unter dem ehemaligen Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses Hermann Beuck nach Hamburg und gab das Blatt für den gesamten Bezirk heraus.[124] Bald darauf stagnierte die Arbeit in Kiel und ging dann erheblich zurück. Für 1931/32 schließlich konstatierte Hamburg für die einst so starke Erwerbslosenbewegung in Kiel, hier sei man trotz der Bemühungen der Unterbezirksleitung insbesondere anläßlich der breitangelegten „Hungermärsche" Anfang 1931 *„über Ansätze noch nicht hinausgekommen"* und der Vertrieb des „Arbeitslosen" sei besonders schlecht.[125] So ergibt sich das scheinbare Paradoxon, daß die Kieler KPD überproportional viele Erwerbslose gewinnt, obwohl gleichzeitig, also etwa ab Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929, die gruppenspezifische organisierte Parteiarbeit erheblich nachläßt.[126] Diese Entwicklung war Ausdruck einer lokal stark ausgeprägten innerparteilichen Krise, verdeckte aber gleichzeitig deren Ursachen. Die Erfolge in der Mitgliedergewinnung waren geeignet darüber hinwegzutäuschen, da während des Einbruchs Ende 1928/Anfang 1929 nicht nur ein agiler Kader nach Hamburg abgezogen worden war, sondern vor allem beachtliche Teile der örtlichen Führungsgruppe aus der KPD ausgeschlossen worden waren, die bis dahin auch die Erwerbslosenarbeit der Partei geleitet hatte.

Die Mitgliederzahl von 1927 konnte die Kieler Parteiorganisation selbst auf dem Höhepunkt ihrer reichsweiten Massenresonanz, die sie mit den Reichstagswahlen im November 1932 zu verzeichnen hatte, nicht wieder erreichen. Das hatte Gründe, die ganz offensichtlich vor allem in den überregionalen wie regionalen Auseinandersetzungen um die künftige Parteilinie zu fin-

[116] Wie Anm. 104. Betriebsgruppen bestanden bei den Deutschen Werken, der Germaniawerft, den Howaldtwerken, dem Arsenal, bei Bohn & Kähler, der Apparatebaugesellschaft Neufeldt & Kuhnke, der Maschinenfabrik Andersen, bei Holtorf & Richter und als Branchengruppen fungierten die „Zelle Bau" und die „Zelle Schiffahrt".

[117] Kommunistische Partei Deutschlands. Bezirk Wasserkante, Von Streikagitation zur Streikaktion. Bericht der Bezirksleitung Wasserkante an den Bezirksparteitag vom 2. bis 4. Dezember 1932, GET, KPD Hamburg 1918-1933. Berichte Bezirksparteitage. Im Laufe des Jahres 1932 wurde im Bezirk Wasserkante aufgrund der starken Mitgliederzuwächse eine Umstrukturierung der Unterbezirke vorgenommen, durch die eigene Unterbezirksleitungen in Neumünster und Flensburg eingerichtet und damit der Kieler Unterbezirk im wesentlichen auf den weiteren Stadtbereich begrenzt wurde.

[118] IML, ZPA, I 10/18/1.

[119] Wie Anm. 117. Die Zahlen für den Unterbezirk zeigen den Stand entsprechend der alten Unterbezirkseinteilung. Nach der Umstrukturierung werden für den neuen — territorial wesentlich kleineren — Unterbezirk Kiel nur wenig mehr, nämlich für September und Oktober 1932 jeweils 6,5% Betriebsarbeiter ausgewiesen. Die etwas niedrigere Zahl des alten Unterbezirks ergibt sich aus dem noch schlechteren Verhältnis in Flensburg, das bis zur Umstrukturierung zu Kiel gehörte und als eigener Unterbezirk im September 1932 3,5 und im Monat darauf 2,5 % Betriebsarbeiter aufwies.

[120] Ebenda. Die Angaben beziehen sich auf den Unterbezirk nach der Strukturreform.

[121] Vgl. zur Entwicklung im Bezirk Wasserkante und den damit verbundenen Problemen von Fluktuation und politischer Radikalisierung: Reinhard Müller, „Rotes Arbeiter-Hamburg". Zur Politik der KPD 1924-1933, in: „Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945. Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums f. Hamburgische Geschichte, hrsg. v. Ulrich Bauche [u.a.], Hamburg 1988, S. 238 ff.

[122] Vgl. z.B. Referat Max Maddalena zum Bezirksparteitag Wasserkante am 19./20. 3. 1927, GET, KPD Hamburg 1918-1933. Berichte Bezirksparteitage.

[123] Bericht zum Bezirks-Parteitag der KPD Wasserkante am 20. und 21. April 1929 in Hamburg, GET, KPD Hamburg 1918-1933. Berichte Bezirksparteitage.

[124] Wie Anm. 113 — Der Polizeipräsident Kiel an den Oberpräsidenten

den sind. Die preußischen Polizeispitzel machten vordergründig von ihnen beobachtete *„ständige Reibereien unter den führenden Persönlichkeiten"* für den zentralen Einbruch zwischen 1927 und 1929 verantwortlich.[127] In der Tat dürften die Eingriffe der Bezirksleitung von 1924/25 auch als atmosphärische Störungen weiter fortgewirkt haben. Gleichwohl scheint der Bruch, der ja auch bei der ersten „ultralinken" Wende keineswegs hauptsächlich persönlich motiviert war, vor allem auf schwerwiegende politische Dissonanzen zurückzuführen zu sein.

Erst nach Bildung des Zentralkomitees unter Thälmann im Jahre 1925 war die „ultralinke" Politik der Fischer/Maslow-Führung revidiert worden, und es hatte sich ein relativ gemäßigtes, auf die Arbeit in den Gewerkschaften und die Aktionseinheit orientiertes Profil durchsetzen können. Nach dem Essener Parteitag im März 1927 jedoch, auf dem zwar die politische Linie bestätigt, die bis dahin der Parteiführung angehörende „Versöhnler"-Gruppe um Hugo Eberlein und Arthur Ewert jedoch herausgedrängt worden war, wurde eine zweite „ultralinke" Periode eingeleitet, die in die vollständige „Bolschewisierung" der KPD mündete und Ende 1928 schwere politische Auseinandersetzungen in der Partei zur Folge hatte. Schon im Februar 1928 wurde auf einer gemeinsamen Geheimkonferenz die Unterstützung der deutschen Parteiführung für den schärferen innenpolitischen Kurs Stalins, der die Ausschaltung der „linken Opposition" um Trotzki, Radek, Sinowjew u.a. implizierte, festgelegt; im Gegenzug versprach die sowjetische Führung Unterstützung gegen „die rechte Gefahr" innerhalb der KPD. Das parallel dazu tagende 9. erweiterte Plenum des „Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale" (EKKI) erklärte die Parteirechten zur internationalen Hauptgefahr. Daraufhin wurden im Laufe des Jahres 1928 die Zentrale wie die regionalen Parteiführungen nach vermeintlichen Oppositionellen durchkämmt und politisch ausgerichtet. Diese Maßnahmen richteten sich vor allem gegen diejenigen Funktionäre, die bereits unter der Fischer/Maslow-Führung demissioniert worden waren, sich aber nach deren Absetzung wieder parteipolitisch betätigt hatten.

Die politische Begründung dieser erneuten „ultralinken" Wendung wurde mit dem 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale im April 1928 in Moskau geliefert, der eine Abwendung von der Taktik der Arbeit in den „reformistischen" Gewerkschaften und den Aufbau separater „revolutionärer" Gewerkschaftsverbände beschloß, und mit dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Herbst des Jahres in Moskau stattfand. Hier konstatierte Thälmann die aus den internationalen Erfahrungen vor allem in Italien und Polen wie innenpolitischen Entwicklungen destillierte Interpretation einer Tendenz der SPD zum „Sozialfaschismus" und erklärte auch für die KPD offiziell die Rechten zur „Hauptgefahr". Die Sicht Thälmanns wurde durch den Kongreßverlauf erheblich gestärkt und die „ultralinke" Tendenz der KPD bekam weitere Nahrung durch die Analyse im vom Kongreß verabschiedeten

19. 6. 1929, LAS, 309.23056. Zu diesem Zeitpunkt war Beuck Mitglied der Kieler Unterbezirksleitung (Landeskriminalpolizeistelle Flensburg an den Regierungspräsidenten, 7.12.1928, LAS, 309.23056.).

[125] Wie Anm. 117. Arbeitsplan des Unterbezirks Kiel, Monat Februar - März 1931, o.D., LAS, 301.4532. Zum Mißerfolg des Kieler „Hungermarsches" Anfang 1930 vgl. GdS, Nr. 6 v. 8.2.1930.

[126] Das scheint nahezulegen, daß durch die verschärfte wirtschaftliche Situation spontan radikalisierte Arbeitslose auch bereit waren, sich der KPD anzuschließen, ohne daß die Partei besonders eifrig unter ihnen gearbeitet hätte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Arbeitslosenanteil im Rüstungszentrum Kiel stets überproportional hoch war, so z.B. im Jahre 1926 bereits das Dreifache vom Reichsdurchschnitt erreichte.

[127] Wie Anm. 104.

Programm der Komintern, nach der es in nächster Zukunft zu *„einer weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und zu einer äußersten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus"* kommen sollte.[128] Die Kommunistische Partei — stets auf die heiß ersehnte Massenrevolte hoffend, die doch nach 1918 immer ausgeblieben war —, interpretierte die große Krise, deren Vorboten sie — gestützt auf die Analysen Eugen Vargas — zutreffend erkannt hatte, als revolutionierenden Katalysator und unmittelbare Vorstufe der letzten Schlacht. Anstatt in dieser Situation die Bemühungen um eine Einheitsfront zu forcieren, optierte die KPD-Führung für radikale Konsequenzen. In der zu erwartenden revolutionären Situation beanspruchte die KPD als politische Avantgarde die uneingeschränkte Führung und sah in der Sozialdemokratie „Sozialfaschisten", deren Wirken in erster Linie als konterrevolutionär zu bekämpfen war. Als „Hauptfeind" galten seit dem 12. Parteitag vom Sommer 1929 die linken Sozialdemokraten, *„weil ihre Methoden zur Unterstützung der imperialistischen Politik die geschmeidigsten und wirksamsten"* seien.[129]

Parallel zur politischen Linkswendung in der KPD hatte an der Wasserkante die „Affäre Wittorf" für Aufsehen gesorgt, in der der „Pol[itische]-Leiter" des Bezirks, John Wittorf, mit Rückendeckung Thälmanns Unterschlagungen von Parteigeldern vertuscht hatte. Das führte zu Wittorfs Parteiausschluß durch die Bezirksleitung Wasserkante und zur Absetzung des Parteivorsitzenden Thälmann von allen Funktionen durch das ZK. Diese Entscheidung wurde gegen innerparteiliche Widerstände bald darauf vom EKKI rückgängig gemacht. Besonders die Kieler Kommunisten zeigten sich über diese Vorgänge höchst irritiert — hatte Wittorf doch 1926/27 als Parteisekretär an der Förde gearbeitet.[130]

Bereits 1927, nicht lange nach dem Essener Parteitag, war die linke Opposition unter Hugo Urbahns und Arkadi Maslow im Anschluß an die Stalinschen Attacken gegen Trotzki und Genossen aus der KPD herausgedrängt worden. Im April 1928 wurde daraufhin der linksoppositionelle „Leninbund" gegründet, der fortan als organisatorische Basis eines großen Teils der Ausgeschlossenen wie auch in der Partei verbliebener Linker diente.[131]

In diesem Spannungsfeld zwischen internationaler und nationaler rechter wie linker Divergenz, flankiert von einer identitätsgefährdenden Krise innerhalb der Bezirksorganisation Wasserkante verlor die Kieler Ortsgruppe 65% ihrer Mitglieder. Ein Teil der Genossen soll nach Beobachtungen der Polizei ausgetreten sein, weil er die Ausgrenzung der linken Strömung nicht hinnehmen wollte: *„Die bisherigen Parteisekretäre haben es nicht verstanden, die kommunistisch eingestellten Arbeiter in Kiel zusammenzufassen, sodass die radikalen Elemente aus der Partei austraten"*.[132] Einer „neuen Partei", also etwa dem Leninbund, sollen sie sich nicht angeschlossen haben. Nur wenige können dem anarchosyndikalistischen Bund beigetreten sein, dem Mitte 1931 etwa 25 Kieler angehört haben sollen. Immerhin agierte hier nunmehr der ehemals profilierte Kommunist

[128] Zit. nach Weber, S. 198.

[129] Zit. nach Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982, S. 19.

[130] Vgl. Der Leninist, April 1929; — Polizeipräsident Kiel an Oberpräsident, 21. 9. 1926, LAS, 301.4547; — Der Regierungspräsident, Betrifft: Führerkurse des RFB, 17. 2. 1927, LAS, 301.4547.

[131] Grundlegend: Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, hrsg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn 1978 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 62.).

[132] Wie Anm. 104.

und Aktivist im Erwerbslosenausschuß Heinrich Strunk als Führungskraft.[133] Als weitaus schwerwiegender erwies sich der Exodus der „Rechtsabweichler". Im Laufe des Jahres 1928 waren Thalheimer und Brandler aus der verordneten Emigration in der Sowjetunion zurückgekehrt und hatten Ende des Jahres in Berlin die „Kommunistische Partei Deutschlands — Opposition" (KPDO) gegründet.[134] Die Gruppierung verstand sich nicht als Partei, sondern als organisierte Richtung, die inner- und außerhalb der KPD um eine politische Erneuerung der Mutterpartei kämpfen wollte. Um die Jahreswende 1928/29 wurden die „rechten" Führer im Zentralkomitee der KPD aus der Partei ausgeschlossen. Gleichzeitig setzte in den Bezirken die politische Formierung ein.

An der Wasserkante artikulierten sich die seit der Wittorf-Affäre virulenten Widerstände gegen den Kurs der Parteiführung auf einer „Parteiarbeiterkonferenz" am 25. November 1928. Nach dem Referat Thälmanns gab eine Gruppe von „Versöhnlern" — die „Rechten" hatten im Bezirk zunächst keinen nennenswerten Anhang —eine Erklärung ab, in der zentrale Konstanten kommunistischer Politik seit dem 6. Weltkongreß der KI kritisiert wurden. Als Autoren zeichneten verantwortlich die Hamburger Bezirksleitungsmitglieder Hans Westermann und Albert Walter — und der Kieler Otto Preßler, zu dieser Zeit Mitglied der Unterbezirksleitung.[135] Die Gruppe stellte sich hinter die Moskauer Beschlüsse, kritisierte jedoch vor allem deren ihrer Ansicht nach „ultralinke" Auslegung in der Zentrale der KPD und bei der Bezirksleitung Wasserkante: *„Die Mehrheit der Parteiführung betreibt eine Änderung des innerparteilichen Kurses, unter Durchbrechung der Beschlüsse des Essener Parteitags sowie des 6. Weltkongresses. Die Mehrheit macht eine schwankende, hin- und hertorkelnde Politik, voll von schweren Fehlern, sowohl rechtsopportunistischer, als auch KAPistischer Art.*[136] *Wir sagten voraus, daß das falsche innerparteiliche System sich zu einem falschen politischen System auswachsen könnte; in der Tat beginnen sich die ersten Tendenzen zu einem Verlassen der politischen Linie des 6. Weltkongresses in ‚ultralinker' Richtung zu zeigen."*[137] Die „Versöhnler" plädierten für die Fortführung des Konzepts einer revolutionären Realpolitik, für die gleichberechtigte Einheitsfrontpolitik mit der SPD und ernsthafte kommunistische Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit. Damit unterschieden sie sich kaum von den „Rechten", traten jedoch im Gegensatz zu ihnen für die Beibehaltung der Führungsrolle der KPdSU ein, in der sie in Bucharin ihren maßgeblicher Exponenten sahen.

Nach der Parteiarbeiterkonferenz vom November 1928 initiierte die Bezirksleitung insgesamt drei breitangelegte Agitationskampagnen innerhalb der Partei, in deren Verlauf die Positionen der Westermann-Gruppe auch in einer Reihe ihrer Stützpunkte zurückgedrängt wurden. In Ortsgruppen- und Parteiarbeiterversammlungen sollten Resolutionen verabschiedet werden, in deren vorgegebenem Text es hieß: *„Die Mitgliederversammlung verurteilt die Erklärung der Genossen Westermann, Albert Walter und Preßler, die in ihrem Inhalt und mit den dort niedergelegten Vorbehal-*

[133] Ebenda. Nach Polizeiangaben fungierte Strunk als Schriftführer der Organisation, Vorsitzender soll der Arbeiter Meino Aden gewesen sein. Die Polizei registrierte nur schwache Aktivitäten der Gruppe. Heinrich Strunk: Geboren am 26. 5. 1885 in Kiel. Maschinenbauer. 1917 bis 1919 Stadtverordneter der USPD. 1919 KPD. 1919 bis 1923 Führungsmitglied des Kieler Erwerbslosenausschusses. 1931 Vorstandsmitglied der anarchosyndikalistischen Gruppe. 1945 KPD. 1949 Parteiausschluß.

[134] Grundlegend zur KPDO: Karl Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO), Meisenheim/Glan 1964 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 4.); — und neuerdings: Theodor Bergmann, „Gegen den Strom". Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition, Hamburg 1987.

[135] Der Leninist, Dezember 1928. Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von Fiete Lux auf dem 12. Parteitag der KPD: „Als die politische Niederlage der Versöhnler und rechten Liquidatoren auf dem 6. Weltkongreß besiegelt war, war ihnen die Angelegenheit Wittorf ein willkommener Anlaß, gegen die Linie der Partei und des 6. Weltkongresses vorzustoßen." (Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands [Sektion der Kommunistischen Internationale. Berlin Wedding, 9.-16. 6. 1929, Frankfurt 1972, S. 281 f.); — Landeskriminalpolizeistelle Flensburg, 3. 3. 1928, LAS, 301.4548.

[136] Im April 1920 war die „Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) als linksradikale Abspaltung der KPD gegründet worden — ein vielschichtiges Konglomerat von anarchosyndikalistischen bis hin zu nationalbolschewistischen Strömungen. Die KAPD konnte in den Jahren 1920/21 auch im Bezirk Wasserkante die Mehrheit der KPD gewinnen, löste sich jedoch noch 1921 in ihre heterogenen Bestandteile auf. In Kiel hatte sich der erste KPD-Vorsitzende Julius Wallach der KAPD angeschlossen (Vgl. Anm. 46.).

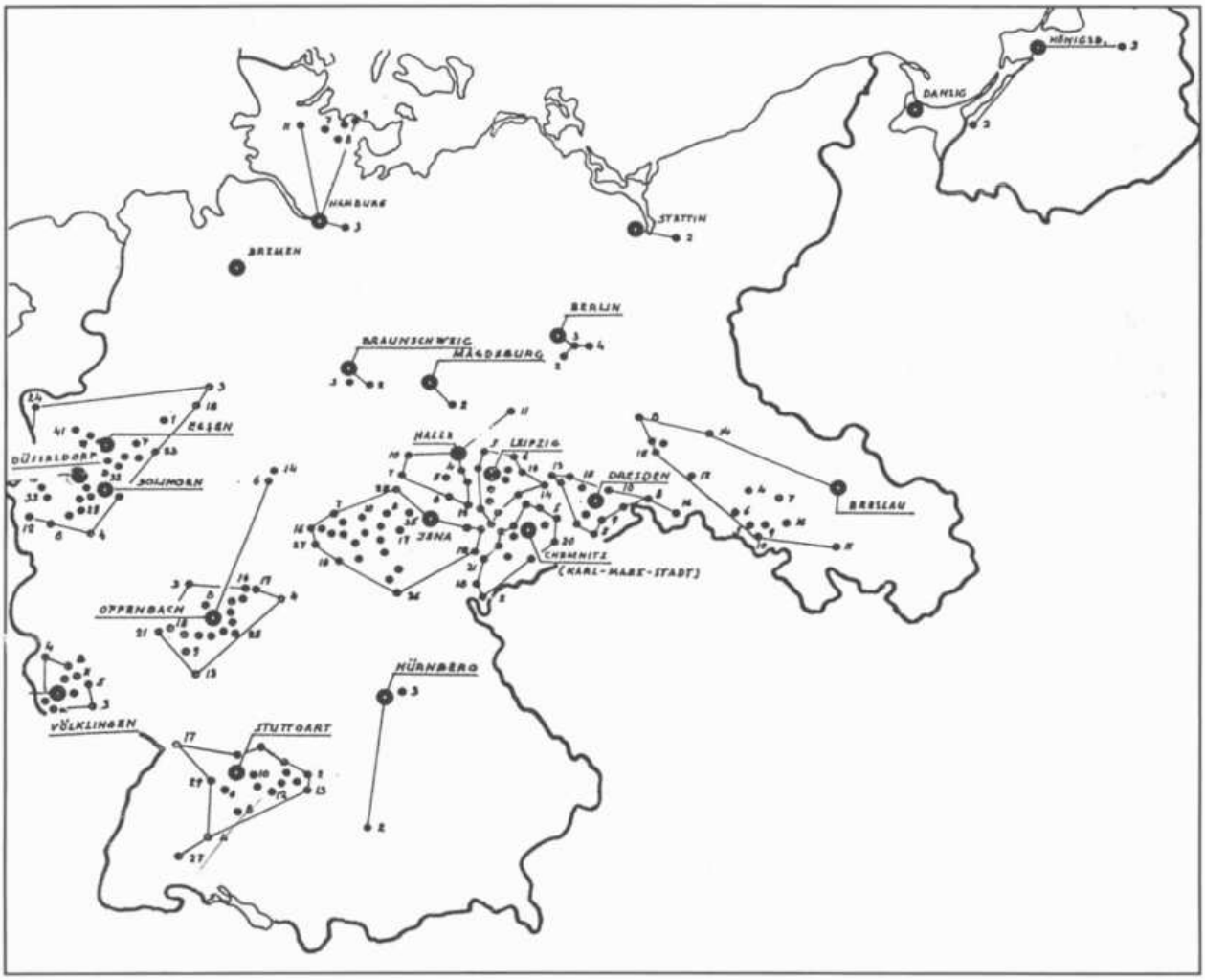
[137] Der Leninist, Dezember 1928.

ten praktisch die gegebene Zustimmung zu den Beschlüssen aufhebt. Diese Zweideutigkeit und Unklarheit kann in der Partei nicht geduldet werden."[138] Bis zum April 1929 ahndete die Parteiführung an der Wasserkante die Abweichungen schließlich mit Funktionsverboten und Ausschlüssen, um *„die bessere Durchführung des Parteikurses zu fördern"*.[139] Die Parteiausschlüsse konzentrierten sich vor allem auf Kiel: *„Wegen unausgesetzter Fraktionsarbeit für die Brandlergruppe wurden im Bezirk bisher ausgeschlossen die Genossen Streber (Hamburg), Lodder (Hamburg), Preßler (Kiel), Radusch und sechs andere Genossen aus Kiel"*. Weitere Kieler Parteimitglieder wurden in den darauffolgenden Monaten ausgeschlossen, so z.B. Julius Uhrig.[140]

Die Bezirksleitung hatte der Westermann-Gruppe wohl nicht ganz ohne Berechtigung vorgehalten, in Wahrheit verberge sich *„hinter der Kritik in einzelnen Punkten eine Kritik an der politischen Linie, die der 6. Weltkongreß festgelegt hatte"*.[141] In der Konsequenz kritisierten die „Versöhnler" politische Positionen, die die deutsche Partei nach den Beschlüssen der Komintern übernommen hatte. Die Parteiführung setzte brachial die Unantastbarkeit von Einschätzungen durch, die sich in der Folgezeit als ebenso weitreichend wie verhängnisvoll herausstellen sollten: *„Die Auffassung der Versöhnler-Fraktion, daß der Kurs auf Proklamierung der faschistischen Diktatur gegen und ohne die SPD betrieben würde, muß schärfstens zurückgewiesen werden, da sie auf einer völligen Verkennung der Rolle der SPD in der gegenwärtigen Situation beruht. Gerade an der Wasserkante zeigt sich immer deutlicher die Anwendung faschistischer Methoden durch die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie. Der Sozialfaschismus wird immer ausgeprägter ...*"[142] Diese Argumentation, bisher in klassischer Weise gegen Brandler und Thalheimer vorgebracht, wie auch die rigide Haltung der Parteiführung hatten auf seiten der Opposition eine Annäherung von „Rechten" und „Versöhnlern" zur Folge.[143]

Wie die Bezirksleitung einräumen mußte, blieb die Opposition als einzig relevante Ausnahme in Kiel auch nach Diskussionskampagnen und Ausschlußwellen stark.[144] Noch 1929 bildete sich in Kiel eine Gruppe der KPDO, der gleich etwa 100 Mitglieder beitraten. Otto Preßler war an ihrer Arbeit maßgeblich beteiligt und fungierte dort noch 1931 als Schriftführer. Vorsitzender war der Dreher Moritz Radusch, politischer Freund Preßlers spätestens seit den Leipziger Tagen, der von 1919 bis 1922 zum Führungskreis des Kieler Erwerbslosenausschusses gehört hatte, zeitweilig sogar dessen Vorsitzender gewesen war und in der jüngsten Zeit als „Untergauführer" des RFB fungiert hatte.[145] Der Kesselschmied Walter Malchin war Kassierer der KPDO-Gruppe.[146] Der Kieler Unterbezirk bildete neben der späteren Hochburg Geesthacht[147] den Schwerpunkt der KPDO-Organisation im Bezirk Wasserkante. Ebenfalls bereits im Oktober 1929 hatte sich eine Gliederung in Rendsburg formiert[148], und 1930 entwickelte sich die Ortsgruppe Heikendorf der KPD im oppositionellen Sinne, wurde *„deshalb*

[138] Ebenda.
[139] Wie Anm. 123.
[140] Der Leninist, Juni 1929.
[141] Der Leninist, Dezember 1928.
[142] Der Leninist, März 1929.
[143] Das trifft insbesondere für die Kieler Gruppe zu, wie seitens der Bezirksleitung vermerkt wurde (Ebenda.). Vgl. auch: Wie Anm. 113. Hans Westermann bemühte sich zunächst unter Beibehaltung der „Versöhnler"positionen, einen endgültigen Bruch mit der Partei zu vermeiden, wurde jedoch schließlich Anfang 1930 mitsamt einiger Gesinnungsgenossen doch ausgeschlossen (Vgl. z.B. GdS, Nr. 7 v. 15.2.1930.).
[144] Der Leninist, April 1929.
[145] [Protokoll], 14.9.1921, StAK, 28188; — Mitglieder des Erwerbslosen-Ausschusses, o.D., StAK, 28188. Radusch hatte sich von „Gauleiter" Etkar Andre den Vorwurf anhören müssen, er habe durch sein „herrisches und unkameradschaftliches Verhalten" den rapiden Mitgliederschwund des RFB in Kiel zu verantworten. Damit dürfte allerdings der Niedergang von 600 Mitgliedern Anfang 1928 auf 335 Ende des Jahres kaum hinreichend zu erklären sein. Politische Gründe dürften es vor allem gewesen sein, die im Februar 1929 zur Absetzung Raduschs und seines Stellvertreters Walter Malchin führten (Regierungspräsident an Oberpräsidium, 25.1.1929 u. 22.2.1929, LAS, 301.4549.). Moritz Radusch: Geboren am 10.10. 1890 in Pokalna. Hobler/Dreher. 1921 Vorsitzender des Kieler Erwerbslosenausschusses. 1923 Parteischule Jena, anschließend Parteisekretär in Stettin. 1928 Untergauführer des RFB in Kiel. 1929 Parteiausschluß und KPDO-Vorsitzender in Kiel.
[146] Wie Anm. 104. Walter Malchin: Geboren am 10.4.1895 in Kiel. Kesselschmied/Büroangestellter. 1927-1929 stellvertretender Leiter von Ortsgruppe und Untergau Kiel des RFB. 1929 KPDO.
[147] Zu Geesthacht vgl. Bergmann, S. 444; — Tjaden, Bd. 2, S.52-54; — August Ziehl, Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890-1950, Geesthacht o.J. [1958].
[148] GdS, Nr. 42 v. 19.10.1929 u. Nr. 44 v. 2.11.1929. Die Bezirksleitung Wasserkante hatte drei führende Rendsburger KPD-Genossen aus der Partei ausgeschlossen. Deren Kritik an der Arbeit der Bezirksleitung war bis dahin nach Angaben der KPDO „ohne fraktionelle Bindung" artikuliert worden. Bei den Kommunalwahlen im November 1929 kandidierte die KPDO hier mit einer eigenen Liste und konnte 130 Stimmen für sich verbuchen, während die Mehrheits-KPD 308 Stimmen erzielte (GdS, Nr.47 v. 23.11.1929.).



Regionale Verteilung der KPDO-Ortsgruppen (aus: Bergmann, S.461.) Die Hochburgen der KPDO lagen in Sachsen/Thüringen, Schlesien und einigen Regionen Süd- und Westdeutschlands. Im Bezirk Wasserkante hatte die Opposition wenig Rückhalt, weil Führungsgremien wie das Gros der Mitgliedschaft seit Gründung der KPD stark nach links tendierten. Schwerpunkte der KPDO im Norden waren Kiel mit den umliegenden Gemeinden, Rendsburg und Geesthacht.

einfach abgehängt" und konstituierte sich Anfang 1930 als Ortsgruppe der KPDO.[149] In Holtenau, wo keine Grundeinheit der KPD existierte, referierte Otto Preßler Anfang November 1930 auf einer mit 70 Anwesenden gut besuchten KPDO-Veranstaltung. Bevor die Versammlung ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte, kam es jedoch zu handfesten Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Konkurrenz, über die das KPDO-Wochenblatt berichtete: *„Als die Versammlung gerade eröffnet wurde, suchte eine 20 Mann starke Sprengkolonne, die von der kommunistischen Unterbezirksleitung organisiert war, gewaltsam, ohne das festgesetzte Eintrittsgeld zu zahlen, in den Versammlungsraum einzudringen. Mit Bierseideln und Stühlen traktierten sie den Kassierer. Empört eilten die anwesenden Arbeiter dem arg bedrängten Genossen zu Hilfe."*[150] 1932 führte der Kieler Unterbezirk der KPDO Wahlveranstaltungen in Heikendorf, Neuheikendorf, Brodersdorf und Lutterbek durch.[151] Damit wurde in und um Kiel die in der Zentrale manifeste Abspaltung auch organisatorisch nachvollzogen. Aber nicht alle dem Konzept einer revolutionären Realpolitik nahestehenden KPD-Funktionäre mochten sich von der Partei trennen. Alois Schlichting, der bis 1928 noch als Stadtverordneter und Redner der KPD in der Provinz gearbeitet hatte, zog sich nach 1928/29 aus der Parteiarbeit zurück und leitete nur

[149] GdS, Nr. 46 v. 16.11.1929 u. Nr. 7 v. 15.2.1930.
[150] GdS, Nr. 44 v. 1.11.1930.
[151] GdS, Nr. 23 v. 5.11.1932.

Heinrich Brandler (1881-1967). 1901 SPD, 1914 Organisation der Parteilinken in Chemnitz. 1921 Mitvorsitzender, 1923 Vorsitzender der KPD. Oktober 1923 Leiter der sächsischen Staatskanzlei. 1924 wegen „rechtsabweichlerischer Tendenzen" der Funktion enthoben. Emigration in die UdSSR. 1928 Rückkehr nach Deutschland, 1929 Ausschluß aus KI und KPdSU. Seit Dezember 1928 Mitglied der Reichsleitung der KPDO. 1933 Emigration, später mehrfach interniert. 1941-1946 Aufenthalt in Kuba, 1947/48 London. 1949 Rückkehr nach Westdeutschland, dort Leiter der „Gruppe Arbeiterpolitik".

noch die örtliche Rote Hilfe, die im Zuge der innerparteilichen Differenzen ebenfalls starke Mitgliederverluste hinnehmen mußte.[152]

Die KPDO entwickelte in Kiel und Umgebung rege Aktivitäten und die zentrale Führung beobachtete die Entwicklungen im Norden mit Aufmerksamkeit. Anders als die KPD richtete die Opposition für Kiel und Umgebung einen eigenen Parteibezirk ein, der unabhängig von Hamburg direkt von der Berliner Parteizentrale angeleitet wurde. Otto Preßlers Tochter erinnert sich, daß Brandler ihren Vater aufsuchte: *„Ich weiß noch, wie's mal Dorsch zu Hause gab und Brandler kam zu Mittag. Mein Vater hatte zu mir gesagt: ‚Nachher kommt ein kleiner dicker Mann'."*[153] Möglicherweise fand dieses Treffen bereits auf dem Höhepunkt der Parteispaltung Anfang des Jahres 1929 statt. Im Januar oder Februar hatte nämlich Brandler die Genossen an der Förde besucht und zu den Auseinandersetzungen im Jahre 1923 referiert — ein Thema, das bei den Kielern, die die Politik der Fischer/Maslow-Führung seinerzeit massiv kritisiert hatten, großen Anklang gefunden haben muß.[154]

Zu Mitgliederversammlungen trafen sich die KPDO-Genossen in dem Lokal „Die Perle" in der Lübecker Chaussee.[155] Oftmals kamen die politischen und persönlichen Freunde aber auch in Preßlers guter Stube in der Wohnung Heintzestraße 22 zusammen, die die Familie von 1927 bis zu den ersten Kieler Bombennächten bewohnte. Wie später dann in Elmschenhagen,

traf man sich auch in der Heintzestraße, um sich unter einem Farbdruck des Stielerschen Goethe-Portraits die Köpfe über die revolutionäre Strategie und Taktik heiß zu reden.

In Kiel schlugen sich die Differenzen zwischen der offiziellen Parteilinie und den „Rechtsabweichlern" vor allem in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik nieder. Für Otto Preßler hatte eine entscheidende Bruchstelle in der verfehlten Gewerkschaftspolitik der Thälmannschen Parteiführung gelegen.[156] Als von ihr die Losung ausgegeben wurde, separate Listen zu den Betriebsratswahlen aufzustellen, widersetzte sich Otto Preßler dem, und er, der seiner Partei nun nicht mehr angehörte, fand dabei innerhalb der Kieler KPD nicht wenige Verbündete. Schon 1929 hatte lediglich auf der Germaniawerft eine „revolutionäre Liste" kandidiert, die immerhin vier Mandate erringen konnte — ein Sitz mehr als die kommunistische Fraktion vordem innegehabt hatte. Diesen für die Fördestadt insgesamt schmalen Erfolg — 796 Stimmen bei 13 000 Kieler Werftarbeitern — lastete die Kieler Parteiführung nicht zuletzt der „Brandler-Fraktion" an.[157] Dabei, so machte die Parteiopposition geltend, hatte das regionale KPD-Organ „Norddeutsche Zeitung" kurz vor den Wahlen über eine Vertrauensleute-Versammlung der Germaniawerft berichtet, in der der Betriebsratsvorsitzende den Kommunisten angeboten habe, *„‚die Opposition solle ihre Liste fallen lassen, dafür biete er ihr vier Sitze auf der freigewerkschaftlichen Liste an.'"* Die KPD-Genossen aber *„‚hielten den Nacken steif und beharrten auf ihrer Liste.'"*. Von einem Erfolg der oppositionellen Liste konnte somit nicht die Rede sein. Das KPDO-Blatt kommentierte das Ergebnis denn auch knapp: *„Die vier auf der ‚Oppositionsliste' bedeuten ein Dutzend weitere Ausschlüsse aus dem* [Metallarbeiter-] *Verband."*[158] In der Tat hatte die eigenständige Kandidatur verheerende Folgen für die kommunistische Präsenz auf der Werft. Ein halbes Jahr nach der Betriebsratswahl traten von den ehemals zehn Kandidaten, die die Kommunisten nominiert hatten, nur noch zwei in Erscheinung. Nach Recherchen der KPDO war ein Teil von ihnen noch vor der Wahl oder bald darauf aus dem Betrieb entlassen worden. Andere hatten dem Druck der Gewerkschaftsführung nachgegeben, sich entweder von ihrer Kandidatur zu distanzieren oder ausgeschlossen zu werden.[159] Das Ergebnis der separaten Liste auf der Germaniawerft war also — für alle Kieler Kommunisten nachvollziehbar — nicht eine Stärkung des revolutionären Flügels, sondern seine schwindelerregende Dezimierung.

Die unbefriedigenden Ergebnisse der Betriebsratswahlen veranlaßten die Bezirksleitung Wasserkante im darauffolgenden Jahr, auf einen forcierten Ausbau der Positionen zu drängen. Das gelang im Bezirksmaßstab weitgehend, wo nunmehr etwa 80 Listen gegenüber 15 im Vorjahr aufgestellt wurden, die beachtliche Stimmenanteile gewinnen konnten. Allein im Unterbezirk Kiel waren die Verhältnisse nach Einschätzung der Hamburger Leitung sehr schlecht. 1929 hatte die oppositionelle Liste auf der Germaniawerft immerhin noch 796 Stimmen auf sich vereinigen können (gegen 2134 Stimmen der SPD-Kandida-

linke Seite unten:
1928 in der Wohnung der Familie Preßler, Heintzestraße 22, Kiel-Gaarden. V.l.n.r.: Otto Preßler, Lene und Roman Holdt, Clara Preßler, Frahm, Moritz Radusch. An der Wand Goethe und auf dem Tisch die „Rote Fahne", die „Metallarbeiter-Zeitung" und eine Schrift des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK), einer nichtmarxistischen, aber antibürgerlichen revolutionären Avantgardegruppierung, die 1925 als „Internationaler Jugendbund" aus SAJ und SPD ausgeschlossen worden war.

[152] Wie Anm. 104. Die Ortsgruppe der Roten Hilfe soll nach Polizeiangaben 1928 1.000, 1931 nur noch 600 Mitglieder gezählt haben. Im Sommer 1930 hatte Schlichting sich einem Disziplinierungsversuch der KPD-Bezirksleitung gegen die Kieler Rote Hilfe widersetzt und war seiner bereits angekündigten Absetzung mit dem Rücktritt zuvorgekommen. Die Hamburger Bezirksleitung lenkte schließlich ein und der schwelende Konflikt wurde vorerst beigelegt, ohne jedoch gründlich bereinigt worden zu sein (GdS, Nr. 35 v. 30.8.1930.). Auch im KJVD hatte sich die Spaltung niedergeschlagen. Dort wurden 1927 200 Mitglieder gezählt, 1931 jedoch noch gerade 80 (Wie Anm. 104.). Der Führungswechsel im RFB hatte die Organisation so geschwächt, daß ernsthaft erwogen wurde, die „Untergauführung" des RFB mit der Unterbezirksleitung der KPD zusammenzulegen, was allerdings am Einspruch der RFB-Bundesleitung scheiterte (Regierungspräsident an Oberpräsidium, 22.2.1929, LAS, 301.4549.).

[153] Gespräch Lisa Herrmann. Zum Organisationsbezirk: Bergmann,S.158 f. Später — vielleicht mit dem Aderlaß in den Jahren 1931/32 — wurde der Bezirk Kiel wieder aufgehoben und mit Hamburg erneut zum Bezirk Wasserkante vereinigt (Vgl. Anm. 185.).

[154] GdS, Sonderbeilage Nr.4, März 1929. Brandler sprach ein weiteres Mal in Kiel am 11. November 1930 vor 200 Teilnehmern (GdS, Nr.48 v. 29.11. 1930.).

[155] Wie Anm. 104.

[156] Gespräch Günter Wilke; — Gespräch Lisa Herrmann.

[157] Bereits Anfang des Jahres hatte ein Kieler Vertrauensmann im KPDO-Blatt die „Germaniazelle" als „‚rechts' oder versöhnlerisch verschrieen" apostrophiert (GdS, Sonderbeilage Nr.2, Januar 1929).

[158] GdS, Nr. 17 v. 27.4.1929. Eine bald darauf mit erheblichem Werbeaufwand angekündigte„Werftarbeiterversammlung" der KPD, bei der der kommunistische Reichstagsabgeordne-

Betriebszeitung der Germaniawerft A.-G.

1. Jahrgang. Redakteur: Henning der Graufuchs. Nummer 1.

Für den Inhalt verantwortlich: Rotfuchs. Mitarbeiter: Alle die da mitmachen.

An die Kollegen!

Die Kommunisten der Betriebszelle Germania-Werft geben die Betriebszeitung heraus, sie soll nach Bedarf erscheinen. Der Zweck ist, Schäden und Mängel in unserem Betrieb auf allen Gebieten bloß zu stellen. Als Mitarbeiter ist jeder Arbeiter des Werkes willkommen. Werden Direktoren und Meister auch Gift und Galle spucken, so soll es uns nicht abhalten, sie in ihrem wahren Gesicht hinzustellen. Die Zeitung vertritt die Interessen von Euch, Kollegen, und deshalb müßt Ihr es auch sein, von denen sie geschützt wird. Hat „Das Rote Licht" einen Teil der Belegschaft die Augen geöffnet und davon überzeugt, daß alle Schmarotzer und Blutsauger des kapitalistischen Systems beseitigt werden müssen, bevor das Licht der Freiheit scheint, dann hat auch „Das Rote Licht" seinen Zweck erfüllt.

Der Arbeiter rasiert. — Der Gewerkschaftsführer blamiert. — Der Werftbesitzer diktiert.

Die Werftproleten haben erwartet, daß nach den Versprechungen der Gewerkschaftsführer das Arbeitszeitabkommen auf der 9 Stundengrundlage erledigt wäre und ab 1. Februar der 8-stündige Arbeitstag wieder eingeführt wurde. **Sie sind rasiert.**

Die Gewerkschaftsführer haben gehofft, am Verhandlungstisch die Herren Werftgewaltigen auf ihre Versprechungen im Vorjahre festhalten zu können. **Sie sind blamiert.**

Mallwitz erklärte bei den Verhandlungen in Hamburg: **Unser Ziel ist nicht erreicht, wir wollen den 10 Stundentag und dafür nur den Lohn des 8 Stundentages zahlen Er diktiert.**

Was nun? — Die Gewerkschaftsführer wollen nach Fällen des Schiedsspruches abermals verhandeln. Jeder Gang an den Verhandlungstisch bedeutet unter den jetzigen Verhältnissen — **eine verlorene Position.**

Notwendig ist, daß die gesamten Werftarbeiter von ihrem Recht Gebrauch machen und nach 8 Stunden **den Betrieb verläßt.** Gemeinsam mit den Hafenarbeitern der Wasserkante müssen die Werftarbeiter eine ultimative Forderung auf 40prozentige Lohnerhöhung stellen. In diesem Sinne lautete ein Antrag in der Vertrauensmännerversammlung aller Seeschiffswerften, der von den Kommunisten eingebracht wurde. Er lautete:

Die Vertrauensmännerversammlung der Seeschiffswerften beschließt, als Antwort auf das Verhalten der Werftbesitzer ab 15. Februar den 8 Stundentag für die Seeschiffswerften Kiels wieder einzuführen. Wir fordern alle Werftarbeiter Kiels auf, nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen.

Der Metallarbeiterverband als die stärkste Organisation auf den Werften wird verpflichtet, sofort mit den übrigen Werften zwecks Lohnerhöhung in Verbindung zu treten.

Bis 15. Februar ist der Kampf **um eine 40 prozentige Lohnerhöhung auf allen Werften aufzunehmen.**

Die Diktatur eines Mallwitz und anderer Herren kann nur durch den geeinten und geschlossenen Kampf aller Werftarbeiter beseitigt werden.

Drei Zeilenvers über den Dawes-Segen.

In der Formerei wird nur noch drei Tage gearbeitet. Während der Aussperrung hat die Germaniawerft den anderen Guß außerhalb bestellt. Da der Guß von auswärts nach Meinung der Direktoren billiger ist.

•

Im Schiffbau wird auch jetzt mit der Entlassung begonnen. 100 Mann sind schon aufs Straßenpflaster geworfen worden — weitere werden folgen.

•

Die Dreherei 9 und 10 soll stillgelegt werden. Wird es durchgeführt, dann fliegen 80—100 Mann.

•

Die Lehrlinge, die während des Streiks zu Streikbrecherarbeiten herangezogen wurden, haben Befehl bekommen zu strecken. Was schert die Direktion ihre Verpflichtungen aus dem Lehrvertrag.

•

In der Kesselschmiede sind im Laufe von 2 Monaten 200 Mann entlassen. Auf Kommando der Direktion arbeiten die Zurückgebliebenen nur 4 Tage die Woche.

ten). 1930 jedoch blieben die Kommunisten mit 475 gegenüber 2320 sozialdemokratischen Stimmen weit unter dem Vorjahresergebnis. Vor allem aber konnte die Strategie „revolutionärer Listen" nicht auf andere Kieler Großbetriebe ausgeweitet werden — und das, obwohl sie Ende 1929 durch die Gründung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) neue Schubkraft erhalten hatte. Im Vorfeld hatte die Parteiführung kategorisch verlangt: *„kein gemeinsames Vorgehen, keine gemeinsamen Listen mit den Verrätern"*.[160] Während die Positionen der Partei im Metallarbeiterverband auf Bezirksebene ausgebaut werden konnten, hatte man den bisherigen Einfluß in Kiel *„völlig verloren"*. Hamburg konstatierte allenthalben die bezirksweit schlechtesten Ergebnisse in Kiel: *„Hier zeigen sich die ganzen Auswirkungen einer opportunistisch durchgeführten Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Es gelang uns hier nur auf der Germaniawerft und nur unter stärkster ideologischer Auseinandersetzung mit einem Teil der Parteigenossen eine revolutionäre Liste aufzustellen, während es uns auf den Deutschen Werken und der Howaldt-Werft durch die Zersetzungsarbeit der Liquidatoren, die nicht immer mit der genügenden bolschewistischen Klarheit von der Parteiorganisation in Kiel zurückgeschlagen wurden, nicht möglich war, rote Listen aufzustellen."*[161] Bei den Deutschen Werken sei man sogar *„offen mit den Sozialfaschisten gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition"* vorgegangen.[162] In den kommunistischen Hochburgen, der Germaniawerft und den Deutschen Werken, erschienen 1929/30 nicht einmal mehr Betriebszeitungen der KPD[163], während noch 1928 in beiden Schwerpunkten wie auch in einem Lederbetrieb und bei Bohn & Kähler, der Arbeitsstelle Otto Preßlers, publizistisch gearbeitet worden war.[164] Die Bezirksleitung Wasserkante ahndete die oppositionellen Regungen anläßlich der Betriebsratswahlen mit dem Ausschluß der früheren Germania-Betriebsräte Manthei und Ronies Anfang März 1930.[165] Der Versuch der Kieler Unterbezirksleitung, in der Großbäckerei Steffens die Kandidatur einer „Roten Liste" gegen den Willen der dort beschäftigten Genossen durchzusetzen, endete mit deren Austritt aus der Partei und dem Anschluß der Mehrzahl an die KPDO.[166]

Die Verschiebung der taktischen Dispositionen der KPD-Parteiführung im gewerkschaftlichen Bereich war ganz offensichtlich für viele Kieler Kommunisten nicht mehr tragbar. Otto Preßler sah mit einem überproportional großen Anteil von ihnen keine reale Alternative in separaten revolutionären Verbänden und Listen, sondern bevorzugte eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit auf der Basis gewerkschaftlicher Ein heit.[167] Die Dissidenten unter Brandler und Thalheimer favorisierten überhaupt eine moderatere Politik gegenüber der Sozialdemokratie und formulierten damit grundsätzliche Alternativen in einem Kernbereich kommunistischer Bündnispolitik, die von der Mutterpartei — wenn nicht quantitativ, so doch qualitativ — als ernstzunehmende Konkurrenz gewertet werden mußte. Wenn auch die Gesamtmitgliederzahl die 6500 nicht überstieg, so fanden sich in der KPDO vor allem langjäh-

linke Seite:
Erste Ausgabe der KPD-Betriebszeitung für die Beschäftigten der Germaniawerft von 1926. Die Kommunisten forderten die Einhaltung des Acht-Stunden-Tages und prangerten erfolgte wie bevorstehende Entlassungen an. Die Kritik an Mißständen sollte die Belegschaft davon überzeugen, „da alle Schmarotzer und Blutsauger des kapitalistischen Systems beseitigt werden müssen".

te Max Maddalena am 24. April im Gewerkschaftshaus referieren sollte, wurde bei knapp zwei Dutzend Anwesenden wegen schlechter Beteiligung nicht abgehalten. Unverdrossen kommentierte die „Norddeutsche Zeitung": „Der Mißerfolg dieser Versammlung ist keinerlei Anlaß, auch nur einen Millimeter vor den Reformisten zurückzuweichen, sondern im Gegenteil ein Ansporn für die Genossen, die Massen in den Betrieben aufzurütteln und zu mobilisieren usw." (Zit. nach GdS, Nr.18 v. 4.5.1929.).

[159] GdS, Nr.47 v. 23.11.1929.

[160] Zit. nach Weber, Hauptfeind, S.25.

[161] Wie Anm. 113. Vgl. dazu auch: Der Leninist, April 1929; — GdS, Nr. 14 v. 5.4.1930.

[162] Wie Anm. 113.

[163] Ebenda.

[164] Wie Anm. 123. Bereits Anfang 1929 hatte sich der taktische Schwenk der KPD in der Gewerkschaftsfrage äußerst negativ ausgewirkt. Bei den Neuwahlen zur Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes hatte die kommunistische Opposition im Jahre 1928 noch 251 Stimmen für sich verbuchen können, während es Anfang März 1929 nur mehr 66 waren (GdS, Nr. 11 v. 16.3.1929.).

[165] GdS, Nr. 10 v. 8.3.1930. Beide hatten entgegen dem Parteibeschluß auf der gewerkschaftlichen Einheitsliste kandidiert (GdS, Nr.35 v. 30.8.1930.).

[166] GdS, Nr. 14 v. 5.4.1930.

[167] Wie Anm. 5.

rige Parteimitglieder zusammen, die einen Rückfall in die linke Periode der Fischer/Maslow-Führung und die Reduktion der Einheitsfront-Strategie auf eine lediglich „von unten" zu führende Taktik für verhängnisvoll hielten. Zugleich erarbeitete die KPDO-Führung eine Reihe weiterer politischer Konzeptionen, die der realen Problemlage am Ende der Weimarer Periode eher gerecht wurden als wesentliche Politikmuster der KPD-Führung. Hier ist insbesondere die frühe und in weiten Teilen adäquate Faschismus-Definition Thalheimers zu nennen, die die erst 1935 hinreichend modifizierte Einschätzung der Komintern in wesentlichen Zügen und differenzierter bereits vor 1930 und damit als reale Eingriffsoption vorwegnahm.[168] Als zentrales Problem erwies sich jedoch, daß die KPDO bei aller politischen Legitimation immer eine marginalisierte Splittergruppe blieb, die nicht annähernd ein ähnliches Massenpotential wie die KPD binden konnte und damit in ihrer politischen Breitenwirkung höchst beschränkt blieb. Das veranlaßte die Anhänger der kommunistischen Mehrheitspartei die Opposition abfällig als

[168] Die Überlegungen Thalheimers finden sich komplex in: August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Texte zur Faschismusdiskussion I. Positionen und Kontroversen, hrsg. v. Reinhard Kühnl, Reinbek 1974, S.14-30. Vgl. Abendroth, S.118f. Die Analysen Thalheimers, gestützt auf Marx' Bonapartismusdefinition, erlangten insbesondere in der Faschismusdebatte der Endsechziger und Siebziger Jahre erhebliche Bedeutung (Vgl. z.B. Eike Hennig, Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, Frankfurt/M. 1977, S. 39f.; — Hans-Gerd Jaschke, Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie. Mit einem Vorwort v. Eike Hennig, hrsg. v. Institut f. historisch-sozialwissenschaftliche Analysen, Opladen 1982, S.20ff.).

GEGEN DEN STROM
ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 44 | 2. November | Herausgegeben von A. Thalheimer, H. Brandler, J. Walcher, E. Hansen | Begründet von der K. P. D.-Ortsgruppe Breslau (Opposition) | 20 Pf. | 2. Jahrg. 1929

Unser Kampf gegen den Faschismus

Ultralinke Argumente für ihn!

I. Das Ergebnis des Volksbegehrens und die faschistische Gefahr.

Das Volksbegehren der Hitler-Hugenberg hat mit einem Mißerfolg geendet. Die verbündeten Nationalsozialisten, Stahlhelmer und Deutschnationalen haben nicht die 10% aller Stimmberechtigten aufgebracht, die zur Einleitung eines Volksentscheids notwendig sind. Im ganzen haben sich nach den bisherigen Meldungen etwa 3—3½ Millionen für das Volksbegehren eingezeichnet. Das ist nur ein Teil der Wähler, die bei den letzten Reichstagswahlen für Deutschnationale oder Nationalsozialisten gestimmt haben.

Es wäre aber falsch, das Ergebnis des Volksbegehrens so zu deuten, wie es die sozialdemokratische und die bürgerlich-demokratische Presse tut. Es wäre falsch, wollten sich die Arbeiter die Auffassung zu eigen machen, die Hitler und Hugenberg seien erledigt, der Faschismus sei in Deutschland keine Gefahr. Das Gegenteil ist richtig. Die faschistische Gefahr wächst von Tag zu Tag. Das zeigen alle Wahlen im Reich, so zuletzt die badischen Landtagswahlen, bei denen die Nationalsozialisten ihre Stimmen verdreifachen konnten. Das zeigt in seiner Art auch das Volksbegehren. Bei den letzten Reichstagswahlen haben die deutschnationalen Wähler für den Bürgerblock gestimmt, für die Reaktion, aber die Reaktion, die im Rahmen der parlamentarischen Demokratie handelte. Die 3—3½ Millionen, die sich für das Volksbegehren einzeichneten, haben sich zu einer offen faschistischen Sache bekannt. Die Nationalsozialisten haben das Volksbegehren ausgenutzt, um eine Massenagitation zu betreiben wie nie zuvor. Natürlich kann man dabei nicht sagen, daß der Hitler den Hugenberg frißt, wie das der „Vorwärts" schreibt. Das heißt nur die Oberflächenerscheinung sehen. In Wirklichkeit bestimmt in dem faschistischen Block nicht der Kleinbürger Hitler, sondern der Großkapitalist Hugenberg. Aber es ist charakteristisch, daß Hugenberg und mit ihm weitere Kreise des Großkapitals heute auf die faschistische Karte setzen.

Daß die faschistische Gefahr zunimmt, zeigt uns der allgemeine Prozeß der Umgruppierung der Kräfte im Lager der Bourgeoisie und innerhalb der bürgerlichen Parteien. Natürlich verläuft dieser Prozeß nicht eindeutig, nicht einfach in der Weise, daß alle bürgerlichen Politiker sich plötzlich zum Faschismus bekennen. Die Tatsache, daß sich Hugenberg mit Hitler zum Volksbegehren gegen den Young-Plan zusammengeschlossen hat, hat sogar eine Krise innerhalb der Deutschnationalen Partei hervorgerufen. Weite Kreise der deutschnationalen Bourgeois finden einen Haken daran, daß die soziale Demagogie des Faschismus sich gegen den Young-Plan richtet, d. h. die Außenpolitik des neuen deutschen Imperialismus bedroht. Parallel mit dieser Opposition gegen Hugenberg in den Reihen der Deutschnationalen Partei ertönt innerhalb des Zentrums und der Deutschen Volkspartei der Ruf nach einer großbürgerlichen Konzentration, nach einer neuen Auflage des Bürgerblocks. In diesem Sinne hat sich der Führer der Zentrumspartei, Kaas, ausgesprochen, natürlich mit der ihm zukommenden jesuitischen Verklausuliertheit. Offener hat der Volksparteiler Kardorff geredet. Nehmen wir hinzu, daß alle bürgerlichen Parteien sich über die Ziele der Kapitalsoffensive, über die Art der Abwälzung der Lasten des Young-Planes einig sind. Die Bürgerblocktendenzen haben so eine sehr reale Grundlage. Die Kardorff usw. wollen die Sozialdemokratie einen Platz heruntersetzen, sie wollen mehr Ellbogenfreiheit für die Durchführung der sozialen Ziele des Kapitals. Sie wollen aber noch nicht den Rahmen der parlamentarischen Demokratie sprengen. Sie wollen sich noch die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten, erhalten. Noch ist die faschistische Massenbewegung nicht so stark, daß das Großkapital darauf verzichten könnte, mit dem Reformismus zusammenzuarbeiten und daß es das faschistische Ziel der Zertrümmerung aller, auch der reformistischen Massenorganisationen, verwirklichen könnte. Aber die allgemeine Tendenz der Umgruppierung innerhalb der bürgerlichen Klassen Deutschlands weist nach rechts. Die faschistische Massenbewegung wächst. Die Bedürfnisse der Kapitalsoffensive veranlassen die Bourgeoisie und ihre Politiker immer weiter nach rechts zu rücken. Das muß zu guter Letzt dem Faschismus zugute kommen.

2. Die Haltung der SPD.

Im „Vorwärts" nimmt Rudolf Breitscheid zu diesen Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Parteien in der Weise Stellung, daß er die Bereitschaft der Sozialdemokratie betont, die größten Opfer zu bringen, damit die bürgerlichen Parteien die Gnade haben, die Herren Müller, Severing, Hilferding und Wissell in der Regierung zu lassen:

„Sie (die Sozialdemokratie) wird die Verantwortung nicht auf sich nehmen, einen Zustand zu schaffen, in dem eine tragfähige parlamentarische Regierung nicht gebildet werden kann."

Zur entscheidenden politischen Frage, zur Frage der Finanzreform, zur Frage, wer die Lasten des Young-Planes tragen soll, erklärt Breitscheid:

„Die Sozialdemokratie sieht die Notwendigkeit einer Finanzreform ein. Sie teilt nicht die Illusionen derer, die zum Teil von ganz falschen Voraussetzungen über die durch den Young-Plan ermöglichten Ersparnisse ausgehend, von gewaltigen Steuererleichterungen träumen. Sie wird sich gewissen Anregungen, wie der einer Art von Kopfsteuer, entschieden widersetzen, aber sie ist bereit, innerhalb der Koalition nach Wegen zu suchen, die zu einem Ausgleich der verschiedenen Wünsche führen."

Wir bemerken hier, daß Breitscheid in dieser Frage nur gegen seinen eigenen Parteigenossen Hilferding polemisiert. Der Plan der Kopfsteuer stammt nämlich von Hilferding und ist von bürgerlichen Finanzpolitikern, so z. B. von dem früheren demokratischen Minister Reinhold, abgelehnt worden. Die bürgerlichen Parteien und Politiker haben aber ganz konkrete Forderungen zur Finanzreform gestellt. Sie fordern ein Steuergeschenk von über 1 Milliarde und neue Massensteuern. Darauf antwortet Breitscheid — mit der Bereitschaft zur Mitarbeit. Diese Mit-

Frontseite des KPDO-Organs „Gegen den Strom" vom 2. November 1929. Im Gegensatz zu den Einsichten der beiden großen linken Parteiblöcke wertete die KPDO bereits frühzeitig und auch angesichts scheinbarer Niederlagen der NSDAP den Faschismus als akute Gefahr. Aus dem Volksbegehren Hitler-Hugenberg gegen den Young-Plan schlußfolgerte die Gruppe, „da Hugenberg und mit ihm weitere Kreise des Großkapitals heute auf die faschistische Karte setzen". „Noch ist die faschistische Massenbewegung nicht so stark, da das Großkapital darauf verzichten könnte, mit dem Reformismus zusammenzuarbeiten und da es das faschistische Ziel der Zertrümmerung aller, auch der reformistischen Massenorganisationen, verwirklichen könnte. Aber die allgemeine Tendenz der Umgruppierung innerhalb der bürgerlichen Klassen Deutschlands weist nach rechts."

„KP-Null" zu verspotten. Immerhin erreichte sie in ihren regionalen und lokalen Schwerpunkten bisweilen erheblichen Einfluß und blieb mitunter, so auch in Kiel, vor allem von der personellen Zusammensetzung her durchaus relevant.

Die Mitgliederzahl der Kieler KPDO blieb bis Mitte 1931 konstant bei 100; die Zahl der Aktiven indes dürfte erheblich niedriger anzusetzen sein.[169] Für die Folgezeit liegen keine Stärkemeldungen vor, jedoch kann vermutet werden, daß die Gruppenstärke eher zurückging, weil sich in der zweiten Jahreshälfte 1931 eine starke Minderheit von reichsweit etwa einem Viertel der entstehenden *„Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands"* (SAPD) anschloß, dem nunmehr organisatorisch verselbständigten *„verkleinerte*[n] *Spiegelbild der breiten linken Strömung innerhalb der SPD seit der Jahrhundertwende"* (Helga Grebing).[170] Otto Preßler entschied sich mit Brandler und Thalheimer für den Verbleib in der KPDO — in der Hoffnung, die Transformation der KPD im Zuge des als immer notwendiger erachteten einheitlichen antifaschistischen Abwehrkampfes doch noch durchsetzen zu können. Auch in Kiel hatte es Diskussionen über einen möglichen Anschluß an die SAPD gegeben, zu der bereits die befreundete USPD-Gruppe geschlossen übergegangen war. Nur noch elf oppositionelle Kommunisten waren anwesend, als Anfang Januar 1932 über die Beschlüsse der vorangegangenen 4. Reichskonferenz der KPDO diskutiert werden sollte, die insbesondere über die Haltung zur eben gegründeten SAPD tiefgehende Meinungsverschiedenheiten offenbart hatte. Mit neun gegen zwei Stimmen bekannte sich die Mehrheit zu den Beschlüssen der Reichskonferenz, in denen vor allem darauf gesetzt wurde, sich selbst als linke Alternative jenseits der großen Parteiblöcke zu etablieren und die SAPD als Konkurrentin eher auszustechen als mit ihr in eine Arbeitsgemeinschaft zu treten. Die Kieler Minderheit in Person der Genossen Weiß und Bartsch erklärte jedoch, die Beschlüsse der Mitgliederversammlung als verbindlich anzusehen und fortan die Linie der 4. Reichskonferenz zu vertreten. Wie brüchig allerdings dieses Ergebnis war, zeigte sich an einem innerparteilichen Disput über die Frage, ob Weiß, der bereits als Delegierter auf der Reichskonferenz für die Positionen der Minderheit votiert hatte, nun zur SAPD gehen würde oder nicht — ein Gerücht, das seitens des Kieler SAPD-Vorstandes Verbreitung fand.[171]

Die organisatorische und mitgliedermäßige Konsolidierung der Kieler KPD ab Ende 1930/Anfang 1931 schlug sich auch in der Betriebsarbeit nieder. Zwar konnte die Zahl der Betriebsgruppen kaum erhöht werden; die Arbeit der neuen Parteiführung, die ab Januar 1930 hauptamtlich von Heinrich Schmidt übernommen worden war trug jedoch bald Früchte.[172] Vor dem Hintergrund der scharfen linken Akzentuierung der zentralen Parteilinie gelang es der Kieler Leitung vor allem, diejenigen radikalisierten Mitglieder zurückzugewinnen, die sich mit der Ausschaltung der linken Parteispitzen zurückgezogen hatten und nun wieder zur Parteiarbeit bereit waren.[173] Im Zuge der damit eingeleiteten politischen Linkswendung konnte auch die

[169] Wie Anm. 104.

[170] Grundlegend: Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 2.). Zu Kiel vgl. den schmalen Hinweis in GdS, Nr. 23 v. 5.11.1932.

[171] GdS, Nr. 2 v. 16.1.1932.

[172] Wie Anm. 104. Heinrich Schmidt war auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 zum Kandidaten des ZK gewählt worden. Bis zum Januar 1930 hatte der Landtagsabgeordnete Gustav Bruhn den Unterbezirk geleitet, der aber dann als Leiter der „Landabteilung" zur Bezirksleitung nach Hamburg ging (Vgl. z.B. GdS, Nr. 17 v. 27.4. 1929 u. Nr. 49 v. 7.12.1929; — Lucie Suhling, Der unbekannte Widerstand. Erinnerungen. Unter Mitarbeit von Ursel Hochmuth, Frankfurt/M. 1980, S.85.). Seit dem Jahresbeginn 1932 fungierte der Reichstagsabgeordnete Christian Heuck als Unterbezirkssekretär (Vgl. z.B. NE, Nr. 149 v. 31.12. 1948; — GdS, Nr.3 v. 30.1.1932.).

[173] Wie Anm. 104. An der Förde galten vor allem die Seeleute und die „Zelle Bau" als Exponenten des linken Kurses. Als die KPD-Parteiführung im Frühjahr 1930 die gröbsten Entgleisungen der Sozialfaschismusthese korrigierte, gehörten sie zu den Kritikern dieser Entscheidung (GdS, Nr.35 v. 30. 8.1930.). Zur Aufnahme der zentralen Vorgaben zur konkurrierenden Gewerkschaftarbeit in Kiel vgl. für 1931 z.B.: Der Polizeipräsident in Kiel an den Regierungspräsidenten, Schleswig, 26.6.1931, LAS, 301.4532.

RGO-Strategie in den Kieler Betrieben gegen die vorhandenen Widerstände durchgesetzt und sogar verblüffende Erfolge erzielt werden. 1931 kandidierten Listen der RGO in mehreren Betrieben und setzten sich aus dem Stand an die Spitze aller Zentren der deutschen Metallindustrie.[174] Die RGO stellte in diesem Jahr bei einem Zuwachs von 19,4% gegenüber dem Vorjahr 26,5% aller Betriebsräte in den Kieler Metallbetrieben. Die Sozialdemokraten büßten 18,6% ein und besetzten nurmehr 70,7% der Sitze.[175] Mit diesen Ergebnissen und unter Berücksichtigung ihrer Sozialstruktur erscheint die Kieler KPD 1931/32 als Kraft mit einem relativ schwachen Anteil an Betriebsarbeitern, die jedoch über erheblichen betrieblichen Einfluß verfügten[176] und einem überproportional großen außerbetrieblichen erwerbslosen Sektor. Dieses Bild signalisiert, unter Berücksichtigung einer bedeutenden Abwanderung erfahrener „rechter" Kader aus der Betriebs- und Erwerbslosenarbeit in den Jahren 1924/25 und 1929 und der Wiederaufnahme „ultralinker" Politikelemente durch die zentrale Parteiführung, eine qualitativ neuartige und nahezu uneingeschränkte Hegemonie linker Positionen innerhalb der Kieler KPD. Dadurch wurden kurzfristig beachtliche Erfolge in der oppositionellen Betriebsarbeit und die Gewinnung akut radikalisierter Erwerbsloser für die Partei ermöglicht. Dabei blieb die Partei organisatorisch schwach und kam auch am Jahreswechsel 1932/33 mit 1500 bis 1600 Mitgliedern nicht über 14% der 12.000 Mitglieder starken SPD[177] hinaus.[178] Wesentliche Teile der bisherigen erfahrenen und realpolitische Positionen favorisierenden Führungskader der Partei wie Otto Preßler, Radusch und Schlichting, waren bis dahin administrativ ausgegrenzt oder innerhalb der KPD politisch demotiviert worden.

Die KPDO konnte auch in Kiel kaum die selbstgewählte Funktion eines Katalysators der Einheitsfront ausfüllen, obwohl man sich um deren Zustandekommen bemühte. Bereits Ende 1930 hatte die örtliche Opposition gemeinsam mit den Resten der an der Förde noch arbeitenden USPD — zu diesem Zeitpunkt nur noch eine marginale Splittergruppe — zur Bildung eines „antifaschistischen Kartells" aufgerufen.[179] Die Teilnehmer der Gründungsversammlung stellten weitgehende Übereinstimmungen fest, vertraten jedoch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich einer möglichen Beteiligung am von der KPD initiierten „Kampfbund gegen den Faschismus". Während Otto Preßler für eine Beteiligung der linken Splitter plädierte, befürchteten die USPDler, *„daß es sich hier wieder um einen reinkommunistischen Parteiladen handele, zu dem der größte Teil der Arbeiter kein Vertrauen gewinnen könne."* Man konstatierte *„überall Bestrebungen zur Gründung einer ‚vereinigten Arbeiterpartei'"* und beschloß zur Abwehr der Nationalsozialisten die Erstellung einer gemeinsamen „antifaschistischen Plattform", an deren Ausarbeitung sich neben anderen drei KPDO-Mitglieder und ein Sozialdemokrat beteiligten. Den Bestrebungen, eine „vereinigte Arbeiterpartei" zu gründen, mochte die KPDO-Führung jedoch nicht zustimmen: *„Den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern muß klar ge-*

[174] Zu den intensiven Wahlvorbereitungen durch die Unterbezirksleitung vgl.: Arbeitsplan des Unterbezirks Kiel, Monat Februar - März 1931, o.D., LAS, 301.4532. Noch Ende November 1930 zählte die RGO lediglich 157 Mitglieder — 70 Bauarbeiter und 87 Seeleute. Metallarbeiter konnten bis dahin nicht gewonnen werden (GdS, Nr.48 v. 29. 11. 1930.).

[175] Erst mit 14,4% rangierten die RGO-Anteile in der Dresdener Metallindustrie an zweiter Stelle der RGO-Hochburgen im Metallgewerbe. Hamburg erscheint mit 13,2% an dritter Position (hier minus 0,9% gegenüber dem Vorjahr und 84,5% sozialdemokratische Betriebsräte) (Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin, Bonn 1987, Anhang.).

[176] Als den für das Jahr 1931 vorliegenden Zahlen ergibt sich, daß mit einem ausgewiesenen Betriebsarbeiteranteil von 10% (Wie Anm. 117.) bei ca. 1.200 KPD-Mitgliedern (Wie Anm. 104.) und zehn Betriebsgruppen (Ebenda. Hierzu sind neben den acht angeführten Gliederungen in den Großbetrieben auch die Zellen „Bau" und „Schiffahrt" zu zählen.) die durchschnittliche statistische Stärke der Betriebsgruppen bei zwölf Mitgliedern lag. Faktisch dürfte sie noch niedriger anzusetzen sein, da der eine oder andere Betriebsarbeiter in Handwerks- oder Kleinbetrieben gearbeitet haben wird, die weder durch die Gruppen in den Grobetrieben noch durch die beiden bestehenden Branchengruppen erfaßt wurden.

[177] Nach Angaben des früheren Parteisekretärs Ernst Tessloff (Die Bemühungen zur Schaffung einer Einheitsfront, 11. 8. 1945, GET, KPD 1945-47.).

[178] Reichsweit konnte die KPD immerhin etwa ein Drittel der sozialdemokratischen Mitgliederzahlen erreichen.

[179] GdS, Nr. 44 v. 1.11.1930.

macht werden, daß es sich jetzt nicht um die Schaffung neuer Parteien handeln kann. Jetzt ist die Schaffung antifaschistischer Kartelle und überparteilicher proletarischer Klassenwehren die Aufgabe, für die sich alle denkenden klassenbewußten Arbeiter einsetzen müssen."[180]

Den frühen Vereinheitlichungsbestrebungen der linken Splitter gegen die virulente faschistische Gefahr folgten die Anhänger der beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung nur in Ausnahmefällen. SPD wie KPD waren eher bestrebt, die jeweiligen Hegemonieansprüche zu legitimieren, als sich in zweifelhafte Bündnisse mit ehemaligen Parteidissidenten einzulassen. Als es schließlich doch noch um die Bildung einer gemeinsamen antifaschistischen Abwehrfront ging, wurden die lokalen Auseinandersetzungen seitens der SPD — so weit zu sehen ist — ausschließlich mit der KPD geführt. Deren Einheitsfrontpolitik hatte sich mit der Bildung der „Antifaschistischen Aktion" im Frühjahr 1932 zwar politisch vielversprechend gewandelt. Das Zustandekommen der Einheitsfront konnte jedoch durch die Beibehaltung eines kommunistischen Führungsanspruchs kaum durchschlagend gefördert werden. Auch innerhalb der SPD mehrten sich bereits Anfang der dreißiger Jahre die Stimmen, die ein Einlenken der Partei forderten. In einer diesbezüglichen Debatte in der SHVZ forderte der Sozialdemokrat Heinrich Jarr: *„Es muß immer wieder versucht werden, eine proletarische Einheitsfront zu bilden unter Erfassung aller Proletarier, auch der Kommunisten. Lieber sollten die beiden Arbeiterparteien sich gegenseitig zur Erreichung der Geschlossenheit Konzessionen machen, als dem Kapitalismus und seinen Parteien Zugeständnisse zum Schaden des Proletariats.*"[181] Diese Positionen waren jedoch in der Kieler SPD-Führung kaum mehrheitsfähig. 1931 ließ der örtliche Parteivorsitzende Wilhelm Schweitzer verlauten: *„Mögen die kommunistischen Arbeiter zu uns zurückfinden, dann wird die Einheitsfront da sein,"*—[182] — ein für die KPD-Anhänger ebensowenig ernstzunehmender Vorschlag wie es die kommunistische Strategie der Einheitsfront von unten unter Ausschluß der SPD-Führung für Sozialdemokraten war. In der ersten Jahreshälfte 1932 wurden die Rufe nach einer Einheitsfront stärker; die dies befürwortenden Diskutanten auf der Kieler Mitgliederversammlung der SPD wurden jedoch von Otto Eggerstedt mit dem Hinweis zurückgewiesen, die Bereitschaft der KPD zur Einheitsfront sei nicht zu überschätzen. Immerhin nahmen noch Vertreter der sozialdemokratischen Jungen Front an einer Mitgliederversammlung des KJVD teil, in der die Bedingungen einheitlicher Aktionen verhandelt wurden. Wie die sozialdemokratische Parteiführung erteilte aber auch die Kieler Spitze jeglichen Einheitsfrontbestrebungen eine barsche Absage. Um den Jahreswechsel 1932/33 zog sich Otto Eggerstedt vor den Kieler Mitgliedern auf den Standpunkt zurück, die Einheitsfront sei nicht durch *„taktische Manöver"* herzustellen, sondern durch die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Zweiter und Dritter Internationale.[183]

Am Ende der Weimarer Republik stand also die Niederlage

[180] Im Januar 1932 ergriff die örtliche KPDO-Gruppe die Initiative zu einer gemeinsamen Fraktionsversammlung der linken Opposition im Metallarbeiterverband, um zur Formierung einer einheitlichen oppositionellen Liste bei der Vertreterwahl zu gelangen. Man bildete eine Fraktionsleitung aus je einem KPDO- und SAPD-Vertreter sowie einem Parteilosen. Die KPD sollte um Unterstützung gebeten werden, was der neue Unterbezirkssekretär Christian Heuck jedoch brüsk ablehnte: „... teilen wir Ihnen mit, daß wir es ablehnen, mit Ihnen, d.h. mit ehemaligen Renegaten und Parteischädlingen irgendwelche Einheitsfrontpolitik zu machen." (GdS, Nr. 3 v. 30.1.1932.).

[181] Zit. nach Thomas Klaffke, Die Kieler Sozialdemokratie in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Organisation, Ideologie und Politik, Staatsexamensarbeit, Ms., Kiel 1983, S.165.

[182] Zit. nach Ebenda, S.166.

[183] Ebenda, S.171.

Betriebszeitung der Städt. Krankenanstalt

zweiten Mal erscheint diese Betriebszeitung
Freude aller Schaffenden und zum Aerger
er Denunzanten und Schmeichler.
mmer drückender wird die Last, sie man
werktätigen Bevölkerung Deutschlands
bürdet.
Von der Regierung aus wird neue Not ver=
dnet, im Interesse der Besitzendenklasse.
illionen von Arbeiter und Angestellten und
leinen Beamten können sich für diesen Winter nur sehr
schwer oder fast garkeine Kohlen kaufen,
illionen sind nicht in der Lage sich Kleidung
u kaufen, und immer ist noch kein Ende dieser
Katastrophe zu erblicken.
Millionen Erwerbslose werden vom Erwerbslosen
amt angegeben, aber weit mehr als 7 Millionen
sind as, denn grosse Teile erhalten keinen Pfg.
Unterstützung und werden darum in den Stati=
stiken nicht geführt.
Und dieses alles ist ein Ordnung, eine Ge=
sellschaftsordnung wo man kämpfende Arbeiter
durch die Polizei erschiessen lässt wo man alte
L e hungern lässt das soll man noch Gesell=
schaftsordnung nennen??? Nein das ist Unord=
nung, das ist das Chaos,

Wie oft hört man von den Versammlungstrü=
binen von der S.P.D. bis zu den Nazis, die
Kommunisten wollen das Chaos, die Kommunisten
können nur zerschlagen aber nicht aufbauen.
Wer wirft denn in Deutschland die Arbeiter und Angestellten auf die Stasse,
wer schliesst in Deutschlen d die Betriebe wer lässt in Deutschland millionen
von Menschen hungern und darben, die Kommunisten oder die Kapitalisten.???
Nicht die Kommunisten lassen die Menschen hungern das glauben heute nur Leute
denen es hier in Deutschland noch gut geht und das sagen nur Leute die ein In=
teresse daran haben dieses System zu halten weil sie sonst viel verlieren könn=
ten.

Schon von 1917 schreien alle Lakaien der Kapitalisten die Sowjet-Union
steht vor den Zusammenbruch, und heute feiert die russische Arbeiterschaft das
15.jährige Bestehen der Sowjet-Union.

In Russland wo die Kommunisten die Macht übernommen haben und regierung
da gibt es keine Erwerbslose da gibt es keine Ausbeuter, Da darf es niemand
gegen Betriebe zu schliesen und Arbeiter entlassen, Dort eröffnet man neue
altige Betriebe dort werden Wohnungen gebaut, für die Arbeiter und nicht so
in Deutschland wo kein Arbeiter eine Neubauwhnung bezahlen kann.
hat man Grosse gewaltige Krankenhäuser gebaut nicht nur damit die Baut
stehen sollen sondern damit die Kranken sich erholen und gesunden.
wir auch eine bessere Zukunft ein besseres Dasein haben wollen darum
notwendig für den Sozialismus zu kämpfen und die Sowjet- Union zu schü
nt 3tes Reich nicht 2te Republik sondern Kampf für ein freies sozialis
Deutschland.

der mächtigen Organisationen der Arbeiterbewegung, die zum gemeinsamen Handeln nicht finden konnten. Eben dies zu erreichen, hatte Otto Preßler als sein zentrales Anliegen erachtet, für dessen Durchsetzung er sogar den Bruch mit der KPD in Kauf zu nehmen bereit gewesen war. Preßler hatte seine politische Sozialisation durch die sozialdemokratische Jugendbewegung erfahren und sich dort im Sinne der Parteilinken Bebelscher Prägung entwickelt. Aus diesen Impulsen sozialdemokratischer Tradition heraus gehörte er während des Krieges und in den Jahren 1918/19 zu denen, die mit der derzeitigen Parteipraxis brachen und sich für die revolutionären Transformationsstrategien entschieden, gleichzeitig aber an Grundkonstanten sozialdemokratischer Politik wie Akzeptanz parlamentarischer Arbeit und integraler Gewerkschaftspolitik festhielten. Preßler stand damit den Positionen Rosa Luxemburgs nahe und profilierte sich in dieser Fluchtlinie insbesondere in der gewerkschaftlichen Basisarbeit und der Einheitsfrontpolitik. An den beiden entscheidenden Schnittstellen kommunistischer Strategieentwicklung in den Jahren 1923/24 und 1928/29 verweigerte er sich einer Preisgabe dieser Maximen zugunsten der Mehrheitsoption einer linksradikal-avantgardistischen Entwicklungsvariante. Damit entsprach Preßler nicht der Sozialisationstypologie des KPD-Funktionärskaders am Ausgang der Weimarer Periode. Er gehörte weder zu jenen akut radikalisierten Massen, die kaum über gewerkschaftliche und politische Bildung verfügten und in den letzten Jahren der legalen Arbeitsmöglichkeiten das Bild der Partei maßgeblich prägten, noch hatte er den normativen Anpassungsprozeß der „Bolschewisierung" widerstandslos durchlaufen. An der Vorbildfunktion der Sowjetunion allerdings hielt er fest, in der er wie viele seiner KPDO-Genossen in Bucharin den kritischen Exponenten einer möglicherweise mehrheitsfähigen, angemesseneren Politikvariante gesehen haben mag.

linke Seite:
KPD-Betriebszeitung für die Beschäftigten der Städtischen Krankenanstalt in Kiel, 1932. (StAK, 34172) Die KPD propagierte den Aufbau der Sowjetunion als attraktives Alternativmodell zu den verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Krise. Die scheinbar erfolgreiche Umsetzung der sozialistischen Utopie in der UdSSR übte während der Weltwirtschaftskrise große Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse aus und orientierte beachtliche Teile insbesondere ihrer deklassierten Schichten auf die KPD.

Antifaschistischer Widerstand

Die Nachrichten über Otto Preßlers Tätigkeit in der Nazizeit sind rar, wie überhaupt nur wenig über Widerstandsaktivitäten in Kiel bekannt ist.[184] Preßler hatte noch auf der letzten Bezirkskonferenz der KPDO an der Wasserkante im Dezember 1932 im Gleichklang mit Brandler diskutiert und spielte offenbar zu diesem Zeitpunkt eine führende Rolle im Bezirk.[185] Nach der „Machtergreifung" dürfte er kaum seine politischen Aktivitäten gänzlich eingestellt haben, kann aber andererseits vor allem in den ersten Jahren nur in sehr begrenztem Umfang in die breite organisierte Widerstandstätigkeit einbezogen worden sein. Für die KPD, die offenbar in größerem Umfange illegal arbeitete, waren die „Brandleristen" auf lange Zeit mit dem Makel des vermeintlichen Verrats behaftet und wurden zunächst nicht in die illegale Organisation einbezogen. Die KPDO hatte wie alle Sektionen der Arbeiterbewegung Mühe, ihre Kräfte zusammenzuhalten; die Führung, die im Gegensatz zu beiden Massenparteien kaum Illusionen über den Fortbestand des NS-Regimes hatte, konnte jedoch ihre Organisation bereits frühzeitig mit geringen Verlusten in die Illegalität überführen.

[184] Vgl. dazu bislang vor allem: Horst Peters, Proletarischer Widerstand in Schleswig-Holstein, in: Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz, S.103-120; — ders., Zuchthausstrafen für Volksschädlinge. Eine Gruppe Kieler Sozialdemokraten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Wir sind das Bauvolk, S.11-30.

[185] Das signalisiert die Tatsache, daß Preßler auf der Konferenz in Hamburg das Schlußwort hielt (GdS, Nr.26 v. 17.12.1932.).

Dennoch scheint eine zielgerichtete politische Arbeit im Norden kompliziert gewesen zu sein. Die illegale Reichsleitung mußte mühselig die Fäden zu den Ortsgruppen neu spinnen, und die Hamburger Gruppe wurde durch eine Verhaftungswelle Ende 1933 erheblich geschwächt.[186] Dennoch scheinen unter den Kieler Genossen noch relativ lange Zeit stabile Kontakte bestanden zu haben. Noch im Jahre 1936 soll jedenfalls an der Förde eine intakte KPDO-Gruppe gearbeitet haben.[187]

1935 setzten sich bei der Kommunistischen Internationale weitgehende Neubewertungen des Faschismus und damit zusammenhängende strategische Umorientierungen durch, die in vielerlei Hinsicht den originären Vorstellungen der KPDO nahekamen. Nach dem Röhmputsch vom Sommer 1934, dessen Niederschlagung die Konsolidierung des Naziregimes signalisierte, hatte sich die KPD-Führung auf die Verteidigung der Organisationen der Arbeiterbewegung und auf eine verstärkte Aktionseinheit mit der Mitgliedschaft der SPD orientiert.[188] Die parallel dazu verlaufenden internationalen Prozesse zunehmender Einheitsbestrebungen und nicht zuletzt die Notwendigkeit, die außenpolitische Isolation der Sowjetunion zu überwinden, führten zur Entwicklung der auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 beschlossenen Volksfrontkonzeption. Auf der Brüsseler Konferenz der KPD wurde die neue Programmatik noch im selben Jahr für die deutschen Verhältnisse konkretisiert, und *„die Schaffung der Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien, ihren Organisationen und Mitgliedern"* gefordert.[189] Durch ein breites Bündnis unter Einbeziehung bürgerlicher Kräfte sollte der Faschismus geschlagen werden. Die Neuorientierung der Komintern scheint nicht wenige KPDO-Mitglieder veranlaßt zu haben, sich der KPD wieder anzunähern.[190]

Otto Preßler jedenfalls wurde noch unter dem Nationalsozialismus wieder in die illegale KPD aufgenommen, zu deren Untergrundführung er während des Krieges Kontakt bekommen hatte. 1934 war er nach langjähriger Arbeitslosigkeit, die er nach der wiedereinsetzenden wirtschaftlichen Belebung bei passender Gelegenheit stets mit den Worten *„Ich bin der letzte Arbeitslose von Kiel"* kommentiert hatte[191], durch Vermittlung eines befreundeten Ingenieurs bei der Firma Hagenuk eingestellt worden.[192] Innerhalb des Betriebes, der besonders viele politisch Verfolgte beschäftigte[193], hatte er Verbindung zu anderen Antifaschisten hergestellt und mit ihnen über längere Zeit informelle Kontakte aufrechterhalten.[194] Darunter war auch Wilhelm Busch, der Bruder seines Jugendfreundes Ernst Busch: *„Sehr oft haben wir über Ernst gesprochen. Er war so froh, wenn ich ihm mal wieder sagen konnte, daß ich Ernst im Moskauer oder im Brüsseler Rundfunk gehört habe. Die Mutter zu Hause wollte doch so gerne wissen, wo sich ihr Sohn befände. Und wir waren so froh, die Stimme im Radio zu hören, so ganz heimlich und leise. Seine Lieder gaben uns in dieser finsteren Zeit Kraft un [!] Zuversicht. Waren das doch unsere eigenen Lieder, unsere Kampfgesänge. Über Radio Moskau hörten wir dann Ernst Busch vom Freiheitskampf des spanischen Vol-*

[186] Bergmann, S.240f.

[187] Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn-Bad Godesberg 1986, S.63.

[188] Zur Entwicklung der politischen Dispositionen der KPD grundlegend: Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946, Düsseldorf 1971 (= Studien zur modernen Geschichte Bd. 1).

[189] Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.-15. Oktober 1935), hrsg. u. eingel. v. Klaus Mammach, Berlin 1975, S.589.

[190] Vgl. Foitzik, S.63f.

[191] Gespräch Lisa Herrmann.

[192] Wie Anm. 1.

[193] Interview d. Verf. mit Emil Bandholz, 23.7.1986.

[194] Wie Anm. 1.

kes singen."[195] Darüberhinaus beteiligte Otto Preßler sich an nicht ganz ungefährlichen Widerstandsaktivitäten. Seine Tochter erinnert sich, wie sie aus Tarnungsgründen mitgenommen wurde zu Spaziergängen im Viehburger Gehölz, wo Preßler sich mit Kontaktleuten traf, um Flugblätter zu übergeben.[196] Den Genossen erzählte er später, er habe etwa 1941 über Verbindungen zu Gustav Bruhn, der von Hamburg aus die Widerstandsarbeit auf den Kieler Werften anleitete, am antifaschistischen Widerstand der KPD teilgenommen.[197] Auch Fiete Dettmann erinnert sich, daß Otto Preßler von der KPD wegen seiner Widerstandsarbeit „rehabilitiert" worden war und *„zu einem hervorragenden Genossen der KPD wurde"*.[198]

[195] [Geburtstagsgruß an Ernst Busch], o.D. [1975], GET, Nachlaß Preßler.
[196] Gespräch Lisa Herrmann.
[197] Gespräch Günter Wilke.
[198] BPA Rostock, V 5/52.

Nach der Befreiung: Neuordnungshoffnungen und Restauration

Sofort nach der Besetzung Kiels durch britische Truppen ergriff Otto Preßler die Initiative zur Durchführung einer Betriebsversammlung bei Hagenuk, auf der er zum Betriebratsvorsitzenden gewählt wurde.[199] In diesen Tagen wurden in allen größeren Betrieben die neugebildeten Betriebsräte aktiv. Sie organisierten die Produktion und die Gas-, Wasser- und Lebensmittelversorgung, führten erste innerbetriebliche Entnazifizierungsmaßnahmen durch, sicherten die Betriebe gegen Diebstähle[200] und regelten Wohnungsprobleme.[201] Bereits am 2. Mai hatte sich eine Reihe ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre und noch in der Illegalität gebildeter Betriebsräte getroffen, um über die künftigen Aktivitäten zu beraten und ein vorbereitendes Komitee zur Bildung freier Gewerkschaften mit Friedrich Böttcher (SPD), Heinrich Kähler (SPD), Max Hettner (SPD) und Rudolf Schlarbaum (KPD) zu konstituieren. Die Kollegen wurden beauftragt, das Gewerkschaftshaus zu übernehmen, was am 5. Mai geschah. Otto Preßlers Tochter erinnert sich: *„Das erste war der Aufbau der Gewerkschaften. Gleich nach der Befreiung kommt Otto Röppnag, ein alter Genosse, morgens zu meinem Vater, als der noch im Bett liegt, und sagt: ‚Otto, was soll'n wir denn jetzt machen?' ‚Erstmal los zum Gewerkschaftshaus.' Die Gewerkschaft organisieren — das war das Allererste.*"[202] Für den 6. Mai um 18 Uhr war eine Funktionärsversammlung einberufen worden, zu der sich 120 bis 150 Vertreter der Kieler Betriebe im Gewerkschaftshaus einfanden[203] — *„obgleich längst nicht alle bekannten früheren Gewerkschaftskollegen benachrichtigt werden konnten.*"[204] Hier wurde ein *„engerer Ausschuß zur Bildung freier Gewerkschaften"* benannt, *„der von einigen SP und KP-Genossen besetzt wurde"*.[205] Man beschloß, am folgenden Tag in allen Betrieben zur Wahl von Betriebsräten überzugehen, *„die die Führung der Arbeiterschaft zu übernehmen hätten"*.[206]

Otto Preßler konzentrierte sich zunächst vollständig auf die Betriebsarbeit und den Aufbau der Gewerkschaften. Die Herausbildung von Parteistrukturen dagegen setzte spät ein: *„Erst nach und nach fanden sich grosse Teile der Parteiorganisation zusammen und nahmen unter der Führung einer U.B.L. die politischen Arbeiten auf.*"[207] Möglicherweise hatte sich die Unterbezirksleitung in relativ lockerer Form, die nicht den Anspruch auf demokratische oder zentralistische Legitimation erheben

[199] Wie Anm. 1.
[200] So auf der Deutschen Werft (Oberbürgermeister an Militärgouverneur, 18.5.1945, StAK, 34154.).
[201] Vgl. z.B. SHVZ v. 27.4.1953; — Protokoll der Verhandlungen der Parteiarbeiterkonferenz der KPD, Bezirk Wasserkante in Hamburg am 1. und 2. 12.45, GET, KPD 1945-47. „Wir gingen gleich dazu über, ein Arbeitskommando der aktivsten Nazis aufzustellen, die unter der Leitung eines ehemaligen Konzentrationärs ihre Arbeit zu verrichten hatten, und zwar sollten sie da eingesetzt werden, wo es besonders unangenehm und notwendig war Hand anzulegen." Der Betriebsrat der Firma Hagenuk organisierte Aufräumungsarbeiten auf dem Friedhof Eichhof (O.T.[hs. Vermerk: Eichhof], Mai 1945, GET, Nachlaß Preßler.). Vgl. auch: Klaus Byner, Der Wiederaufbau der Gewerkschaften 1945-1947, in: Wir sind das Bauvolk, S.101-124; — Detlef Siegfried, Einheitsbestrebungen von Sozialdemokraten und Kommunisten in Schleswig-Holstein 1945/46, Staatsexamensarbeit, Ms., Kiel 1988, S.78ff.
[202] Gespräch Lisa Herrmann.
[203] [Bericht über die Entstehung der Gewerkschaften in Kiel] für die Militärregierung bestimmt [hs. Vermerk], 24.5.1946, StAK, Nachlaß Verdieck 39445.
[204] SHVZ v. 27.4.1953.
[205] Tätigkeitsbericht der politischen Leitung Kreis Kiel [KPD], 5.2.1946, GET, KPD 1945-47; – Wie Anm. 203.
[206] Tätigkeitsbericht der politischen Leitung, Kreis Kiel [Kiel], 5.2.1946, GET, KPD 1945-47.
[207] Ebenda.

konnte, konstituiert, und verstand in den ersten Wochen nicht den Wiederaufbau der Parteistrukturen als erstrangige Aufgabe, sondern die Unterstützung der gewerkschaftlichen Massenbewegung. Die Partei trat jedenfalls bis Anfang August nicht als eigenständig organisierte Kraft in Erscheinung. Der Sozialdemokrat Otto Engel erinnert sich, daß Preßler wie andere führende Kieler Kommunisten und die meisten Sozialdemokraten den Aufbau einer gemeinsamen Arbeiterpartei anstrebten: *„Der Genosse Schlarbaum erklärte mir, man dürfe nicht einmal an 2 Parteien denken, noch weniger davon sprechen; und auch der Genosse Pressler hat noch 3 Tage vor der entscheidenden Aussprache mit seinen Genossen an die Gründung der Arbeiterpartei geglaubt.“*[208]

Trotz des Verbots durch die Besatzungsmacht und die Besetzung des Gewerkschaftshauses am 6. Juni arbeitete der Gewerkschaftsausschuß weiter und schuf sich als organisatorische Basis den „Erweiterten Ausschuß“, der sich im Juni/Juli mindestens zehnmal traf und es als seine Aufgabe erachtete, alle Belange des demokratischen Neubeginns in Kiel entscheidend mitzubestimmen. Mitte Juni wurde Otto Preßler in den „Engeren Ausschuß“ gewählt, der jetzt eine Art geschäftsführenden Vorstand darstellte.[209] Später berief man ihn auch in den regulären Vorstand der Gewerkschaften.

Nach einer weitgehend ungetrübten und gleichberechtigten Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten und einer scheinbar einheitlichen, wenn auch offenbar kaum von beiden Parteien inhaltlich gründlicher diskutierten Haltung zur Einheitspartei kam es Anfang August zu getrennten und gemeinsamen Sitzungen der SPD- und KPD-Führungsgruppen, auf denen die Entscheidung über das weitere Vorgehen gefällt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatten beide Parteien separate, mehr oder weniger lose Zusammenhänge reorganisiert. Eine definitive Entscheidung über das weitere Vorgehen war notwendig geworden, weil spätestens mit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens eine Regelung bezüglich der Arbeit der Parteien unmittelbar bevorstehen mußte.[210]

Am Sonntag, dem 5. August, fanden getrennte Sitzungen der führenden Sozialdemokraten und Kommunisten statt, an denen die Hamburger Parteivorsitzenden Karl Meitmann (SPD) und Fiete Dettmann (KPD) teilnahmen.[211] Lisa Herrmann erinnert sich an die Auskunft Dettmanns: *„Ich weiß noch, wie mein Vater im Garten arbeitete und Dettmann auf einmal kam. Beide begrüßten sich herzlich und gingen dann ins Haus, um dort zu konferieren. Da teilte er ihm dann mit, er solle die Partei in Kiel wieder aufbauen.“*[212] Die Kommunisten sahen ihre Sitzung, die auf dem Betriebsgelände der Deutschen Werke stattfand[213], als *„Besprechung der wichtigsten Parteiarbeiten“*, auf der Dettmann ein einleitendes Referat zu den Aufgaben der Partei hielt. Nach der Diskussion, über die kein ausführliches Protokoll vorliegt, *„wurde die Leitung für die Parteiorganisation Kiel neu gebildet“*.[214] Als politischer Leiter wurde Otto Preßler eingesetzt, Schlarbaum wurde Organisationsleiter und Bruno Kossak Verantwortlicher für Agitation.[215] Damit wurden die bisherigen

Fiete Dettmann (1897–1970). Bauschlosser. 1919 USPD-Vorstand in Hamburg. 1920 VKPD. 1924-1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und der KPD-Bezirksleitung Wasserkante, 1933 Emigration nach Dänemark und in die UdSSR. 1934 illegale Rückkehr nach Deutschland, 1935 verhaftet. Nach der Entlassung aus dem Zuchthaus 1945 Bezirksleiter der KPD an der Wasserkante und Gesundheitssenator in Hamburg. 1950 als Vorsitzender des KPD-Landesverbandes Hamburg abgesetzt. 1952 Übersiedlung in die DDR. (GET)

[208] Die gescheiterten Verhandlungen zur Gründung einer einheitlichen sozialistischen Einheitspartei in Kiel, von Otto Engel, 15.1.1946, Material Bandholz.

[209] Protokoll der Sitzung der Betriebsräte, 19.6.1945, StAK, Nachlaß Verdieck 39454.

[210] Am 6. August veröffentlichte der Kieler Kurier den Aufruf Montgomerys, der auch die Bildung politischer Parteien vorsah (KK v. 6.8.1945).

[211] Die Bemühungen zur Schaffung einer Einheitsfront, 11.8.1945, GET, KPD 1945–47.

[212] Gespräch Lisa Herrmann.

[213] Gespräch mit Herbert Seemann v. 1.11.1988.

[214] Tätigkeitsbericht der politischen Leitung Kreis Kiel [KPD], 5.2.1946, GET, KPD 1945–47.

[215] Ebenda; – Wie Anm. 211.

losen Leitungsstrukturen offiziell sanktioniert und noch vor einer gemeinsamen Diskussion mit den Kieler Sozialdemokraten die Entscheidung über den künftigen Weg vorweggenommen.

Für Otto Preßler war die Funktionsübergabe von besonderer Bedeutung. Er war immerhin bis zum Parteiverbot 1933 von der KPD-Bezirks- und Unterbezirksleitung als „Rechtsabweichler" gebrandmarkt und politisch bekämpft worden. Mit der Entscheidung, ihn gleich im Sommer 1945 zum Vorsitzenden der Kieler Parteiorganisation zu berufen, setzte sich Dettmann über höchste Verfügungen hinweg. Noch im Februar 1945 hatte Walter Ulbricht erklärt: *„Wer früher wegen Zugehörigkeit zu parteifeindlichen Gruppierungen (Brandleristen, Trotzkisten, Neumanngruppe) ausgeschlossen wurde, ... kann nicht wieder in die Partei aufgenommen werden."*[216] In der Praxis jedoch konnte dieses Verdikt kaum durchgehalten werden, weil die lokalen KPD-Organisationen vor allem durch die Verfolgungen der vergangenen zwölf Jahre so weitgehend geschwächt waren, daß einfach alle bereitstehenden Kräfte genutzt werden mußten. Zudem hatte sich mit der programmatischen Wende der KPD eine Wiederannäherung ergeben und damit die allseitige Bereitschaft, wenn schon nicht eine umfassende Einheitspartei, so doch wenigstens den Neuaufbau einer einheitlichen kommunistischen Partei als hegemoniale Kraft auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung anzugehen. Otto Preßler war darüberhinaus durch seine Widerstandstätigkeit ausreichend legitimiert, erneut Führungspositionen zu besetzen. Dennoch war Dettmanns Entscheidung gewagt. Als Vorsitzender einer Parteiorganisation, die in der letzten Phase ihres legalen Wirkens politisch tief gespalten war, mußte Otto Preßler, nach wie vor vielen als ehemaliger Exponent der KPDO bekannt, damit rechnen, daß in der Folgezeit nicht zu unterschätzende innerparteiliche Probleme zu bewältigen sein würden. Gern habe er den Posten nicht übernommen, sollte er später eingestehen. Eigentlich habe er lieber Gewerkschaftsarbeit gemacht und er sei *„gegen seinen Willen zur Parteiarbeit gedrängt"* worden.[217] Vielleicht fühlte er sich unsicher in dieser Funktion und mit den vorauszusehenden Problemen. Möglicherweise war ihm auch nicht wohl dabei, mit dieser Entscheidung eine Position zur Einheitspartei durchsetzen zu müssen, die er einige Tage zuvor noch nicht geteilt hatte. Wie dem auch sei, trotz aller möglichen Bedenken überwog allenthalben die Euphorie, jetzt endlich scheinbar weitgehend unbelastet von den Fehlern der Vergangenheit den Aufbau einer starken und möglichst einheitlichen Arbeiterbewegung angehen zu können.

Die Sozialdemokraten hatten sich mehrheitlich für den sofortigen Aufbau einer einheitlichen sozialistischen Partei ausgesprochen und zeigten sich zutiefst enttäuscht von dem Entschluß der KPD-Führung, auch in Kiel die Partei separat aufzubauen. Dettmann hatte die Kieler Kommunisten vom Konzept der Parteizentrale überzeugen können, das einen vorläufigen getrennten Parteienaufbau vorsah, der, untermauert durch gemeinsame Aktivitäten und ideologische Grundsatzdebatte, nach einiger Zeit in die Vereinigung münden

[216] Zit. nach: Horst Laschitzka, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969, S.229ff. Der Terminus „Neumanngruppe" meint eine Gruppierung innerhalb der KPD-Führung von 1931/32 um den Chefredakteur der „Roten Fahne" und Politbüro-Mitglied Heinz Neumann, der avantgardistische und scharf links akzentuierte antikapitalistische Strategien verfocht und als Urheber der Parole „Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft" von sich reden machte. Ihm und seiner angeblichen „Fraktion" lastete die Parteiführung später ein Großteil der „ultralinken" „Entgleisungen" in der Endphase der Weimarer Republik an, für die freilich ohne Zweifel die gesamte Parteiführung unter Thälmann Verantwortung trug (Zur Biografie Neumanns vgl. z.B. Biographisches Lexikon, S.345f.).

[217] Protokoll der Sitzung der engeren Ortsverwaltung, 27.1.1947, Archiv des DGB Kreises Kiel/Plön (DGB), IGM-Protokolle Kiel 1946-50.

sollte.[218] In der Tat konnte kaum ernsthaft erwartet werden, daß in beiden Parteien innerhalb kurzer Frist die bisherigen gravierenden politischen und weltanschaulichen Differenzen beigelegt werden würden. Die in weiten Teilen der Arbeiterbewegung virulenten Einheitsbestrebungen erwiesen sich in erster Linie als emotional begründet; ernsthafte theoretische Reflexionen über die Durchsetzbarkeit konnten unter den gegebenen Bedingungen nur in Ausnahmefällen betrieben werden. Die kommunistische Parteiführung hatte sich noch im Moskauer Exil mit dem Problem befaßt und das schließlich auch in Kiel durchgesetzte Modell für angemessen erachtet. So erklärte Dettmann den verblüfften Sozialdemokraten: *„Es sieht so aus, als ob die KP die Schuld an dem Nichtzustandekommen der Einheitspartei ist [!]. Wenn dem so ist, dann wollen wir die ganze Verantwortung dafür auf uns nehmen, weil wir wissen, das [!] der Tag kommt, an dem die Arbeiterschaft erkennt, daß dieser Weg der einzig Richtige [!] war"* und forderte sie auf, im Interesse einer künftigen Einheitspartei zunächst eine möglichst starke SPD aufzubauen.[219] Ob diese Argumentation nun einleuchtete oder nicht — im Ergebnis der Verhandlungen waren die einheitswilligen Sozialdemokraten zutiefst enttäuscht von der Haltung der KPD und konzentrierten sich vollständig auf den Aufbau der eigenen Partei. Auf einer letzten gemeinsamen Sitzung am 8. August hatte Otto Preßler noch um Verständnis für die kommunistische Position geworben: *„Die Auseinandersetzung in der KPD ist wesentlich schwerer wie hier, denn Ihr müsst bedenken, daß es manchem Kommunisten nicht ganz leicht fällt, die Schwenkung von der Diktatur des Proletariats zur Demokratie so ohne Weiteres mitzumachen"*. Das überzeugte jedoch die Sozialdemokraten nicht. Otto Engels Fazit deutete die weitere Entwicklung bereits an: *„Darum keine Rücksichten der KP gegenüber, sondern jetzt ran an die Arbeit, und die eigene Organisation aufgebaut"*. Trotz allem kam es zu der Vereinbarung, so bald wie möglich die Vereinigung zu vollziehen. Als Stichtag wurde der 31. Januar 1946 in Aussicht genommen. Bis dahin sollte ein gemeinsamer Aktionsausschuß die Arbeit der Parteien koordinieren. Man kam überein, keine getrennten, sondern von Beginn an eine einheitliche Jugendorganisation aufzubauen. Auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung bleibt zu konstatieren, daß die meisten Beteiligten weiterhin an der Zielperspektive der schnellstmöglich zu schaffenden Einheitspartei festhielten.[220] Der Aktionsausschuß, bestehend aus je drei Vertretern von SPD und KPD, entwickelte zunächst ein Aktionsprogramm, in dem die kommunistische Strategie festgeschrieben wurde: *„Im Laufe der sich vollziehenden Veränderungen und im Gefolge grosser sozialer Umwälzungen, die der 5 1/2jährige Krieg fordert, wird die deutsche Arbeiterschaft zur politischen und organisatorischen Einheit gelangen. Die Verwirklichung dieser Einheit ist ein organischer Prozeß, in dessen Mittelpunkt die Aktionseinheit steht. Soll die organisatorische Einheit von Bestand und Dauerhaftigkeit sein, muß sie im Kampf geboren werden. Dieses erkennend und von dem ehrlichen Willen beseelt, in kürzester Frist die* Einheitspartei *Wirk-*

[218] Vgl. zu Kiel: Siegfried, S.82ff; — Hans-Ulrich Schilf, Der Aufbau der Kieler SPD, in: Wir sind das Bauvolk, S.43ff. Grundlegend: Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985; — Werner Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse". Die Bemühungen der KPD und der SPD um die Bildung einer „Sozialistischen Einheitspartei" in den Westzonen Deutschlands 1945-1948, Bonn 1979.

[219] Wie Anm. 211.

[220] Ebenda.

lichkeit werden zu lassen, beschließen die Vertreter der bisherigen Kieler Organisationen der K.P.D. und S.P.D. folgendes Aktionsprogramm".[221] Mit den darin vorgesehenen Maßnahmen legten beide Parteien, lange bevor andere politische Kräfte organisiert aktiv wurden, ein praktikables Sofortprogramm für die Bewältigung der akuten Notlage der Bevölkerung vor. Mit einem am 1. September von Karl Ratz, Ludwig Staal und Otto Engel für die SPD sowie Otto Preßler, Rudolf Schlarbaum und Alfred Oertel für die KPD unterzeichneten Aktionsabkommen wurde die seit Anfang August praktizierte Zusammenarbeit mit der Perspektive der Schaffung einer Einheitspartei noch einmal bestätigt.[222]

In der Zwischenzeit hatten jedoch die Kräfte innerhalb der Kieler SPD-Parteiorganisation Einfluß gewonnen, die für den separaten Aufbau einer hegemonialen SPD optierten — ein Prozeß, der durch die Einflußnahme Dr. Kurt Schumachers von Hannover aus seit Ende August beschleunigt worden war. Nach einer letzten Sitzung des Aktionsausschusses am 23. Oktober jedenfalls gab es keinerlei offizielle Kontakte mehr zwischen beiden Parteien. Erst im Januar kam es zu einer erneuten Debatte um das Problem der Einheitspartei, die nun aber von der scharfen Auseinandersetzung geprägt war, die mit der Berliner *„Sechziger-Konferenz"* beider Parteiführungen und der Hannoveraner Erklärung der SPD-Leiter in der britischen Zone um den Jahreswechsel ausgelöst worden war. Preßler kritisierte als KPD-Vorsitzender und mittlerweile Ratsherr an der Förde in einer Rede am 13. Januar vor 2.000 Kielern die Einheitspolitik der SPD und gab damit den Anlaß für eine unverhältnismäßig scharfe Kampagne des SPD-Bezirksvorstands gegen jegliche Einheitsbestrebungen in Schleswig-Holstein.[223]

Die KPD mußte nach den massiven Reaktionen der SPD davon ausgehen, daß bei der Parteiführung, aber auch bei einem großen Teil des Funktionärskörpers keine Bereitschaft mehr vorhanden war, an dem im September vereinbarten Weg festzuhalten. Für sie mußte das Einheitsbekenntnis der sozialdemokratischen Protagonisten in dieser Kampagne unglaubwürdig sein, solange die Praxis der SPD den Graben zu ihnen eher vertiefte. Alle Äußerungen der führenden Sozialdemokraten verwiesen jedoch auf die nach wie vor stabile Stimmung der Arbeiterschaft für die Schaffung der Einheitspartei. So mußten die Kommunisten bei einem weiteren Festhalten an der Zielsetzung der Augustverhandlungen die Perspektive in der Entwicklung einer breiten Basisbewegung sehen, die dann das Meinungsbild in der SPD verändern sollte. In Kiel schienen die Voraussetzungen dafür mit der ausgesprochen guten betrieblichen Verankerung der Kommunisten nicht schlecht zu sein. Dabei mußte allerdings immer damit gerechnet werden, daß in Zukunft alle organisierten Bestrebungen, Massenvoten für eine Einheitspartei zu schaffen, als kommunistisch initiiert gewertet werden würden. Umso bemerkenswerter erscheint das Ergebnis, das die KPD bei den am 20. Januar, also auf dem Höhepunkt der Eskalation, stattgefundenen Wahlen zum Metallarbeiter-

[221] Aktionsprogramm, o.D. [Mitte August 1945], GET, KPD 1945-47.

[222] Sozialdemokraten und Kommunisten Kiels!, 1.9.1945, GET, KPD 1945-47.

[223] HQ Mil Gov SCHLESWIG-HOLSTEIN Region, Monthly Report No.4, Appendix A, Januar 1946, Public Record Office, London (PRO), FO 1005/1688.

Sozialdemokraten und Kommunisten Kiels!

Mit der Aufhebung des Verbotes der Neubildung von Parteien sind die

Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei

als politische Parteien zugelassen. Beide befinden sich jetzt im Besitz der formellen Genehmigung ihrer Neugründung. Der Übergang von der Illegalität in den gesetzmäßigen Zustand stellt uns vor die Aufgabe, die Organisationen auf breiter Grundlage wieder aufzubauen.

Wir rufen daher unsere Funktionäre und Anhänger auf, mit dieser Arbeit unverzüglich zu beginnen. Nähere Anweisungen hierfür erfolgen durch die provisorischen Organisationsleitungen, die den Antinazi-Kampf bereits während des Hitler-Terrors durchzuführen begonnen haben.

Es kommt darauf an, die beiden großen Arbeiterparteien in kürzester Frist beschluß- und aktionsfähig zu machen. Mit dieser Arbeit treten die beiden Parteien in einen friedlichen Wettbewerb, von dem es abhängt, daß ein großes erstes Ziel schnellstens erreicht wird.

Die beiden provisorischen Leitungen sind sich darin einig, daß als erste und dringlichste Aufgabe erreicht werden muß, der Zusammenschluß beider Richtungen in einer einzigen

Sozialistischen Partei!

Beide Leitungen, zusammengefaßt in einem sechsköpfigen Aktions-Ausschuß, sind fest entschlossen und legen sich nachdrücklichst darauf fest, in ihren Organisationen für den baldigsten Zusammenschluß mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und ihrem ganzen Einfluß einzutreten. Der Zusammenschluß selber soll erfolgen durch freie Abstimmung der beschlußfähigen Mitgliedschaften.

Er erhält seine Massenbasis in der innerparteilichen Demokratie. Seine letzte Reife soll dieser Beschluß finden in der gemeinsamen Aktion für die Lösung der Tagesaufgaben, die uns für die nächste Zeit gestellt sind.

Wir stimmen darin überein, daß wir mit dieser Einigung Vollstrecker des eindeutigen ~~XXXXXX~~ Massenwillens des klassenbewußten Proletariats sind und damit auch organisatorisch und formell einen Zustand verwirklichen, der im persönlichen Verhältnis unserer Anhänger zueinander und in ihrer gemeinsamen Zielsetzung bereits Tatsache geworden ist.

Beide Parteien verpflichten sich :

1. Bis zum vollzogenen Zusammenschluß keinerlei feindliche und gehässige Handlungen gegeneinander zu begehen und zu dulden. Beide Parteien werden vielmehr in kameradschaftlichem Geiste und auf der Grundlage gegenseitiger persönlicher Achtung alle Kraft einträchtig auf die gemeinsame Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben verwenden und den Gegnern der Arbeiterklasse eine geschlossene Phalanx des Füreinander-Eintretens entgegenstellen.
2. Das innerorganisatorische Leben ihrer Partei so zu gestalten, als wenn die Vereinigung bereits vollzogen wäre. Insbesondere soll nach einer ersten kurzen Aufbauzeit, die Zusammenführung ihrer Mitglieder gefördert und jede Agitation gegeneinander schon jetzt unterlassen werden.
3. In der Werbung Sicherungen und Vorkehrungen zu treffen, die es Nazi-Elementen und Reaktionären, sowie noch näher zu vereinbarenden Kreisen unmöglich machen, in einer der beiden Parteien Tarnun und Unterschlupf zu finden.

4. Im Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit, die Möglichkeit einer gesetzmäßigen Existenz nicht zu gefährden und alles zu unterlassen, was sie in einen krisenhaften Konflikt zu den Besatzungs-Behörden bringen könnte.

Beide Parteien werden gemeinsam auf der Grundlage ~~des bereits~~ eines Aktionsprogrammes, dessen Gültigkeit zeitlich gegrenzt und nur für das Kieler Gebiet gedacht ist, eine Reihe vordringlicher Aufgaben auf folgenden Gebieten durchführen:

I. Maßnahmen gegen Hunger, Kälte und Seuchen.
II. Maßnahmen gegen das Wohnungselend.
III. Maßnahmen in der Wirtschaft und in der Sozialpolitik.
IV. Antinazi-Aktionen.
V. Maßnahmen auf dem Gebiete des kulturellen Lebens.

Auf der Grundlage gemeinsamen Handelns der sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen soll die

eine Sozialistische Partei

entstehen.

Die blutige Lehre der zwölfjährigen Hitler-Diktatur im Innern, des Hitler-Krieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig:

Einigkeit, Einheit und nie wieder Bruderkampf!

Die Vertreter
der Sozialdemokratischen Partei:

Ludwig Staal

Die Vertreter
der Kommunistischen Partei:

Kiel, den 1. September 1945.

vorangegangene Seiten:
Aktionsabkommen von SPD und KPD in Kiel vom 1. September 1945 mit den Unterschriften von Karl Ratz, Ludwig Staal und Otto Engel für die Sozialdemokraten sowie Otto Preßler, Rudolf Schlarbaum und Alfred Oertel für die Kommunisten.

verband erzielten. Dort konnte sie 9 von 10 Vorstandsposten besetzen.[224] Nach Aussagen Andreas Gayks erfolgte die Wahl mit 51 zu 49 Stimmen, wobei 20 Vertreter gefehlt haben sollen. Gayk war sich darüber nicht ganz sicher. Dennoch schätzte er ein: *„Man kann wohl Gift darauf nehmen, dass die meisten von ihnen der SPD angehören"*.[225] Dieser Vorgang muß verwundern, wenn man bedenkt, daß auf einer Betriebsfunktionärskonferenz der Partei drei Tage zuvor eine rigide Absage an die Politik der Kommunisten erfolgt war, die darin gipfelte, daß fortan in den Betrieben gegen die KPD gekämpft werden müsse. Das Ergebnis der Metallarbeiterkonferenz zeigt, daß diese Position entweder kaum geteilt wurde oder daß ein erheblicher Teil der SPD-Funktionäre tatsächlich ganz einfach fehlte. Das erscheint jedoch angesichts der brisanten Situation und der Bedeutung dieser Konferenz eher unwahrscheinlich. Die Kommunisten stellten etwa 60-70% aller Betriebsräte in der Kieler Metallindustrie.[226] Bei einer Delegiertenversammlung des Metallarbeiterverbandes dürfte sich dies niedergeschlagen haben. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, daß angesichts der bisher im wesentlichen paritätisch besetzten Gewerkschaftsfunktionen der Prozentsatz sozialdemokratischer Delegierten höher gelegen haben wird. Nach Ansicht der KPD lag das Problem nicht darin, daß nur wenig Sozialdemokraten anwesend gewesen seien. Sie berichteten nach Hamburg: *„Die SP hatte bei der Aufstellung der Kandidaten nur ihre Leute benannt und 1 Genossen. Darüber waren die Arbeiter so empört, dass sie SP-Leute nicht im Vorstand haben wollten und nur Kommunisten wählten"*.[227] Möglicherweise hatte der Aufruf Gayks von der SPD-Betriebsrätekonferenz tatsächlich zu unangemessenen Forderungen der sozialdemokratischen Funktionäre bei der Vorstandsbesetzung geführt. Wie dem auch sei, die KPD konnte mit dem Ergebnis einen in dieser Situation bedeutsamen Vertrauensbeweis verbuchen. So kommentierte auch der von Gayk informierte Schumacher diesen Vorgang bitter: *„Eure Nachricht vom Metallarbeiterverband in Kiel giftet mich sehr."*[228]

Die KPD-Führung jedoch zeigte sich wider Erwarten bestürzt über das Ergebnis. Noch vor dem für sie positiven Aspekt sah sie das Verhältnis zur SPD weiter destabilisiert. Man hatte zuvor — wohl noch vor den scharfen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten — gemeinsam für den Verbandsvorstand ein angestrebtes Kräfteverhältnis von sechs zu vier für die KPD verabredet. Die nun geschaffene Situation drohte die Meinung der SPD-Führung zu bestätigen, die Kommunisten wollten die Sozialdemokraten „überrennen". Otto Preßler, der bemüht war, das Verhältnis zu entspannen und die bisher geübte nahezu paritätische Postenvergabe auch seitens der Kommunisten zu gewährleisten, war betroffen: *„Der Sieg der KPD bei der Vorstandswahl im Metallarbeiterverband ist eine verfahrene Kiste!"*[229] So organisierte die KPD mehrere Delegiertenversammlungen, um das Verhältnis zu korrigieren, das schließlich auf sieben zu vier festgelegt wurde.[230] Dabei hatte die Parteiführung erhebliche Durchsetzungsprobleme: *„Da die*

[224] IML, ZPA, I 10/18/1.
[225] „Man sollte sie bei den Beinen aufhängen, und daneben alle diejenigen, die die Arbeit in den Betrieben vernachlässigt haben." (Gayk an Schumacher, 21.1.1946, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg [AdsD], J 2.).
[226] IML, ZPA, I 10/18/1. An Einzelergebnissen liegen vor: Germania-Werft 70%, Deutsche Werke 40%, Anschütz 75%, Howaldt-Werke 50%, Deutsche Werke Friedrichsort 75%, Poppe A.G. 50%, Land-und Seeleichtbau 100%, Walther-Werke 60%, Hagenuk 40%, Elac 20% (IML, ZPA, I 10/16/20.).
[227] IML, ZPA, I 10/16/20.
[228] Büro der Westzonen, Dr. Schumacher, an Gayk, 25.1.1946, AdsD, J 2.
[229] Einige Punkte zur Kritik der KPD, 26.10.1946, GET, Nachlaß Preßler.
[230] IML, ZPA, I 10/18/1

KOMMUNISTISCHE PARTEI
KREIS KIEL

Große öffentliche

Versammlung

Sonnabend, 11. Mai 1946, 15 Uhr, Elac

Einheit in der Ostzone

Stadtrat BERNHARD KARGE gibt den Bericht vom Einheits-Parteitag in Berlin

Eintritt RM 0,50, Vorverkauf Parteibüro Wilhelminenstraße 28, Schülperbaum 2 und Prinz-Heinrich-Straße 92

Bernhard Karge hatte als Delegierter der Kieler KPD am Vereinigungsparteitag von SPD und KPD der damaligen Sowjetischen Besatzungszone in Berlin teilgenommen. Die Debatte um die sozialistische Einheitspartei stand im ersten Jahr nach der Befreiung vom Faschismus im Mittelpunkt der politischen Diskussionen in der Arbeiterbewegung.

sozialdemokratische Leitung die in Besprechungen festgelegten Beschlüsse sehr oft nicht durchgeführt hatte, sondern besonders in den Verwaltungsstellen trotz allem ihre eigene Politik betrieb und die KP benachteiligte, wollten die Delegierten des Metallarbeiterverbandes absolut nicht von ihrem Standpunkt abrücken.“ Ende Februar wurde mit einer neuerlichen Korrektur auf fünf zu fünf die völlige Parität hergestellt.[231] Noch im Oktober 1946 wurde das Vorgehen der KPD-Führung und insbesondere die Haltung Preßlers von linken innerparteilichen Opponenten als *„unverantwortliche Sabotage von KPD-Erfolgen in der Betriebsarbeit und der zentralen Zusammenfassung der Betriebsräte“* verurteilt.[232]

Ende Januar 1946 hatte Colonel Needham als Vertreter der britischen Besatzungsmacht die Einrichtung eines neuen Landtags für die Provinz Schleswig-Holstein angekündigt. Der zu bestimmende „Provincial Advisory Council“ sollte zunächst nur beratende Funktion haben, gesetzgebende Vollmachten wurden jedoch für die baldige Zukunft in Aussicht gestellt.[233] Unter den 61 als Mitglieder des Provinzialbeirats vorgeschlagenen Persönlichkeiten waren auch sechs Kommunisten: Hans Ambs aus Eckernförde, Hugo Bischof aus Elmshorn, Julius

[231] Kreisleitung Kiel an Bezirksleitung Hamburg, Kaderabteilung, 7.3.1946, GET, Nachlaß Preßler.

[232] Wie Anm. 229.

[233] Kurt Jürgensen, Die Entstehung des heutigen Schleswig-Holsteinischen Landtages 1945-1947, in: Landtage in Schleswig-Holstein gestern — heute — morgen, hrsg. v. Rudolf Titzck zum 40. Jahrestag der ersten demokratischen Wahlen am 20.April 1947, Husum 1987, S.67f.

Jürgensen aus Flensburg, Emil Matthews aus Bad Schwartau-Rensefeld, Agnes Nielsen aus Kiel und Otto Preßler.[234] Der Kieler wurde als KPD-Vertreter in die ständigen Ausschüsse für „Innere Verwaltung" und „Verfassung und Geschäftsordnung" gewählt.[235] In der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs für die Provinz am 6. Mai begründete Preßler in einer Grundsatzrede für die kommunistische Fraktion deren Zustimmung: *„Es kommt darauf an, aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der verflossenen Jahrzehnte die richtigen Lehren zu ziehen. Wir sagen, das bedeutet aber, daß die wirklichen Ursachen solcher Katastrophenpolitik, die Vorherrschung der Monopolkapitalisten und die politische und wirtschaftliche Machtstellung des Großgrundbesitzes beseitigt werden müssen... Der Krieg mit seinen unheilvollen Folgen hat für unsere Provinz ganz besondere Härten gebracht. Diese ganz besonderen Härten erfordern ebenso ganz besondere Maßnahmen. Für die Durchführung dieser Maßnahmen soll meiner Meinung nach diese Verfassung ein geeigneter Boden sein als das Grundgesetz unserer Provinz. Gewiß, wir sind als berufene Körperschaft unserer Provinz nicht ganz frei in unseren Handlungen und haben Richtlinien und Bestimmungen der britischen Militärregierung Rechnung zu tragen. Ich möchte aber hierbei darauf hinweisen, daß eine starke Heranziehung der demokratischen Kräfte, eine schnelle Vervollständigung unserer Selbstverwaltung und ein starkes Vertrauen der antifaschistischen Kräfte auch eine Erschwerung unseres politischen Lebens verhüten könnte."*[236] In der Folgezeit entwickelte sich Preßler neben Jule Jürgensen zum Wortführer der KPD im Landtag und wurde schließlich zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er engagierte sich wie Andreas Gayk für die SPD besonders in der Junidebatte um die geplanten Sprengungen in Kiel und Eckernförde. Hier sollten im Rahmen der Entmilitarisierung Deutschlands bedeutsame Produktionsanlagen vernichtet werden — ein Vorhaben, das insbesondere in der Arbeiterschaft, die ihre Existenzgrundlage gefährdet sah, auf erbitterten Widerstand stieß. Preßler machte die legitimen Ansprüche seiner Klientel geltend: *„Die Kieler Werftarbeiterschaft in ihrem gesunden Kern hat in diesen Jahrzehnten Charakterfestigkeit im Kampfe gegen den Nationalsozialismus bewiesen, und sie hat ein Recht darauf, von den alliierten Militärregierungen zu verlangen, daß sie als Arbeiterschaft, als der beste Hort der demokratischen Entwicklung in Deutschland die Möglichkeit eines neuen friedlichen Wirtschaftsaufbaues in Deutschland und also auch in Kiel erhält."*[237] Für ein „Planungskomitee" *„betreffend Kieler und Eckernförder Industriefragen"*, dem der Befehlshaber der Provinz, Brigadegeneral Henderson, auch deutsche Vertreter zugestanden hatte, benannte der Landtag als Delegierte Andreas Gayk, den Landtagspräsidenten Dr. Husfeldt, den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Carl Schröter und Otto Preßler.[238]

Daß Preßler sich derart engagierte, fiel nicht nur den eigenen Genossen positiv auf. Emil Bandholz, damals führender Kieler Sozialdemokrat, hielt engeren Kontakt zu ihm. Für ihn war

[234] Eröffnungssitzung des ersten ernannten Schleswig-Holsteinischen Landtages, 26.2.1946, S.32f.

[235] Wortprotokoll der 3. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 11.4.1946, S.23f.

[236] Wortprotokoll der 4. Sitzung des ersten ernannten Schleswig-Holsteinischen Landtages, 6./7.5.1946, S.33.

[237] Wortprotokoll der 5. Sitzung des ersten ernannten Schleswig-Holsteinischen Landtages, 12.6.1946, S.57.

[238] Landtagspräsident an das Hauptquartier der Militärregierung in Schleswig-Holstein, 14.6.1946, GET, Nachlaß Preßler.

Der Oberpräsident
der Provinz Schleswig-Holstein
Schleswig-Holsteinischer
Provinziallandtag
- Sekretariat -

Kiel, den 1. April 1946

Ausweis

Herr/~~Frau~~ Einrichter (Beruf) Otto Preßler (Vor- und Zuname)

geb. am 29.12.95 in

wohnhaft in Kiel-Elmschenhagen (Straße) Schlehenkamp 12

ist Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages.

Alle Behörden und Dienststellen werden gebeten, ihm bei Ausübung dieser Tätigkeit Schutz und Hilfe zu gewähren.

Dieser Ausweis verliert mit Ablauf des 30. Juni 1946 seine Gültigkeit.

Vorstehender Ausweis ist bis zum 15. August 1946 verlängert.

Kiel, den 21. Juli 1946.

Im Auftrage:
Wormit
Regierungsrat und Sekretär
des Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages

Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein

Preßlers Ausweis als Landtagsabgeordneter.

Preßler ein *„hervorragender Mann"*, mit dem man reden konnte und bei dem sich die Mühe lohnen würde, ihn vielleicht doch noch einmal für die SPD zu gewinnen. In seinen Augen war Preßler sogar *„im Grunde genommen nachher im Landtag ... der einzige, der wirklich Demokrat war."*[239] Viele SPD-Funktionäre kannten Otto Preßler noch als Mitglied der Arbeiterjugend, in der er mit so manchem von ihnen die ersten politischen Schritte in der gemeinsamen Jugendarbeit getan hatte.[240] Erst nach der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung trennten sich ihre Wege. Dennoch verbanden die gemeinsamen Wurzeln noch auf Jahrzehnte, zumal Otto Preßler sich nie durch eine scharfe Abgrenzung gegen die Sozialdemokratie profilierte, sondern sogar einen Bruch mit der Partei in Kauf nahm, als ihm die zentrale Linie eine in dieser Hinsicht verhängnisvolle Entwicklung zu nehmen schien.

Aber auch die Besatzungsmacht war auf den Kieler Kommunisten aufmerksam geworden. Im Juli 1946 notierte der britische Geheimdienst in einer Analyse der politischen und personellen Struktur der KPD in der Provinz den maßgeblichen Einfluß Preßlers: *„Unter den einzelnen Persönlichkeiten sticht Preßler aus Kiel hervor, der die Rolle wenn nicht sogar das offizielle Amt des Führers in der Provinz ausfüllt; ein Kommunist alter Schule, fähig, intelligent und ein guter Redner. Er läßt im Landtag seinen Einfluß mächtig spüren"*.[241] Gleichzeitig registrierten die Briten sensibel jegliche Meinungsverschiedenheit

[239] Interview Bandholz.

[240] Vgl. auch Interview d. Verf. mit Albert Witte, 22.7.1986; — Karl Rickers, Erlebte Weimarer Republik. Erinnerungen eines Kielers aus den Jahren zwischen 1918 und 1933, in: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein, S.353.

[241] „Among the individual personalities Pressler of Kiel, who fills the role if not the office of provincial leader, is outstanding; a communist of the old school, able, intelligent, and a good speaker he makes his influence powerfully felt in the Landtag" (PRESENT POLITICAL TRENDS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN, o.D. [Juli 1946], PRO, FO 1006/107B.).

unter den Parteifunktionären und machten bei Otto Preßler Unzufriedenheit über die Entwicklung im Osten aus: *„Letzte Berichte haben angedeutet, daß die russische Politik bei ihm einige Befürchtungen auslöst und er über die gegenwärtige Bevormundung verärgert ist."*[242]

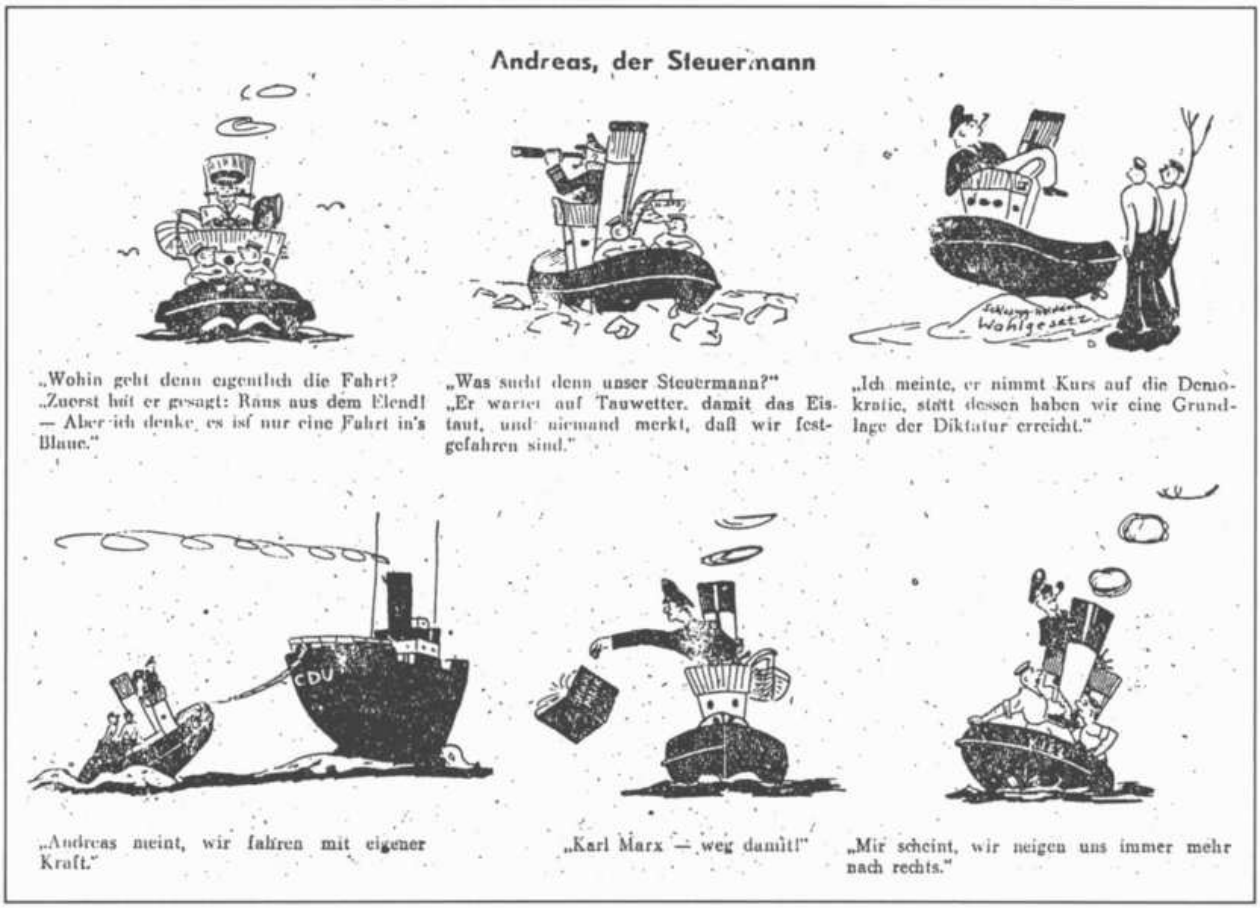
Ungeachtet etwaiger diesbezüglicher Differenzen, die freilich vor dem politischen Hintergrund Preßlers nicht unbedingt als abwegig erscheinen, erkannte auch die Parteiführung an der Wasserkante seine Fähigkeiten und holte ihn zum 1. Juli 1946 nach Hamburg, um dort im Bezirksbüro als 1. Sekretär die Landesleitung Schleswig-Holstein zu übernehmen.[243] In dieser Funktion hatte er in der Folgezeit alle Hände voll zu tun, um die bevorstehenden Gemeinde-und Kreistagswahlen am 15. September und 13. Oktober vorzubereiten. Die Ergebnisse der er-

Zu den Landtagswahlen im April 1947 hatte der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU ein Wahlgesetz beschlossen, das nur denjenigen Parteien Sitze zugestand, die mindestens ein Direktmandat erringen würden. Die KPD, deren Auszug aus dem Landesparlament damit vorprogrammiert war, protestierte energisch und konstituierte nach der Wahl eine „außerparlamentarische Landtagsfraktion".

sten demokratischen Wahlen seit 1932 entsprachen kaum den hohen Erwartungen, die die Kommunisten in sie gesetzt hatten. Mit dem Kreistagswahlergebnis von 5,1% war man nicht annähernd die „stärkste Partei", als die sich die KPD im Bezirk Wasserkante noch im Vorjahr gesehen hatte. Inzwischen war das internationale Klima erheblich frostiger geworden, und die britische Militärregierung bevorzugte nach der Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone mehr oder weniger offen CDU und SPD, um den befürchteten starken Zulauf für die KPD zu verhindern, die als verlängerter Arm Moskaus gesehen wurde. Im agrarisch geprägten Schleswig-Holstein hatte die Partei ohnedies massive Legitimationsprobleme, zumal die Provinz von Flüchtlingen überflutet wurde, die der kommunistischen Politik wenig abgewinnen konnten. Aber selbst in den Stadtparlamenten der industriellen Zentren Kiel und Lübeck war die KPD nur noch mit je einem Abgeordneten vertreten. In dem auf der Grundlage der Stimmenzahlen bei den Kreistagswahlen neugebildeten Landtag saßen denn auch nur noch drei Kommunisten, die fortan auch auf ihren Kabinettsposten verzichten mußten, den bis dahin Matthews im Gesundheitsressort wahrgenommen hatte. Preßler und Ambs hatten im Verein mit der SPD gerade noch durchsetzen können, daß die Neuzuteilung nicht, wie bereits von den Briten mit der CDU und Ministerpräsident Steltzer vereinbart, nach den Kreistagsmandaten bemessen wurde, sondern auf der Grundla-

[242] „Recent reports have suggested that Russian policy is causing him some misgivings and that he resents present tutelage" (Ebenda.).

[243] Am. 20. Juli wurde die Landesleitung für Schleswig-Holstein in folgender Zusammensetzung gebildet: 1. Vorsitzender: Otto Preßler, 2. Vorsitzender: Berhard Karge, Kiel, weitere Mitglieder: Hans Ambs, Julius Jürgensen, Hugo Bischof, Willy Hannemann (Flensburg), Hein Meyn (Lübeck) (Landesleitung der Kommunistischen Partei für Schleswig-Holstein an die Militärregierung der Provinz Schleswig-Holstein, 27.7.1946, PRO, FO 1006/195.). Erst im Juni 1947 zog die Landesleitung Schleswig-Holstein von Hamburg nach Kiel in den Krusenrotter Weg — dann schon unter dem Vorsitz von Gertrud Rast-Gräser (NE, Nr. 49 v. 21.6.1947.), die auf der Landesdelegiertenkonferenz vom 26.10.1947 durch die Mitgliedschaft bestätigt wurde (NE, Nr. 86 v. 29.10.1947.).



In einem Comic-Strip zur Landtagswahl 1947 attackierte die KPD den Kieler Oberbürgermeister und SPD-Bezirks- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Gayk, dessen Schiff nach Ansicht der Kommunisten auf Grund laufe, weil er, statt sich nach links zu orientieren, in Sachen „Wahlgesetz" mit der CDU paktiere.

ge der Stimmenanteile.[244] Damit konnten immerhin noch die drei kommunistischen Sitze von Preßler, Bischof und Jürgensen abgesichert werden, was anderenfalls kaum möglich gewesen wäre. Bei der ersten Wahl zum schleswig-holsteinischen Land tag am 20. April 1947 verfehlte die KPD mit 4,7% die erforderliche Stimmenzahl und war damit nicht mehr im Landesparlament vertreten. Ursache dafür war vor allem ein im Januar mit den Stimmen von SPD und CDU verabschiedetes Wahlgesetz, das die kleinen Parteien stark benachteiligte. Wer kein Direktmandat errang, konnte nicht in den Landtag einziehen. Damit waren nur noch SPD und CDU sowie der in Südschleswig starke SSV vertreten.[245]

Bevollmächtigter der IG Metall

Wahrscheinlich schon Ende 1946 war Otto Preßler als 1. Vorsitzender der KPD-Landesleitung durch Gertrud Rast-Gräser abgelöst worden.[246] Er blieb zwar Mitglied des Führungsgremiums, arbeitete aber wieder in Kiel und konnte sich endlich wieder in der Gewerkschaftsarbeit engagieren. Am 19. Januar tagte in der Pädagogischen Hochschule die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. Otto Preßler brachte eine Resolution ein, in der die Anwesenden dann einstimmig den nach wie vor schleppenden Demokratisierungsprozeß kritisierten und freie gewerkschaftliche Betätigung forderten: *„Die Vertreter der Metallarbeiter fordern, daß bei der Neuordnung der Wirtschaft und des sozialen Lebens die Gewerkschaften und Betriebsräte die Träger dieser Neuordnung sind. Die Demokra-*

[244] Interview — Regional Commissioner and Herren Pressler and Ambs of the KPD, 5.11.1946, PRO, FO 1006/97; — Schleswig-Holsteinischer Landtag und Regierungsbildung, o.D., GET, Nachlaß Preßler.

[245] Vgl. Jürgensen, S.86.

[246] Das NE kündigte Preßler Ende Januar in einem Veranstaltungshinweis als „Mitglied der Landesleitung der KPD" an — ein höchst unüblicher Vorgang, wenn Preßler zu diesem Zeitpunkt noch 1. Vorsitzender gewesen sein sollte (NE, Nr. 6 v. 22.1.1947.).

tisierung Deutschlands erfordert die Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften, nur so können die Saboteure der Wirtschaft ausgeschaltet werden. Von der Militärregierung erwarten die Metallarbeiter Kiels, daß sie die Bahn frei gibt für die ungehinderte Entfaltung der gewerkschaftlichen Tätigkeit." Bei den anschließenden Wahlen kandidierte Preßler und wurde zum Ersten Bevollmächtigten gewählt. Zweiter Bevollmächtigter wurde Emil Willumeit.[247] Dieser Vorgang sorgte innerhalb der Metallarbeitergewerkschaft und hier vor allem bei den sozialdemokratischen Kollegen für einige Aufregung. Auf der Sitzung der engeren Ortsverwaltung am 27. Januar vermutete Hans Stolte, Preßler sei nur von seinen Parteiämtern zurückgetreten, um im Auftrag der KPD innerhalb der Gewerkschaftsleitung *„Parteiarbeit zu leisten"*. Preßler wies das entschieden zurück und erklärte, er habe auf das Drängen von Gewerkschaftskollegen hin kandidiert und stünde vollständig für die Verbandsarbeit zur Verfügung. Die Mutmaßung Stoltes und Books, die KPD habe vor der Generalversammlung *„Fraktionsarbeit geleistet ... und sich nicht an die Beschlüsse der alten Ortsverwaltung gehalten"* ließen die kommunistischen Kollegen Präkelt und Walde nicht gelten. Sie *„wollten ihr einwandfreies Verhalten festgestellt wissen"*. Nach *„teilweise erregte*[r]*"* Debatte einigte man sich schließlich darauf, Preßler und Willumeit gleichberechtigt als Bevollmächtigte der Gewerkschaft einzusetzen und zu besolden.[248] Diese Regelung wurde am 30. April von der erneut zusammengetretenen Generalversammlung gebilligt und auch in den folgenden Jahren beibehalten.[249] Das Scharmützel war nun für Otto Preßler freilich kein guter Wiedereinstieg in die Gewerkschaftsarbeit, zumal die Kandidatur tatsächlich kaum zufällig und spontan zustandegekommen sein dürfte. Nichtsdestoweniger verfügte die KPD nach wie vor über starken Einfluß in der Kieler Metallindustrie und die Wahl Preßlers hat bei seiner starken Profilierung gegen die Sprengungen sicherlich nicht brachial durchgesetzt werden müssen. Unklar bleibt, ob er sich aus eigener Entscheidung aus der Parteipolitik zurückzog oder das — aus welchem Grund auch immer — auf Initiative der Parteiführung geschah.

Wie dem auch sei, Otto Preßler scheint sich in seinem neuen Wirkungskreis bald wohl gefühlt zu haben und entwickelte rege Aktivitäten. Der Metallarbeiterverband hatte sich auch weiterhin vor allem mit den Absichten der Briten auseinanderzusetzen, große Teile der Produktionsanlagen der Kieler Großbetriebe zu zerstören oder zu demontieren. Anfang September 1947 wurde der Demontagebefehl für die Holmag gegeben, was die Belegschaft mit einem Proteststreik und der Weigerung beantwortete, sich an der Demontage zu beteiligen.[250] Die Militärregierung besetzte daraufhin kurzerhand nächtens das Werk und ließ die morgens vor den Toren wartenden Arbeiter buchstäblich im Regen stehen. Otto Preßler war als Bevollmächtigter der Gewerkschaft an den Auseinandersetzung mit den Briten beteiligt[251] und warb auch in anderen Betrieben für Unterstützung. Vor den Kollegen von Anschütz wies er darauf hin, daß *„die Holmag gerade in dem Augenblick demontiert wurde, als sie*

[247] NE, Nr. 6 v. 22.1.1947.

[248] Protokoll der Sitzung der engeren Ortsverwaltung, 27.1.1947, DGB, IGM-Protokolle 1946-1950.

[249] NE, Nr. 26 v. 1.4.1947.

[250] Helmut Grieser, Reichsbesitz, Entmilitarisierung und Friedensbesitz in Kiel nach dem Zweiten Weltkrieg (= Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Hrsg. v. Jürgen Jensen, Bd. 11), Kiel 1979, S.93ff.

[251] Protokoll der Sitzung der engeren Ortsverwaltung, 12.9.1947, DGB, IGM-Protokolle 1946-1950.

Im Mittelpunkt der 1.Mai-Demonstration des Kieler DGB im Jahre 1947 stand die Forderung nach „ausreichender Ernährung für alle". Der vorangegangene Winter hatte die große Not der Bevölkerung offenbart, und die Demontagepläne der Briten ließen die Hoffnungen auf Beschäftigung zunehmend aussichtslos erscheinen. (DGB)

mit ihrer Friedensproduktion auf den Weltmarkt treten wollte. Wir sehen, daß ausländische kapitalistische Mächte uns zu einem Kolonialvolk im Stile von 1885 machen wollen. Wir sollen Rohstoffe exportieren und Fertigwaren einführen. Dagegen wehren wir uns, und das Verhalten der Holmagbelegschaft findet unsere vollste Unterstützung."[252] Im Oktober 1947 führten die zahlreichen Proteste nahezu aller öffentlichen Körperschaften dazu, daß die Demontage der Holmag zunächst ausgesetzt wurde. Die Auseinandersetzungen um das Problem waren damit jedoch keinesfalls beendet, sondern beschäftigten die Gewerkschaften noch auf Jahre hinaus. Dabei arbeitete Otto Preßler weiter engagiert im Interesse der Kieler Metallarbeiter. Schwerwiegende politische Differenzen innerhalb der Ortsverwaltung scheint es dabei bis 1951 nicht gegeben zu haben.

KPD im Kalten Krieg: Marginalisierung und Selbstisolation

Im Laufe des Jahres 1947 hatten sich die internationalen Konflikte unübersehbar zum Kalten Krieg ausgeweitet und der Konsens der Siegermächte war endgültig zerbrochen. Damit nahm auch der äußere Druck auf die KPD zu. Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Restauration konnten ehemalige Nazis wieder in Amt und Würden gelangen und bald entfaltete sich mit einem ersten Höhepunkt während der Berlin-Blockade 1948/49 ein innenpolitisches Klima, in dem Linke schlechthin geächtet wurden und dabei insbesondere die Kommunistische Partei. Gleichzeitig vollzogen sich im sozialistischen Lager Normierungsprozesse, die schwerwiegende Konsequenzen für die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern hatten. Das galt vor allem für die KPD, die bis Anfang 1949 politisch wie organisatorisch in einer „Arbeitsgemeinschaft" mit

[252] NE, Nr. 75 v. 20.September 1947.

Mittels klassischer Profile der politischen Karikatur transportierte die KPD ihre Botschaft von der notwendigen Aufhebung der Klassenschranken. Der glatzköpfige, dickwanstige Werftbesitzer erwies sich ebenso als Profiteur von der Armut der Proletarier und Kriegsversehrten wie der gleichfalls beleibte Großgrundbesitzer, der Breeches und Schaftstiefel keineswegs abgelegt hatte und schon wieder mit raffgierigem Blick wie Knotenstock auf die Armen zielte.

Gegen diese Klassenspaltung kämpft die KPD

der SED verbunden war und auch danach die „volle Übereinstimmung" mit der Politik der östlichen Schwesterpartei stets betonte. Die Haltung Jugoslawiens im Konflikt mit Stalin und dem „Kommunistischen Informationsbüro" wurde unter den Bedingungen des Kalten Krieges als politischer „Frontenwechsel" (Georg Fülberth) angesehen. Das führte in den sozialistischen Ländern wie innerhalb der KPD zu einer neuerlichen Säuberungswelle, die sich auf die Massenverfolgungen und Prozesse Ende der dreißiger Jahre in der Sowjetunion berief[253] und gegen vermeintliche oder tatsächliche Sympathisanten nationalspezifischer sozialistischer Entwicklungsvarianten richtete.

In diesem Zusammenhang wurden auch in Kiel Ausschlüsse vorgenommen, die, in frappierender inhaltlicher wie formaler Nähe zu den Ereignissen der Weimarer Periode, wiederum große Teile der lokalen Führungsgruppe betrafen. Im September 1949 veröffentlichte das „Norddeutsche Echo" unter der

[253] Vgl. dazu neuerdings: Hermann Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt/M. 1989, S.43ff u. 139f..

Überschrift *„Besteht die Gefahr des Titoismus in der KPD?“* einen Artikel des stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Müller, in dem diese unheilsschwangere Frage mit bedauerndem Gestus bejaht wurde. Einige Verlautbarungen aus der Partei, den enttäuschenden Ausgang der eben absolvierten ersten Bundestagswahl betreffend, vermittelten den Eindruck, so Müller, als ob sie *„von Titoleuten geschrieben sind. So verschiedenartig sie auch formuliert sind, so kommen sie doch alle im Wesen zu einer Schlußfolgerung: zur titoistischen, daß die KPD in Westdeutschland einen eigenen von der KPdSU, von der SED und den übrigen kommunistischen Parteien unabhängigen Weg gehen müsse.“*[254] Wenige Tage darauf machte auch der schleswig-holsteinische Parteivorsitzende Albin Stobwasser auf einer Parteiarbeiterkonferenz in Lübeck

[254] NE, Nr. 111 v. 22.9.1949.

1,50 bz. Nr. 1

Mitgliedsk

Abgelöst durch neues Mitgliedsbuch KPD Oktober 1948

Kommunistische i Deutschla

Bezirk: Kiel

Kommunist. Partei 0,50 RM

Vorname: Otto

Familienname: p r e s s l e r

geb.: 29.12.95 in Kiel-Gaarden

Ort, Kreis, Provinz

Beruf: Schlosser

Betrieb: Hagenuk Kiel

jetzige Wohnung: Kiel-Elmschenhagen

~~Weitzenstr.~~ 12

Schlehen-Kamp

Kommunistische Partei

Bezirksleitung Kiel

Stempel, Unterschrift

KPD-Mitgliedsbuch Otto Preßlers mit der Nummer 1, 1947/48.

[255] NE, Nr. 116 v. 4.10.1949.
[256] NE, Nr. 136 v. 19.11.1949.
[257] Ebenda. Vgl. dazu auch den Aufsatz von Brammer/Schröder in diesem Band.
[258] NE, Nr. 142 v. 3.12.1949. Zu den tatsächlichen Formierungsbestrebungen Brandlers und der linken Splitter vgl. bisher: Siegfried Heimann, Zum Scheitern linker Sammlungsbewegungen zwischen SPD und KPD/SED nach 1945: Die Beispiele USPD und UAPD, in: Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker, hrsg. v. Rolf Ebbinghausen u. Friedrich Tiemann, Opladen 1984, S. 301-322; — Klaus Peter Wittemann, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik. Darstellung ihrer grundlegenden politischen Auffassungen und ihrer Entwicklung zwischen 1945 und 1952, Hannover 1977.

ernste Schwächen in der Mitgliedschaft aus: *„Ein Teil unserer Mitglieder ist sich über den Weg, der gegangen werden muß, nicht klar. Deshalb weichen sie vor den Schwierigkeiten, die vor uns stehen, zurück. Ja, sie machen sich sogar die Argumente der Gegner in der Frage der Oder-Neiße-Linie, der Kriegsgefangenen und der Sowjetunion zueigen. Sie untersuchen die Verhältnisse nicht vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus, sondern vom bürgerlichen, und liegen deshalb schief."*[255] Auch der Parteivorstand der KPD kritisierte die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und attestierte den Genossen im Norden *"Sorglosigkeit in Fragen der Ideologie"*. Das Sekretariat des Landesvorstandes nahm das zum Anlaß, *„seine Arbeit einer ernsthaften Überprüfung zu unterziehen"* und zog einschneidende Konsequenzen.[256] Seit der Lübecker Parteiarbeiterkonferenz hätten, so stellte man fest, *„negative Diskussionen"* ihren Fortgang genommen und *„den parteifeindlichen Elementen eine Plattform für ihre parteifeindliche und parteizersetzende Arbeit"* gegeben. In Heide, Wesselburen und in Mölln, insbesondere aber in der Redaktion des Parteiblattes und im Kreis Kiel stellte man ernstzunehmende Abweichungen fest. Im Bemühen, die Auseinandersetzung nunmehr *„mit der notwendigen Schärfe zu führen"*, wurden der stellvertretende Chefredakteur des „Norddeutschen Echos" aus der Partei ausgeschlossen und drei Redakteure abberufen. Ein weiterer Redakteur, der sich der dann veröffentlichten Selbstkritik der Restredaktion nicht anschließen konnte, nahm freiwillig seinen Hut.[257]

Fritz Latzke bei der Lektüre des „Norddeutschen Echos" während der Auseinandersetzungen um „trotzkistisch-brandleristische Agenten der Imperialisten" in Kiel 1949/50.

Damit war die Angelegenheit jedoch noch keineswegs bereinigt. Anfang Dezember spitzte sich die Lage dramatisch zu. Am 3. Dezember füllte ein Artikel von Harry Schmitt *„Die Arbeitsmethoden der Parteifeinde"* eine ganze Seite des NE. Als Drahzieher der *"trotzkistisch-titoistischen Agenten"* wurde Heinrich Brandler ausgemacht, der im Mai 1949 aus dem britischen Exil nach Hamburg zurückgekehrt war. In seinem Auftrag, so erklärte der Autor, arbeiteten *„die Parteifeinde innerhalb der Partei. Sie tarnen sich, sind doppelzüngig, kommen in den seltensten Fällen offen hervor und lassen lieber ihre Werkzeuge mehr oder weniger offen auftreten. Die Tarnung, die Doppelzüngigkeit und die Konspiration sind kein Zufall, sie gehören zu den notwendigsten Methoden dieser Elemente, durch diese allein kennzeichnen sie sich bereits als Agenten."*[258] Damit war nun freilich die Jagd auf alles und jeden eröffnet. Denn wer konnte schon beweisen, daß seine Unschuldsbeteuerungen nicht doch nur eine besonders infame „Doppelzüngigkeit" annoncierten. Vor allem im Gedächtnis Otto Preßlers müssen bei der Lektüre dieser Zeilen alle Alarmglocken geschrillt haben. Die Töne waren bekannt und der innerparteiliche Feind war auch derselbe geblieben. Was hätte näher gelegen, als in ihm, dem ehemals abtrünnigen „Brandlerianer" einen der gesuchten Parteifeinde zu entdecken?[259] Aber diesmal traf es nicht ihn — zufällig vielleicht.

Es traf den Kieler Parteivorsitzenden und ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Fritz Latzke, seinen vormaligen Stell-

vertreter Herbert Seemann und die langjährigen Parteifunktionäre Heinrich Strunk, Gustav Wiesner, Dietrich Schlichting, Gerhard Sydow und Wilhelm Baasch. Sie wurden aus der Partei ausgeschlossen, nachdem das Landessekretariat folgendes als erwiesen ansah: *„Das Mitglied der trotzkistischen Reichsleitung* Bergmann *aus Hamburg und* Brandler *selbst haben in persönlichen Besprechungen in Kiel und Hamburg die Arbeit dieser Parteifeinde geleitet. Der eine Teil, unter Führung von Gustav Wiesner und Strunk trat immer offener auf und forderte oftmals den Widerspruch der Mitglieder heraus. Ein anderer Teil, geführt von dem Polleiter Latzke, dem Vorsitzenden der ehemaligen Kontrollkommission, Baasch, der frühere Org.-Leiter Seemann, verteidigten die ersteren, verbreiteten ihre Argumente in den Gruppen und — wo das nicht ging — stellten sie sie als treue, zwar konfuse, aber ungefährliche Parteimitglieder hin. Dadurch schläferten sie die Wachsamkeit der Parteimitgliedschaft ein und verzögerten ihre Entlarvung.“*[260] Die Maßgabe, das Sympathisantenumfeld zu erforschen, führte zu weiteren Parteiausschlüssen und -austritten.

Die „Latzke-Affäre“ ist in jeder Hinsicht komplex und kann im gegebenen Rahmen nur grob angerissen, keineswegs aber gründlich analysiert werden.[261] Sie ist jedoch in diesem Zusammenhang zunächst einmal von der Argumentationsstruktur her von Bedeutung, weil hier für Otto Preßler ganz augenfällige persönliche Parallelen sichtbar werden mußten und ihm damit eine Entscheidung abverlangt wurde, mit der er sich ein weiteres Mal für oder gegen die offizielle Parteilinie zu stellen hatte, obwohl er dieses Mal in die Vorgänge in keiner Weise verstrickt war. Der Zusammenhang wurde umso offensichtlicher, als die Parteiführung geltend machte, daß Latzke *„bereits seit 1930 brandlerisch-trotzkistische Verbindungen aufrechterhält. Er wurde deshalb 1931 aus der KPD ausgeschlossen.“*[262]

Preßler entschied sich für die Parteidisziplin. Noch am Vorabend einer „Generalmitgliederversammlung“ der Partei im Kreis Kiel am 14. Januar 1950, auf der es zum Eklat wie zu handfesten Tätlichkeiten kommen sollte[263], hatte er sich einer Loyalitätserklärung ehemaliger Kieler Parteifunktionäre angeschlossen, in der es u.a. heit: *„Wir stehen geschlossen hinter den Beschlüssen der Partei ... Wir werden unsere Organisation von allen Parteifeinden säubern ...“* Das “Norddeutsche Echo“ veröffentlichte die Stellungnahme mit den Namen aller Befürworter.[264]

Damit hatte Preßler eindeutig Position bezogen, was für die schleswig-holsteinische Parteiführung angesichts seiner Funktion und der hohen Autorität, die er auch in Parteikreisen genoß, von nicht geringer Bedeutung gewesen sein dürfte. Seine ehemaligen KPDO-Genossen quittierten die Stellungnahme Preßlers mit Verbitterung. Sie attestierten ihm wie anderen Dissidenten der Weimarer Zeit, eine *“schäbige Rolle“* zu spielen. Die sei *„doppelt ekelhaft, weil diese als ehemalige Mitglieder der KPO oder Oppositionelle — wenn sie nicht alles ‚vergessen‘ haben, diese Rolle gegen ihr eigenes besseres Wissen spielen.“*[265]

[259] Am Heiligabend des Jahres konnte Preßler in den „Kieler Nachrichten“ (KN) Auszüge aus einem Manifest des SED-Politbüros lesen, in denen ein „kompromißloser Kampf“ angekündigt wurde gegen die umfassenden Bemühungen, den Kommunismus zu „unterminieren“. Das Aktiv der Diversion bestünde aus „Kreaturen des amerikanischen Imperialismus, Tito-Agenten, Vertretern des Ostbüros Schumachers und ehemaligen KPO-Leuten (kommunistiche Parteiopposition) sowie anderen Feinden der Arbeiterklasse“ (KN, Nr.199 v. 24.12.1949.).

[260] NE, Nr. 145 v. 10./11.12.1949. Vgl. dazu auch: KN, Nr. 188 v. 12.12.1949.

[261] Die breitangelegte Berichterstattung des „Norddeutschen Echo“ gibt zwar einige Grundlinien der Auseinandersetzungen wieder, vernebelt jedoch in der Sache mehr als sie verdeutlicht. So bleiben insbesondere die tatsächlichen Beweggründe für die Differenzen im Dunkeln. Zur „Gruppe Arbeiterpolitik“, die sich als Nachfolgeorganisation der KPDO gebildet hatte und der in Hamburg Brandler und Bergmann vorstanden, existierten offenbar bis zum Höhepunkt der Kieler Auseinandersetzungen keinerlei Kontakte (Arbeiterpolitik. Beilage für Hamburg, Anfang Januar 1950 u. Anfang Februar 1950.) Auch über eventuelle politische Affinitäten der Kieler Protagonisten zum jugoslawischen Autonomie-Modell ist nichts bekannt. Ebenso lät sich Preßlers inhaltliche Position zu diesen Problembereichen bislang kaum näher bestimmen. Zwar finden sich in seinem Nachlaß zwei Broschüren jugoslawischer Provenienz (Josip Broz Tito, Die Fabriken in Jugoslawien werden von Arbeitern verwaltet, Belgrad 1950; — Milovan Djilas, Auf neuen Wegen des Sozialismus. Rede vor Belgrader Studenten am 18. März 1950, Belgrad 1950.). Allein daraus lassen sich jedoch kaum Rückschlüsse auf politische Implikationen Preßlers in diesem Zusammenhang ziehen. Überdies erfolgte eine Rezeption der originären Positionen erst geraume Zeit nach Beginn der Anti-Titoismus-Kampagne und der „Latzke-Affäre“. Die innerparteiliche Säuberung hatte jedenfalls für die KPD-Kreisorganisation Kiel dramatische Auswirkungen. Etwa die Hälfte der bisherigen ca. 2.000 Menschen zählenden Mitgliedschaft verließ die Partei oder wurde nach Kontrollmanahmen nicht mehr in die nach ihrer Auflösung neugebildeten Kreisorganisation aufgenommen. Die Betriebsratswahlen des Jahres 1950 endeten mit einem Fiasko: In den Howaldt-Betriebsrat wurde statt bislang vier KPD-Vertre-

tern in diesem Jahr kein Einziger gewählt. Ebenso war auf der Germaniawerft, auf der die KPD bislang stets die Mehrheit gestellt hatte, kein Kommunist mehr vertreten. Drastische Verluste erlitt die Partei auch in den anderen Betrieben der Stadt (DER SPIEGEL, Nr.3 v. 19.1.1950; — SHVZ, Nr. 116 v. 20.5.1950.).

[262] NE, Nr. 7 v. 17.1.1950.

[263] Zu dieser aufsehenerregenden Versammlung, an der ca. 1.000 Kieler Kommunisten teilnahmen vgl.: NE, Nr. 7 v. 17.1.1950; — KN, Nr.13 v. 16.1.1950; — SHVZ, Nr.14 v. 17.1.1950; — DER SPIEGEL, Nr.3 v. 19.1.1950.

[264] NE, Nr. 7 v. 17.1.1950.

[265] Arbeiterpolitik. Beilage für Hamburg, Anfang Januar 1950.

[266] NE, Nr. 16 v. 7.2.1950.

Inwieweit Preßler von den Anschuldigungen der Parteiführung überzeugt war, läßt sich kaum mit Sicherheit sagen. Zweifellos können ihm die Parallelen zu den Vorgängen von 1928/29 nicht verborgen geblieben sein. Daß er dennoch der Parteiführung seine Loyalität erklärte, wird nicht zuletzt als Maßnahme zur eigenen Sicherheit zu interpretieren sein, die gerade für ihn solange gefährdet schien, wie er nicht eindeutig Stellung bezog. Die ehemalige KPDO-Mitgliedschaft und -Führungstätigkeit Preßlers konnte angesichts der Diskussionskultur innerhalb der KPD nur hinter vorgehaltener Hand thematisiert werden. Auch er selbst hielt es nicht für opportun, an diesem Abschnitt seiner Vergangenheit zu rühren. In den beiden vorliegenden selbstverfaßten politischen Lebensläufen von 1947 und 1953 jedenfalls findet sich kein Hinweis auf Preßlers oppositionelle Arbeit vor 1933. Zwischen der Reichstagskandidatur 1928 und dem Neubeginn 1945 klafft eine weite Lücke. Das kann allerdings kaum verwundern. Unter den Bedingungen einer repressiven innerparteilichen Praxis mußte Preßlers „Brandlerismus" als bedenklicher „faux pas" eines ansonsten verdienstvollen Genossen angesehen und tabuisiert werden. Die so inaugurierte „dunkle Vergangenheit" konnte eines Tages doch wieder thematisiert und gegen ihn verwandt werden. Noch in den Siebziger Jahren wies Preßler, wenn die Rede auf seine KPDO-Zeit kam, den Interviewer an: *„Mach mal das Tonbandgerät aus!"*

Das Eis, auf dem Preßler sich bewegte, war dünn. Noch war die Gefahr nicht gebannt, der Verfolgungswelle letztlich doch noch zum Opfer zu fallen. Am 7. Februar brachte das NE einen Brief des Parteivorsitzenden Max Reimann an eine Kieler Genossin, in dem noch einmal eine grundlegende Einschätzung der Geschehnisse aus der Sicht der Parteiführung vorgenommen wurde. Darin stand für jedermann zu lesen: *„... daß die Vertreter der imperialistischen Spionageapparate vor allem daran interessiert sind, frühere Kommunisten für ihre Arbeit zu gewinnen, da diese ihnen die besten Dienste leisten können. Dabei interessieren sie sich, wie dies in den Prozessen* [in Ungarn und Bulgarien, D.S.] *und aus anderen Tatsachen deutlich wird, vor allem für solche Mitglieder unserer Partei, in deren Vergangenheit es dunkle Punkte gibt, z.B. in ihrem Verhalten bei der Verhaftung und vor Gericht oder für Mitglieder, die Verbindungen zu parteifeindlichen Gruppen hatten."*[266] Damit wurden Parteimitglieder auf Lebenszeit zu unsicheren Kantonisten erklärt, die in bestimmten Fragen abweichende Meinungen artikuliert hatten und deshalb in einer beliebigen Phase der Parteientwicklung ausgegrenzt worden waren. Das Verdikt differenzierte ebensowenig nach der historischen Gültigkeit der jeweiligen Positionen wie es die verschiedensten politischen Schwankungen, die die Parteilinie inzwischen vollzogen hatte, berücksichtigte. Damit schwebte ein einmal Gebrandmarkter in der ständigen Gefahr, bei beliebiger Gelegenheit erneut geschaßt zu werden.

Auf ihrem „Münchener Parteitag", der tatsächlich in Weimar stattfand, traf die KPD im März 1951 in der „These 37" ihrer Parteitagsentschließung *„Die gegenwärtige Lage und die Auf-*

gaben der KPD" Aussagen zur Gewerkschaftspolitik, die folgenschwere Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Verankerung der Partei haben sollten. Bereits 1947 hatte es massive Versuche gegeben, der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit die Basis zu entziehen und im September 1948 hatte der DGB-Vorstand der britischen Zone ein *„zersetzende*[s] *Treiben der KPD in den Gewerkschaften"* ausgemacht.[267] Insbesondere um die Zustimmung der Gewerkschaften zum Marshallplan, zum Petersberger Abkommen und zur Montanunion hatte es harte Auseinandersetzungen gegeben, in deren Folge die Gewerkschaftsführungen immer mehr auf Ausgrenzung radikaler Positionen setzten. In dieser Situation und angesichts der indifferenten Haltung der Gewerkschaftsführung zur Wiederbewaffnung formulierte die KPD in der „These 37": *„Im Auftrage und im Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten versuchen die rechten Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsorganisation in den Dienst der Kriegsvorbereitung zu stellen... Sie beseitigen im Interesse des monopolistischen Staates die innergewerkschaftliche Demokratie und veräußern die demokratischen Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Sie nehmen an der Schaffung reaktionärer Betriebsordnungen teil und beteiligen sich an den Verhandlungen über die Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts. Sie tun dies, damit die in- und ausländischen Monopolisten den dritten Weltkrieg vorbereiten können."*[268] Das ging nun selbst unter Berücksichtigung der massiven Ausgrenzungspolitik der Gewerkschaftsführung weit über das zumutbare Maß hinaus und lieferte den Anlaß für eine letzte breitangelegte Ausschlußkampagne innerhalb der Gewerkschaften, die die KPD ihre letzten Bastionen kostete.

Bald nach dem Parteitag legte der Vorstand der IG Metall allen bekannten KPD-Funktionären einen „Revers" vor, in dem sie ihre Distanzierung von der These 37 erklären sollten. Die sei gewerkschaftsfeindlich und jedermann, der weiterhin als Funktionär für die IG Metall arbeiten wolle, habe sich davon loszusagen. Im Gegenzug verpflichtete die KPD-Parteiführung ihre Mitglieder, den Revers keinesfalls zu unterschreiben, anderenfalls man den Parteiausschluß zu gewärtigen habe. Damit stand Otto Preßler mit vielen seiner Gewerkschaftskollegen ein weiteres Mal vor der Entscheidung, den erneuten „ultralinken" Schwenk der Parteilinie mitzumachen oder nicht. Ein Teil der kommunistischen Mitglieder nahm den Ausschluß aus der KPD inkauf, andere warfen ihr Mitgliedsbuch von sich aus hin, weil sie die Gewerkschaftspolitik der Partei für verfehlt hielten. Der größte Teil aber — und mit ihm Otto Preßler — übte Parteidisziplin und weigerte sich, den Revers zu unterschreiben.[269] Noch im Herbst 1951 wurde er daraufhin seiner Funktion enthoben und im Jahr darauf aus der IG Metall ausgeschlossen.[270] Das alles muß für Preßler nicht einfach gewesen sein, zumal die Praxis der Partei fatal an die RGO-Politik erinnerte, die er vor 1933 massiv bekämpft hatte. Wie im Vorjahr aber demonstrierte er Parteiverbundenheit und nahm dafür nicht nur materielle Nachteile in Kauf. In den folgenden Wochen wandte Preßler

[267] Zit. nach Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mit e. Vorw. v. W. Abendroth, 8. Aufl., Frankfurt/M., Köln 1981, S.122.

[268] Der vollständige Text findet sich in: Ernst-August Jüres/Herbert Kuehl, Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg. Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955, Hamburg 1981, S.223f.

[269] Wie Anm. 1; — NE, Nr. 5 vom 7.1.1952.

[270] Ebenda. Ähnlich verfuhr man mit einer Reihe weiterer kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre, so z.B. mit den Howaldt-Vertrauensleuten Hein Wadle, Willy Hein und Gerhard Eisfeldt. Hein und Eisfeldt hatten im Januar 1946 zu den Gründern des Kieler Metallarbeiterverbandes gehört (NE, Nr. 20 v. 24.1.1952.). Zur überregionalen Entwicklung vgl. den knappen Überblick bei Rainer Kalbitz, Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, hrsg. v. Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch u. Eberhard Schmidt, Berlin 1978, S.159-165.

sich wieder der Parteiarbeit zu, engagierte sich gegen das geplante KPD-Verbot und sprach auf einer Reihe von KPD-Veranstaltungen zu diesem Thema.[271]

Wenige Wochen später kam es jedoch auch innerhalb der Partei zu ernsthaften Auseinandersetzungen um Otto Preßler. Er hatte am 14. Februar 1952 einen Artikel für das NE verfaßt, in dem er als ehemaliger Gewerkschaftssekretär *„Einige Hinweise zur Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen"* gab.[272] Seit zwei Jahren galt ein neues Betriebsrätegesetz, das die vordem gültigen Verordnungen der Militärregierung ersetzt hatte und eine Reihe neuer Verfahrensrichtlinien vorsah, die in Vorbereitung der diesjährigen Wahlen bekanntzumachen waren. Preßler erläuterte die formalen Bestimmungen und kritisierte, daß das neue Gesetz gegenüber der alten Regelung *„ein gewaltiger Rückschritt"* sei: *„Nach dem Kontrollratsgesetz 22 (Betriebsrätegesetz) konnte die Belegschaftsversammlung selbst darüber entscheiden, welche Wahlordnung zur Betriebsratswahl maßgeblich sein sollte. Jetzt gilt der undemokratische Passus, daß jeder Wählende soviel Kandidaten auf dem Stimmzettel ankreuzen muß, wie Betriebsräte zu wählen sind. Sind mehr oder weniger angekreuzt, dann ist der Stimmzettel ungültig. Das führt dazu, daß selbst bei der Belegschaft unbeliebte Kandidaten angekreuzt werden müssen."*

Wenige Tage darauf unterzog das Sekretariat der Landesleitung Schleswig-Holstein den harmlosen Preßler-Artikel in einer umfangreichen Erklärung einer unverhältnismäßig scharfen Kritik: *„1. Dieser Artikel ist keine Hilfe für die Betriebsarbeiter und Angestellten, weil die formalen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes im Vordergrund stehen. Er lenkt die Kollegen in den Betrieben von der Frage: ‚Wie kommen wir zu einer Liste der Aktionseinheit in unserem Betrieb' ab. Der Artikel geht nicht von dem in Westdeutschland sich entwickelnden Kampf der Arbeiter aus, sondern erwähnt diesen nur beiläufig und propagiert die zum Teil rückschrittlichen Punkte dieses Betriebsrätegesetzes. 2. Der Artikel hält diese Gesetzesparagraphen für etwas unabänderliches und darin kommt offen der Opportunismus zum Ausdruck."*[273] Abschließend erklärte das Landessekretariat, *„daß es selbst die Frage der Aktionseinheit unterschätzte, daß es sonst nicht möglich gewesen wäre, einen derartigen Artikel in der Zeitung zu veröffentlichen... Das Landessekretariat selbst führt nicht genügend den Kampf gegen den Opportunismus und schenkt der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen noch zu wenig Aufmerksamkeit."*[274] Die Landesspitze gelobte Besserung und kündigte an, den *„Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum"* in Zukunft „schonungslos zu führen". Damit schloß sich der Kreis, und Otto Preßler saß wie 1929 als Wortführer des Opportunismus auf der Anklagebank.

In der Folgezeit gab die Landesleitung der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen oberste Priorität und wies in einer diesbezüglichen „Direktive" die Führungskader der Partei an, in allen einzuberufenden Sitzungen der Kreissekretariate und Betriebsgruppen über die Stellungnahme des Landessekretariats zum

[271] NE, Nr. 5 v. 7.1.1952 u. Nr. 11 v. 14.1.1952.
[272] NE, Nr. 38 v. 14.2.1952.
[273] NE, Nr. 46 v. 23./24.2.1952. Im Original ist diese Passage durch Fettdruck hervorgehoben.
[274] Ebenda.

Preßler-Artikel zu diskutieren.[275] Über den weiteren Fortgang der Angelegenheit ist nichts bekannt. Nach den Erinnerungen seiner Tochter verzichtete die Parteiführung auf die Verhängung von Parteistrafen.[276] Dennoch muß das Verhalten Preßlers im Laufe des Jahres noch eine Rolle innerhalb der Partei und des Organisationsumfeldes gespielt haben. In seinem Nachlaß jedenfalls findet sich ein Brief der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Ortsgruppe Elmschenhagen" vom 15. Oktober 1952, in dem ihm mitgeteilt wurde: *„Durch Beschluß des erweiterten Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sind Sie mit Wirkung vom 12. Oktober 1952 wegen Ihrer zersetzenden Tätigkeit ... ausgeschlossen worden."*[277] Wie die näheren Umstände auch immer gewesen sein mögen, mit diesen Debatten war Otto Preßler erneut und diesmal ohne eigenes Zutun in den Dunstkreis opportunistischer Abweichung geraten. In der Folgezeit zog er sich weitgehend aus der Parteiarbeit zurück und widmete sich, sicher nach Absprache mit der schleswig-holsteinischen Parteileitung, einem neuen Tätigkeitsfeld. Dort muß Preßler sich in den Augen der Parteiführung „bewährt" haben: Das Norddeutsche Echo veröffentlichte am 29. Dezember 1955 einen Gruß des — mittlerweile personell umbesetzten — Sekretariats der Landesleitung zum 60. Geburtstag, in dem seine Verdienste gewürdigt und *„Deinem Wirken weitere Erfolge"* gewünscht wurden.[278]

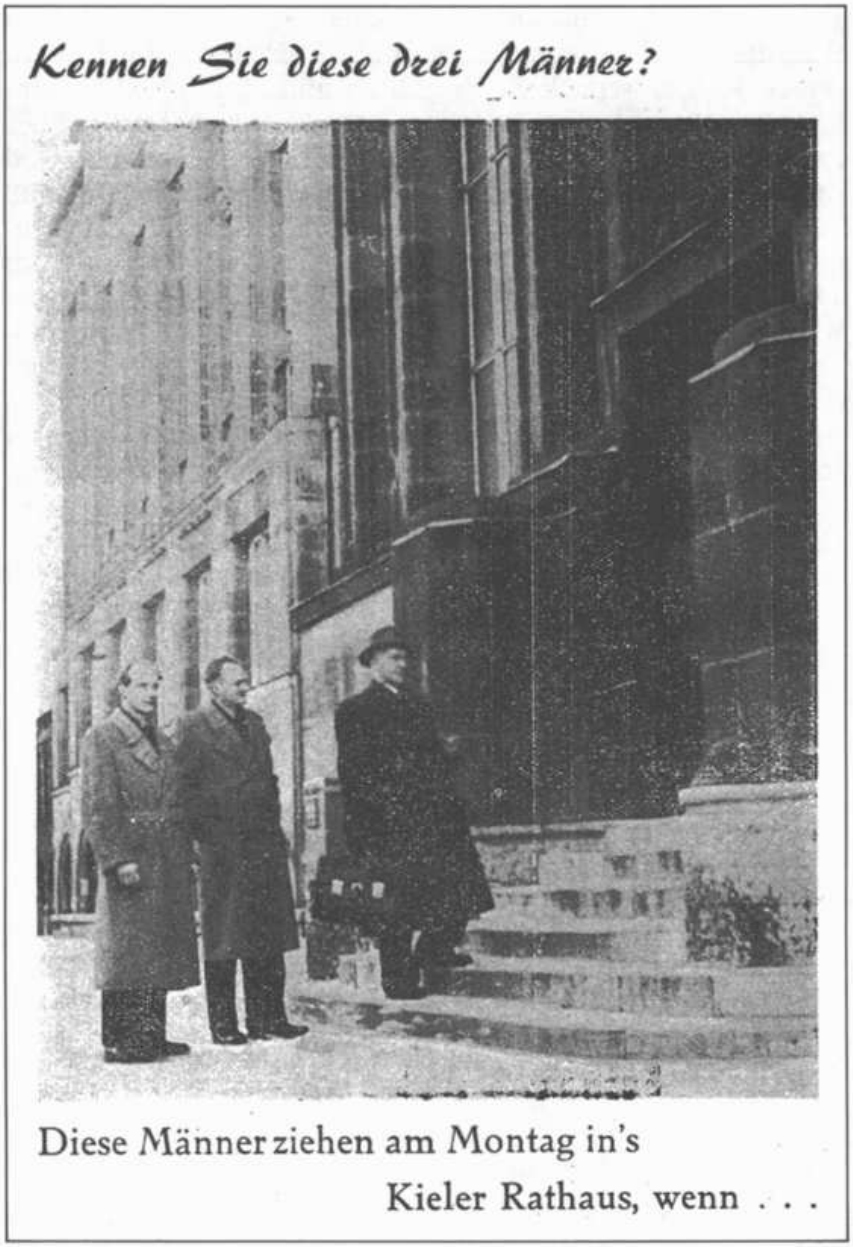
[275] Direktive zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, o.D., GET, Nachlaß Preßler.
[276] Gespräch Lisa Herrmann.
[277] Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Ortsgruppe Elmschenhagen, an Otto Preßler, 15.10. 1952, GET, NachlaßPreßler.
[278] NE v. 29.12.1955.
[279] Gespräch Günter Wilke. Vgl. dazu auch: Entwurf 1., 14.2.1958, GET, Nachlaß Preßler; — Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein an RA Gerhard Herbers, 12.5.1958, GET, Nachlaß Preßler.
[280] Wie Anm. 1; — Gepräch Günter Wilke.

Solidaritätsgemeinschaft", Illegalität und DKP

Anfang der Fünfziger Jahre hatte sich in Schleswig-Holstein eine *„Gemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte"* gebildet, die sich vor allem zur Aufgabe stellte, im Zuge des zunehmenden Kalten Krieges politisch Verfolgte zu betreuen, für Rechtsbeistand zu sorgen und politische Aktivitäten gegen die Unterdrückung Andersdenkender zu entfalten. Der Vereinigung — später nannte sie sich „Solidaritätsgemeinschaft" — gehörten sowohl betroffene Kommunisten und andere Linke sowie eine Reihe liberaler Bürger an, die der zunehmenden politischen Entmündigung und Ausgrenzung nicht tatenlos zusehen mochten.[279] 1953 wurde Otto Preßler hauptamtlicher Landesgeschäftsführer der Solidaritätsgemeinschaft und arbeitete in deren Büro in der Kieler Augustenstraße. Unter seiner Federführung entwickelte sich die Organisation zu einer recht aktiven Vereinigung, die mit der „Stimme der Demokratie" eine eigene Zeitung herausgab und eine relativ große Bandbreite politisch Interessierter ansprechen konnte.[280] Das kann unter den damaligen Bedingungen keineswegs einfach gewesen sein. Schließlich waren vor allem die kollektiv gesellschaftlich geächteten Kommunisten zu verteidigen, und die Solidaritätsgemeinschaft stand bald in dem Ruf, eine Vorfeldorganisation der KPD zu sein. Im übrigen hatte Otto Preßler als Geschäftsführer die Arbeit der örtlichen Gruppen zu koordinieren und mußte also stets im Lande umherreisen. Ein Auto stand nicht zur Verfügung, und so mußte all' dies mit der Bahn absolviert werden. Preßler fiel es nicht schwer, sich in dieser Zeit allenthalben beliebt zu machen. Für die Kinder der Genossen oder Freunde, die

Signet der „Solidaritätsgemeinschaft", die die Opfer der Kommunistenverfolgungen in der Adenauer-Ära juristisch und materiell unterstützte.

Vorderseite einer Flugschrift zur Kommunalwahl 1955. V.i.n.r.: Jürgen Brammer, Hein Wadle, Otto Preßler.



er besuchte, soll er stets ein paar Bonbons in der Tasche gehabt haben. Vor allem aber, und das war sicher wichtiger, behielt man ihn als *„zwar politisch wenn nötig durchaus auch scharf"*, immer aber *„sehr warmherzig"* in Erinnerung.[281] Nach dem Verbot der KPD am 17. August 1956 strengte das schleswig-holsteinische Innenministerium ein Verfahren an, in dem der Charakter der Solidaritätsgemeinschaft als Tarnorganisation der illegalen Partei nachgewiesen werden sollte.[282] Im Zuge der obligatorischen Hausdurchsuchungen nach dem Verbotsspruch hatte die politische Polizei noch am selben Tag auch bei Preßlers geklingelt und dort allerhand Material sichergestellt, das diesen Verdacht zu begründen schien.[283] Das nachzuweisen fiel der Staatsanwaltschaft freilich schwer, und die Klage konnte schließlich abgewiesen werden. Nichtsdestoweniger bot die Vereinigung natürlich den Kommunisten unter den Bedingungen des Parteiverbots eine legale Operationsbasis. In den sechziger Jahren führte die Solidaritätsgemeinschaft in Kiel eine Reihe

[281] Gespräch Günter Wilke.
[282] Flensburger Tageblatt v. 6. 7. 1957 u. v. 13. 7. 1957.
[283] Durchsuchungsprotokoll, 17. 8. 1956, GET, Nachlaß Preßler.

Am Tag des KPD-Verbots durchsuchte die Polizei die Wohnungen bekannter Kommunisten, um eine Weiterführung der Parteiarbeit zu verhindern. Das wache Auge der Beamten erkannte als erstes die zersetzenden Potenzen der verdächtigen Kombination von Schreibmaschine und Schreibpapier.

, den 195

Durchsuchungsprotokoll

Heute habe ich — in meiner Eigenschaft — auf Anordnung des Herrn Oberlandesgerichtsrat in Flensburg als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft in der Ermittlungssache KPD.

zum Nachteil

wegen

um 14 Uhr, eine Durchsuchung der Räumlichkeiten des Otto Pressler

in Kiel-Gaarden Straße Fröbelstraße 12

gem. § 102-110 StPO., vorgenommen.

Bei der Durchsuchung waren anwesend:

1. Otto Pressler
2. [illegible]
3. [illegible]
4. [illegible]

Auf die Hinzuziehung weiterer Zeugen wurde

Durchsucht wurden folgende Räume:

1 Wohnzimmer
1 Schlafzimmer
1 Küche

einschl. 1 Keller, 1

Vorgenannte Räume wurden vom Inhaber — gestellt.

Bötel, K.S. [illegible]

Name und Dienstbezeichnung

Verbleib d

Zu lfd. Nr. Belassen im Gewahrsam

Zu lfd. Nr. Bei der Kasse eingezahlt

Zu lfd. Nr. Bei der Aufbewahrungs

Zu lfd. Nr. Ausgehändigt an

Empfangsbescheinigung

Vordruck Pol. Nr. 179

Verhandlung

Kiel, den 17. 8. 6 195

Bei der Durchsuchung der umstehend näher bezeichneten Räumlichkeiten wurden folgende Sachen und Gegenstände sichergestellt — beschlagnahmt —:

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes	Verbleib desselben
1.)	Schreibmaschine „Continental" Nr. -964188-	
2.)	1 Paket Schreibpapier	
3.)	8 Bücher „Wissen der Tat"	
4.)	6 Broschüren „Unser Weg"	
5.)	1 „Parteitag der KPD. der Sowjetunion"	
6.)	25 Zeitschriften „Stimme der demokratischen Rechte"	
7.)	12 schriftliche Unterlagen von der Stimme der demokratischen Rechte	der Gemeinschaft
8.)	1 Stempel für die Gemeinschaft demokratischer Rechte	
9.)	1 Abrechnungsblock	
10.)	52 Einlagen für Mitgliedsbücher	
11.)	165 Marken à 0,10 RM	Marken sind von der Schrift
12.)	475 " " 0,50 "	
13.)	2 Mitgliedsbücher von der Gemeinschaft, Marken sind mitgezählt	

Weitere Sachen wurden nicht sichergestellt — beschlagnahmt —.

Gegen die Beschlagnahme der unter lfd. Nr. 1-13 bezeichneten Gegenstände erhebe ich — keinen — Widerspruch.

Ich bin unter Hinweis auf § 137 StGB. darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich über die in meinem Gewahrsam belassenen, sichergestellten Sachen vorläufig nicht verfügen darf.

Ein Verzeichnis über die vorstehend aufgeführten in Verwahrung — in Beschlag — genommenen Gegenstände wurde mir ausgehändigt. Den Empfang desselben und seine Übereinstimmung mit vorstehender Aufstellung bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Vermerk: Unterschrift verweige

v. g. u.

g. w. o.

Schwiegerten, Wm. — Bötel, K.S.

Name und Dienstbezeichnung

Siffersen PM.

Unterschrift des Betroffenen oder eines Zeugen

rechte Seite:
In den zwölf Jahren kommunistischer Illegalität diente die „Solidaritätsgemeinschaft" auch als politische Arbeitsbasis der ehemaligen KPD-Mitglieder. Funktionäre der verbotenen Partei begleiteten die politischen Ereignisse mit kritischen Kommentaren und gaben Wahlempfehlungen für ihre Klientel weiter.

von Veranstaltungen durch, in denen führende KPD-Repräsentanten zu verschiedenen Themen referierten.[284] Daneben gab Otto Preßler seit 1958 die Kleinzeitung „Förde-Kompaß" heraus, in der aktuelle Ereignisse aus kommunistischer Sicht kommentiert wurden.[285] Im selben Jahr kandidierte er als „unabhängiger Kandidat" zu den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen, was zunächst vom Kieler Wahlausschuß mit der Begründung abgelehnt wurde, es sei *„mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Bewerber von einer Ersatzorganisation der verbotenen KPD vorgeschlagen wurde"*.[286] Am Ende einer von der Landespresse aufmerksam begleiteten längeren Auseinandersetzung revidierte der Landeswahlausschuß schließlich diese Entscheidung, weil letztlich nicht zu beweisen sei, daß Preßler und der ebenfalls betroffene Hein Wadle *„als Ersatzorganisation der KP aufträten"*.[287] In den sechziger Jahren warb Otto Preßler in hektographierten Briefen an Freunde und Bekannte regelmäßig für politische Positionen der KPD, so z.B. vor den Kommunalwahlen 1966: *„Wenn heute die sozialdemokratischen Freunde immer stärker eine Politik der friedlichen Verständigung und der Verteidigung des in den Gemeinden Errungenen vertreten, dann fällt es mir auch trotz meiner Vorbehalte nicht schwer, bei diesen Wahlen den Kandidaten der SPD meine Stimme zu geben."*[288]

Otto Preßler gehörte zwar nicht zur illegalen Parteileitung, die die KPD wie anderenorts auch in Kiel gebildet hatte. Die Arbeit der Solidaritätsgemeinschaft führte aber dazu, daß viele Kommunisten sich hier betätigten, und Preßler, wie seine Genossen es sehen, das „informelle Zentrum" der Partei darstellte.[289] Ende der sechziger Jahre interessierte ihn besonders die Unruhe unter der studentischen Jugend. Er registrierte aufmerksam ihre Bemühungen, neue revolutionäre Ansätze zu suchen und bot sich als Gesprächspartner an. Schon früh, im Februar 1967, lud der AStA der Kieler Universität ihn und einen weiteren Vertreter der verbotenen Partei ein, gemeinsam mit Genossen des SDS und weiteren Studentenvertretern über Geschichte und Politik der KPD zu diskutieren.[290] Nach einer Studentendemonstration in der Kieler Innenstadt Ende Juni 1970 notierte er, auffallend sei die Forderung nach Legalisierung der Kommunistischen Partei gewesen: *„In der Demonstration wurden große Transparente getragen mit solchen Losungen, wie: ‚Die Arbeiterklasse gebraucht eine Kommunistische Partei.' und ‚1951 F.D.J. – 1956 K.P.D. – 1970 S.D.S.'"*[291]

Anfang 1968 hatte Preßler zu denen gehört, die als „Arbeitskreis für die Wiederzulassung der KPD Schleswig-Holstein" die Legalisierung der Partei propagierten und sich dafür im Zuge der innenpolitischen Aufbruchstimmung und den außenpolitischen Klimaveränderungen neue Chancen erhofften.[292] Nachdem der Versuch, einen Programmentwurf der verbotenen KPD zu veröffentlichen auf Anweisung des Bonner Innenministeriums unterbunden worden war, präsentierte sich am 25. September 1968 die DKP als neukonstituierte Kommunistische Partei der Bundesrepublik. Am 1. November des Jahres trat Otto Preßler der Partei bei – für viele ehemalige KPD-Genossen das

[284] Vgl. zahlreiche Ankündigungsflugblätter im Nachlaß Preßlers.
[285] Förde-Kompaß 1/1958, GET, Nachlaß Preßler.
[286] Stadt Kiel. Der Oberbürgermeister an Otto Preßler, 16. 9. 1958, GET, Nachlaß Preßler.
[287] Kieler Nachrichten v. 20./21. 9. 1958. Vgl. z.B. auch: VZ v. 18. 9. 1958 u. v. 20. 9. 1958.
[288] Ein Wort zur Wahl!, März 1966, GET, Nachlaß Preßler.
[289] Gespräch Günter Wilke.
[290] VZ — Kieler Morgenzeitung v. 11. 2. 1967.
[291] Betr. Studentendemonstration in Kiel am 30. Juni 1970, GET, Nachlaß Preßler.
[292] Für die Wiederzulassung der KPD, o.D., GET, Nachlaß Preßler.

Öffentliche Versammlung

am Freitag, dem 3. September 1965 um 20.00 Uhr in dem Lokal „Schiffer-Ausschank", Kiel, Walkerdamm.

An diesem Abend spricht der Herausgeber und Chefredakteur der Wochenzeitung **„Blinkfuer", Ernst Aust, Hamburg,** über das Thema:

„Der geheime Verführer"

„Wie werden Wahlen gesteuert?"

Der Wahlkampf für die am 19. September stattfindenden Bundestagswahlen stellt den Wähler vor ernste Entscheidungen.

Der bekannte Journalist Ernst Aust aus Hamburg wird sich mit einigen wesentlichen Faktoren, die den Wahlkampf bestimmen, auseinandersetzen.

Zu dieser Veranstaltung ladet freundlichst ein die

Solidaritätsgemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte
– Ortsgruppe Kiel –

Verantwortlich Otto Preßler, Kiel-E'hagen Druck Jeß, Kiel

[293] Parteibuch, 1. 11. 1968, GET, Nachlaß Preßler.

Zeichen, daß die neue Partei die Traditionen der kommunistischen Bewegung wiederaufnehmen würde und nicht allein *„wildgewordene Studenten"* am Werke waren.[293] In den siebziger Jahren initiierte er einige Veranstaltungen zur Aufhebung des nach wie vor bestehenden KPD-Verbots, beteiligte sich jedoch nur wenig am Aufbau der neuen Partei. In seinen letzten Lebensjahren erzählte er vielen jungen Leuten über die Geschichte der revolutionären Bewegung in Kiel, deren Höhen und Tiefen kaum ein anderer so durchgemacht hatte wie er. Otto Preßler starb 85-jährig am 8. Juli 1981.

1. September 1963 in Neustadt. Antikriegsaktion anlälich der vierundzwanzigsten Wiederkehr des Kriegsbeginns. Rechts Otto Preßler, neben ihm Clara Preßler.